

## FDP, Union und AfD fordern Zurückweisungen

Ab heute finden Kontrollen an allen Landgrenzen statt. Asylbewerber sind ausgenommen – das stößt auf Kritik

Die Entscheidung der Bundesregierung, bei den von heute an geltenden Grenzkontrollen Asylbewerber auszunehmen und diese nicht zurückzuweisen, stößt im Bundestag auf heftige Kritik – auch aus den Koalitionsparteien selbst. FDP-Parlamentarier Stephan Thomaie sagte WELT: „Wenn Deutschland nach den Dublin-Regeln nicht zuständig ist, müssen Flüchtlinge bereits an den deutschen Grenzen zuverlässig zurückgewiesen werden können.“ Dem EU-Asylrecht liege der Gedanke zugrunde, dass die Anträge nicht einfach dort gestellt werden können, wo die Migranten möchten, sondern dort, wo sie europäischen Boden betreten. Damit solle verhindert werden, dass Flüchtlinge unkontrolliert kreuz und quer durch Europa reisen. „Dieser Grundsatz muss wieder gelten.“

VON MARCEL LEUBECHER

Für Alexander Throm, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sind „umfangreiche Zurückweisungen an der Grenze in der gegenwärtigen Situation rechtlich zulässig und geboten, um den Strom illegaler Migration nach Deutschland zu unterbrechen. Andernfalls wird sich am Status quo nichts ändern – weder hierzulande noch auf EU-Ebene.“ Das Dublin-System funktioniere in der Praxis schlichtweg nicht. Für nahezu alle anderen europäischen Staaten bedeute das eine Entlastung, während Deutschland dadurch überproportional belastet sei. Daran werde auch das neue EU-Asylsystem im Kern nichts ändern. „Dass sich die Ampel jetzt gegen umfassende Zurückweisungen sperrt, liegt auch daran, dass sie hier – im Gegensatz zur Vorgängerregierung – in den Verhandlungen den anderen EU-Staaten nachgegeben und deutsche Interessen aufgegeben hat.“

Alice Weidel, Fraktionsvorsitzende der AfD, betrachtet die ab dieser Woche ausgeweiteten Grenzkontrollen als „reinen Aktionismus“, solange keine Zurückweisungen erfolgen. „Sowohl Artikel 16a des Grundgesetzes als auch Paragraph 18 Asylgesetz sagen klar, dass Zurückweisungen nicht nur zulässig sind, sondern rechtlich zwingend geboten. Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier hat das mit der erforderlichen Deutlichkeit festgestellt“, sagte Weidel WELT. „Kein EU-Recht kann einen Mitgliedstaat zwingen, gegen seinen Willen illegale Migranten aufzunehmen. Unsere niederländischen Nachbarn machen es gerade vor, indem sie den Asyl-Notstand ausrufen und den Ausstieg aus den Asyl- und Migrationsregeln der EU erklären. Deutschland sollte ein mindestens fünfjähriges Moratorium für die Einwanderung, Aufnahme und Einbürgerung von Migranten verkünden.“

In der Kanzlerpartei SPD bestehen hingegen große Zweifel, ob Deutschland tatsächlich EU-rechtskonform zurückweisen darf. Fraktionsvize Dirk Wiese würde darüber aber gerne weiterhin mit der Union beraten. „Wir stehen für weitere Gespräche, die rechtssichere europarechtskonforme Lösungen zum Ziel haben“ und die Reform des gemeinsamen Asylrechts „nicht leichtfertig aufs Spiel setzen, jederzeit zur Verfügung.“ Die Grünen halten die Zurückweisungen für EU-rechtswidrig. Auf WELT-Anfrage, ob und wie die Bundesregierung auf EU-Ebene eine rechtliche Änderung herbeiführen sollte, antwortete die Grünen-Fraktion nicht.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat zwar bisher einerseits die Entscheidung seiner Minister gegen die Zurückweisung von Asylbewerbern mitgetragen, andererseits scheint er diesen nicht völlig ablehnend gegenüberzustehen. So sagte er laut der Nachrichtenagentur Reuters

bei einem Bürgerdialog in Prenzlau am Samstag, die allermeisten Flüchtlinge kämen auf dem Landweg an die deutsche Grenze und hätten dabei eine ganze Reihe europäischer Staaten durchquert, in denen sie ihren Schutzantrag hätten stellen müssen. „Und in diesen Fällen müssen wir sagen: ‚Das Verfahren machen wir bitte da, wo du es eigentlich machen musst‘“, sagte Scholz. Das versuche man nun mit mehr Grenzkontrollen zu erreichen, was „natürlich zu Unbequemlichkeiten“ führe, fügte er mit Blick auf den Grenzverkehr hinzu.

Anders als Scholz hier nahelegt, dürfen in den an allen Landgrenzen geltenden Grenzkontrollen keine unerlaubten Einreisen durch Zurückweisung verhindert werden, sobald der Betroffene deutlich macht, er sei ein Asylbewerber. Stattdessen soll weiterhin die illegale Einreise akzeptiert werden, und wie bisher erst nach einer Zuständigkeitsprüfung gegebenenfalls in den Staat, der für den unerlaubt weitergereisten Asylsuchenden zuständig ist, abgeschoben werden. Diese sogenannten Dublin-Überstellungen funktionierten bisher nie in relevantem Umfang, aktuell erweckt die Regierung aber den Eindruck, sie könne diese bald stark steigern. Und zwar durch den Aufbau grenznaher Einrichtungen, in denen aufgegriffene Doppelasylbewerber bis zu ihrer Überstellung inhaftiert werden sollen.

Die Ausweitung der Grenzkontrollen auf alle Abschnitte folgte auf den nach dem Solingen-Attentat und den Landtagswahlen in Ostdeutschland gestiegenen Druck auf die Regierung, weniger problematische Zuwanderung zuzulassen. Schon am 16. Oktober vergangenes Jahr setzte die Ampel einen spürbaren Akzent für eine bessere Migrationssteuerung: Nach langem Zögern weitete die dafür zuständige Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) die Grenzkontrollen auf die Abschnitte zu Polen, Tschechien und die Schweiz aus. Zuvor gab es lediglich an der Grenze zwischen Bayern und Österreich solche bei der EU notifizierten Kontrollen. Nach der Ausweitung im vergangenen Herbst sanken die festgestellten unerlaubten Einreisen und die Asylgesuche deutlich. Allerdings verzeichnete Deutschland auch in diesem Jahr schon wieder mehr als 160.000 Asylersuchen, weit mehr als jedes andere europäische Land. Die meisten der Antragsteller sind illegal aus anderen EU-Staaten weitergereist. Rücküberstellungen gelangen aber nur 3948 bis Ende August. Mit den Kontrollen können aber illegale Einreisen all jener, die nicht Asyl suchen, recht gut bekämpft werden. Ministerin Faeser sicherte den betroffenen Grenzregionen eine flexible Handhabung zu. Es solle „keine flächendeckenden, sondern gezielte Kontrollen“ geben.

Ein Sprecher der Stadt Herzogenrath an der niederländischen Grenze sagte der „Rheinischen Post“ zu den Kontrollen: „Es besteht die Gefahr, dass sie eine Belastung für die vielen tausend Bürgerinnen und Bürger beider Länder darstellen und sich auch wirtschaftlich negativ auswirken.“ Die Maßnahme könne „den Charakter unserer Region verändern“, fügte er mit Blick auf das bislang grenzüberschreitende enge Miteinander hinzu. An der deutsch-dänischen Grenze erwartet der SSW-Bundestagsabgeordnete Stefan Seidler durch die Kontrollen „lange Staus zu den Stoßzeiten, wenn die Pendlerinnen oder Pendler zur Arbeit wollen“. Die neuen Kontrollen finde er „völlig daneben“, sagte Seidler dem NDR.

Kritik an den Kontrollen hatte zuvor auch Polens Ministerpräsident Donald Tusk geübt. „Das einzige Mittel, um nicht ordnungsgemäße Einwanderung zu stoppen, ist es, die Außengrenzen der EU effizient zu kontrollieren. Nicht die Binnengrenzen“, erklärte er am späten Freitagabend im Internetdienst X. **Seiten 4 und 5**

besten, diese Eltern würden den Transport aller Kinder übernehmen, schließlich fahren sie ja Automobile, für die man eigentlich schon einen Busführerschein bräuchte. Und welchen Einfluss haben die elterlichen Fahrdienste auf die Karriere und Entwicklung des Schulkindes? Ist ihr Orientierungssinn weniger ausgeprägt als bei den Fußgängern? Entwickeln sich die chauffierten Kinder dafür besser als die unchauffierten? Sind Sie durch den regelmäßigen Transport später besonders geeignet für höhere Führungsaufgaben mit Dienstwagen und Chauffeur?



Land unter in Rumänien: Dort sind durch die Naturkatastrophe mindestens fünf Menschen ums Leben gekommen

## Dramatisches Hochwasser in vier Nachbarländern

Mindestens sieben Menschen sterben. Deutschland bereitet sich auf Fluten vor

Sintflutartiger Regen, reißende Flüsse, ganze Landstriche unter Wasser: Extremere Dauerregen hat am Wochenende große Teile von Polen, Tschechien, Österreich und Rumänien unter Wasser gesetzt – und mindestens sieben Menschen das Leben gekostet. Vier weitere wurden in Tschechien vermisst. Tausende mussten evakuiert werden, Hunderttausende waren ohne Strom, Straßen und Zugstrecken mussten gesperrt werden. Die Region wurde von den schlimmsten Überflutungen seit drei Jahrzehnten getroffen. Die verheerendsten Überschwemmungen wurden aus dem Südwesten Polens, dem Nordosten Tschechiens sowie aus Niederösterreich und Rumänien gemeldet. Ganze Städte und Dörfer standen dort unter Wasser, die Feuerwehren mussten zu Tausenden Einsätzen ausrücken.

Im Südwesten Polens brach ein Staudamm. Nachdem das Bauwerk im niederschlesischen Stronie Slaskie nachgegeben habe, ströme das Wasser jetzt den Fluss Biala Ladecka herunter und nehme Kurs auf das Gebiet der Glatzer Neiße, meldete das Meteorologische Institut auf X. Es sei eine ernste Bedrohung für die Orte entlang dieser Flüsse. Regierungschef Donald Tusk bestätigte am Sonntag den Tod eines Menschen in Polen: „Wir haben einen ersten Todesfall durch Ertrinken in der Region Klodzko“ an der

polnisch-tschechischen Grenze, sagte er. Tusk kündigte weitere Evakuierungen sowie die Einrichtung des Internet-Satelliten-Systems Starlink an, um die Kommunikation zu gewährleisten. „Wir gehen unter“, sagte der Bürgermeister von Glucholazy und rief dazu auf, sich in Sicherheit zu bringen. Tausende Menschen mussten evakuiert werden.

In Niederösterreich kam am Sonntag ein Feuerwehrmann bei Auspumparbeiten ums Leben, wie Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner mitteilte. Das Bundesland, das die Hauptstadt Wien umschließt, ist in Österreich am schlimmsten von den Fluten betroffen. Am Sonntag wurde es zum Katastrophengebiet erklärt. Die Armee war unterstützend im Einsatz, mehrere Menschen mussten aus Häusern gerettet werden. Mikl-Leitner sprach von einer „dramatischen Situation“. Es gebe noch keine Entwarnung, es seien weitere heftige Regenfälle vorhergesagt, berichtete die österreichische Nachrichtenagentur APA. Erwartet wurden weitere 60 Liter Regen pro Quadratmeter. Besonders dramatisch war die Lage am Fluss Kamp, dort wurde ein Jahrhundert-Hochwasser befürchtet. Im Osten Österreichs wurde der Zugverkehr auf der Strecke zwischen Amstetten und St. Valentin unterbrochen. Die Strecke ist Teil der Bahnverbindung zwischen Wien und Deutschland. Auch in der österreichischen Hauptstadt standen erste Häu-

ser unter Wasser. Dort trat der Wienfluss über die Ufer. Es wurden mehrere U-Bahn-Strecken gesperrt.

In Rumänien waren bereits am Samstag mindestens fünf Menschen in der Region Galati im Südosten ums Leben gekommen. Dort standen Menschen bis zum Oberkörper im Wasser, Tausende Haushalte waren betroffen. Präsident Klaus Iohannis sprach von „dramatischen Folgen“ des Klimawandels. In Tschechien wurden vier Menschen von den Fluten weggerissen und gelten als vermisst. Die Polizei berichtete, drei Menschen seien in einem Auto in der Stadt Lipova-Lazne von einem Fluss weggeschwemmt worden. Ein Mann wurde demnach im Südosten vom Hochwasser eines Baches fortgerissen.

Der Deutsche Wetterdienst (DWD) erwartet im Süden und Südosten Deutschlands unterdessen bis morgen weitere erhebliche Niederschläge. Vom östlichen Oberbayern und Niederbayern bis zum Bayerischen Wald kommen bis Dienstag nochmals zwischen 50 und 80 Liter Regen pro Quadratmeter zusammen, örtlich auch mehr. Die Dresdner Altstadt etwa soll durch mobile Schutzwälde vor dem steigenden Hochwasser geschützt werden. Entsprechend der Prognosen sind die Bauarbeiten für heute geplant, wie die sächsische Landeshauptstadt mitteilte. So soll verhindert werden, dass Wasser in die Altstadt fließt. **DW/AFP/dpa**

### KOMMENTAR

## Mahnung an die Märkte

MICHAEL HÖFLING

Es ist ein Rekordlauf mit zunehmend höherer Reizschwelle: Am Donnerstag erreichte der Goldpreis mit 2583 Dollar pro Feinunze ein neues Allzeithoch, ohne dass es jenseits der Fachmedien größere Aufmerksamkeit erregt hätte. Die Zurückhaltung ist nachvollziehbar, denn die Notiz reiht sich an eine Serie von inzwischen mehr als 20 Höchstständen seit Jahresbeginn. In absoluten Relationen erscheint Gold damit teuer, vor allem mit Blick auf die Kursentwicklung seit der Jahrtausendwende, als die Unze für 400 Dollar zu haben war. Doch der Preis hat sich lediglich ein massiv verändertes Umfeld angepasst. Geopolitische Spannungen treiben staatliche Käufer wie Zentralbanken in den Markt, und inzwischen heizen auch Finanzinvestoren mit dem Erwerb von Gold-ETFs die Nachfrage wieder an.

Eine der Ursachen für den Hype um das gelbe Metall ist die besorgniserregend wachsende Staatsverschuldung auch des Westens: Gold dient Anlegern stets als Versicherung gegen In-

flation wie auch gegen Störungen im Finanzsystem, die auf Dauer aus Überschuldung resultieren können. Und da war die vergangene Woche perspektivisch eine Art Menetekel. So rückte durch das TV-Duell zwischen Donald Trump und Kamala Harris die US-Präsidentenwahl in den Fokus. Wer immer am Ende gewinnt: Keiner von beiden dürfte sich ernsthaft

bemühen, das gewaltige Staatsdefizit, das aktuell alle 100 Tage um je eine Billion Dollar wächst, zu reduzieren – ganz im Gegenteil. In Brüssel wiederum legte Ex-EZB-Präsident Mario Draghi seinen 400-Seiten-Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit der EU vor – und forderte gemeinsame Investitionen in Höhe von 800 Milliarden Euro pro Jahr, um im Rennen mit China und den USA nicht den Anschluss zu verlieren. Schuldenfinanziert natürlich, was sonst? Und in Berlin präsentierte die Ampel-Koalition einen derart wackligen Haushaltsentwurf für 2025, dass Juristen Zweifel an seiner Verfassungsmäßigkeit äußern.

Die weltweit fehlende Einsicht, dass die Stabilität von Papierwährungen in Gefahr geraten kann, wenn Regierungen und supranationale Organisationen dauerhaft über ihre Verhältnisse leben, ist für die Bürger Grund zur Sorge. Für den Goldkurs aber sind das – was kurzfristige, starke Rücksetzer keineswegs ausschließt – wohl auf lange Sicht beste Perspektiven.

michael.hoefling@welt.de



## THEMA DES TAGES

# „Natürlich ist die AfD eine Protestgruppe“

AfD-Gründer und Ehrenmitglied Alexander Gauland rät, manche Äußerung von Parteifreund Höcke einfach nicht ernst zu nehmen. Mit der Wagenknecht-Partei sieht er Schnittmengen für eine Kooperation. Den von der CDU-Spitze betriebenen Kurswechsel der Union in der Migrationspolitik nehme er „positiv zur Kenntnis“

festhalten wollen. Aber immerhin gibt es Bemühungen, die Union wieder zu einer liberal-konservativen Partei zu machen.

**WELT:** Wird die Sozialdemokratie für die AfD zur Gefahr, sollte sie sich stärker an den dänischen Sozialdemokraten orientieren?

**GAULAND:** Nein. Die Arbeiter spielen in der SPD keine Rolle mehr. Es ist eine intellektuelle Partei, die von Leuten getragen wird, die in Vierteln leben, in denen sie weder mit Arbeitern noch mit Migranten in Kontakt kommen. Politisch eine Art Gut-menschentum.

**WELT:** Und die AfD?

**GAULAND:** Eine Art liberal-konservative Partei mit stark konservativen Zügen, die auch globalisierungskritische Elemente hat. Eine Rechtsparterie im Rahmen des grundgesetzlichen Verfassungsbogens. Im europäischen Vergleich sehe ich die AfD am ehesten in der Nähe der österreichischen FPÖ, die Kontakte mit Le Pen oder mit Meloni hatten immer etwas Künstliches.

**WELT:** Beeindruckt Sie Melonis Erfolg?

**GAULAND:** Sie macht das sehr klug – für Italien. In Deutschland haben wir mit anderen Schwierigkeiten zu tun. Historische Be-

lastungen, die Italien nicht hat. Der italienische Faschismus war anders, wird anders wahrgenommen: Am Anfang war er eigenständig, aber dann hat sich Mussolini dem Hitler an den Hals geworfen. Das bedeutet, Meloni hat es sehr viel einfacher, von der Faschismuseule wegzukommen. Wir sind mit den sechs Millionen ermordeten Juden in einer Weise belastet, dass all diese Fragen bei uns viel furchtbarer wirken. Und wir damit viel vorsichtiger umgehen müssen als Spanien oder Italien. Ja, der Faschismus war auch in Italien furchtbar. Aber er hat trotz aller Verbrechen keine sechs Millionen Juden auf dem Gewissen.

**WELT:** Die Singularität des Holocaust?

**GAULAND:** Genau.

**WELT:** Aber warum fällt es rechten Parteien bei uns so schwer, das ganze völkische Denken beiseitezulassen? Warum immer wieder Nazi-Anspielungen?

**GAULAND:** Es kommt daher, dass alle anderen ununterbrochen diese Keule benutzen. Das sehen Sie schon an diesem Irrsinn, dass irgendein Richter feststellt, das Höcke ein Faschist sei.

**WELT:** Höcke ist gebildet genug, der weiß auch, was eine SA-Parole ist. Solche Äußerungen müssten doch gar nicht sein –

oder brauchen Sie die, um die Ihre Wähler zu motivieren?

**GAULAND:** Ich habe selbst mal einen Fehler gemacht, habe Vogelschiss gesagt. Und obwohl ich damit niemals die Konzentrationslager gemeint habe, sondern nur einen zeitlich engen Zeitraum, war es ein falscher Begriff. Aber ich habe es gesagt, und es wird mir ununterbrochen vorgehalten. Deshalb kann ich anderen, denen so etwas passiert, keine Vorhalte machen, die muss ich mir selbst machen.

**WELT:** Einige in Ihrer Partei wirken aber, als fehle ihnen Ihr historisches Bewusstsein. Sie wirken ungebildet.

**GAULAND:** Das haben Sie gesagt.

**WELT:** Fürchten Sie ein AfD-Verbot?

**GAULAND:** Ich halte es nicht für völlig ausgeschlossen, nur dauert das lange. Wenn Sie morgen anfangen, müssten Sie mit zwei, drei, vier Jahren rechnen. Wenn es dann aber schiefeht, das Bundesverfassungsgericht nicht mitspielt, wäre es ein Waterloo.

**WELT:** Sie hoffen darauf?

**GAULAND:** Nein. Mir wäre es lieber, wir würden nicht in dieses Verbotverfahren kommen, weil das die Diskussion noch mehr verschärft.

Schutz haben und auf der anderen Seite uns offen zeigen für die, die schutzbedürftig sind oder zu unserem Wohlstand beitragen können, dann würde es auch wieder mehr Akzeptanz geben für die Einwanderungspolitik.“ Er verweist auf die Grenzkontrollen, die Innenministerin Nancy Faser (SPD) auf Druck der CDU angeordnet habe.

Nach über einer Stunde stellt dann ein Mann CDU-Kandidat Redmann die entscheidende Frage: „Sie sind Ossi. Sie müssen wissen, dass Mauern nichts bringen. Wie stehen Sie zur Brandmauer?“ Was in Thüringen passiere, sei eine Missachtung des Wählerwillens, schiebt er hinterher. „Ich finde den Begriff Brandmauer falsch, weil er Wähler ausgrenzt“, sagt Redmann. „Ich sage Ihnen aber auch ganz klar: Wozu ich stehe, ist zu unserer Beschlusslage, dass wir mit der AfD nicht koalieren. Ich koaliere nicht mit der AfD, weil Herr Berndt gemeinsame Sache macht mit den Schlimmsten der Schlimmen im rechtsextremen Bereich. Der letzte Nazi-Schläger ist noch ein Verbündeter von Herrn Berndt.“

Es wäre zu einfach, Redmanns Worte als Nazi-Keule abzutun. Tatsächlich gründete Berndt 2018 in Südbrandenburg den Verein „Zukunft Heimat“, aus Protest gegen ein Flüchtlingsheim in seinem Heimatdorf.

Auch Neonazis, Identitäre und Hooligans mischen bei Kundgebungen mit. „Wenn ich Koalitionen bilde, dann kann ich doch so jemandem nicht Verantwortung geben, beispielsweise für die Polizei“, sagt Redmann. „Zukunft Heimat“ ist vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft, der AfD-Landesverband wird beobachtet.

Berndt, AfD-Fraktionschef im Landtag, hält das für politisch motiviert. „Das ist eine billige Keule“, sagt er. „Und die zieht ja nicht. Sie haben es ja in Thüringen gesehen, das Land, wo der Teufel persönlich wohnt.“ Gelächter. „Der Statthalter des Teufels ist mit Abstand stärkste Fraktion geworden.“ „Für uns gibt es keine Brandmauer“, sagt Berndt. „Wenn wir stärkste Kraft werden, werden wir alle zu Gesprächen einladen, auch die Grünen.“

Als ein Unternehmer später fragt, wie die Kandidaten es mit den Grünen halten, rudert Berndt etwas zurück. Man könne reden, Übereinstimmungen werde es aber nicht geben. Redmann sagt, er habe das Ziel, eine Regierung ohne eine Beteiligung der Grünen zu bilden. Das sei in Sachsen-Anhalt, Berlin und Hessen zuletzt gelungen. „Wer das auch will, muss CDU wählen. Wer die AfD wählt, stärkt am Ende die Grünen.“

Zum Schluss darf jeder Kandidat noch die drei Punkte nennen, die er in fünf Jahren umgesetzt haben wird, sollte er regieren. Berndt spricht über Hoffnung, Durchatmen. „Dann wir werden die Bildungspolitik umkrempeln“, sagt er und lässt für einen Moment durchblicken, wie nah er Konzepten der identitären Rechten steht. „Wir werden Remigrat“, sagt Berndt, und spricht den Begriff Remigration nicht zu Ende, sondern korrigiert sich. „Man wird sich daran erinnern, dass ich dem Abschiebeflieger zugewunken habe, der von Schönfeld abgegangen ist.“ Und es werde kein einziges Windrad mehr in einen Wald gesetzt. Was er unter Remigration versteht und ob das auch deutsche Staatsangehörige einschließt, bleibt dann offen.

Redmann zählt auf: Das Leistungsprinzip an Schulen werde wieder eingeführt, eine Landesgrenzpolizei geschaffen, Unternehmer würden in den Standort investieren. „Skepsis ist einer Aufbruchstimmung gewichen, damit wir nicht mehr sorgenvoll in die Zukunft schauen, sondern zuversichtlich“, sagt Redmann. Mit der AfD, so viel steht an diesem Nachmittag fest, will oder kann Redmann diese Ziele nicht erreichen.

## NACHRICHTEN

## IN ACHT VON ZEHN POLITIKFELDERN

## Umfrage: Merz vor Scholz

Wer ist im Bereich Wirtschaft kompetenter, Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) oder der voraussichtliche Kanzlerkandidat der Union, CDU-Chef Friedrich Merz? Einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa, über das „Bild am Sonntag“ berichtet, sehen 41 Prozent der Befragten Merz in diesem Bereich vorn, Scholz nur 20 Prozent. Bei Asyl/Migration (40:19 Prozent) und innerer Sicherheit (39:21 Prozent) liegt Merz ebenfalls weit vor dem Kanzler. Scholz kann nur bei den Themen Soziales (Arbeit/Rente) und Klima-/Umweltschutz punkten. So liegt Merz in zehn wichtigen Politikfeldern achtmal vorne, Scholz nur zweimal. Pluspunkt für den Kanzler: Eine knappe Mehrheit (29:27 Prozent) hält ihn laut Umfrage für sympathischer als Merz. Dafür liegt der CDU-Chef bei Glaubwürdigkeit, allgemeiner Kompetenz und Führungsstärke vor Scholz.

## DEUTSCHLANDTICKET

## Grüne gegen Preisaufschlag

Grünen-Fraktionschefin Katharina Dröge hat einen Preisaufschlag beim Deutschlandticket generell abgelehnt. „Der Preis des 49-Euro-Tickets sollte nicht erhöht werden“, sagte Dröge der Funke Medien-gruppe. Das Projekt sei ein Erfolg. Der Preis von 49 Euro monatlich für das Ticket ist nur bis Ende dieses Jahres fest vereinbart. Für die Zeit danach wird derzeit über mögliche Preiserhöhungen beraten, im Gespräch ist ein Aufschlag von fünf bis zehn Euro.

## IRAN

## Präsident reist zum Brics-Gipfel

Der Iran baut die vom Westen kritisierten Zusammenarbeit mit Russland aus und wird am Brics-Gipfel vom 22. bis 24. Oktober teilnehmen. Präsident Massud Peseschkian werde nach Auskunft des iranischen Botschafters in Moskau nach Kasan an der Wolga reisen, berichteten russische Medien. Geplant sei ein Abkommen für eine umfassende Zusammenarbeit. US-Außenminister Antony Blinken hat der Islamischen Republik vorgeworfen, Russland Raketen für den Einsatz in der Ukraine zu liefern. Die Zusammenarbeit zwischen Russland und dem Iran stelle zudem eine Bedrohung für die Sicherheit in Europa dar. Zusammen mit Deutschland, Großbritannien und Frankreich hatten die USA am Dienstag neue Sanktionen gegen den Iran verhängt. Der iranische Außenminister Abbas Araghtschchi bestritt die Lieferungen ballistischer Raketen.

## ENERGIEPREISE

## Öl und Gas wieder günstiger

Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine 2022 schnellten die Energiepreise in die Höhe. Doch das Heizen mit Öl und Gas könnte nach aktuellen Daten im bevorstehenden Winter günstiger sein als in der vergangenen Heizperiode. Erdgas sei im bundesweiten Durchschnitt sechs Prozent billiger als vor einem Jahr, Heizöl sogar 23 Prozent, wie die Zeitungen der Funke Mediengruppe unter Berufung auf eine Auswertung des Vergleichsportals Verivox berichten. Mit Blick auf den starken Preisanstieg vor zwei Jahren sagte Verivox-Experte Thorsten Storck: „Aktuell sind die Gaspreise rund 47 Prozent niedriger als während der Energiekrise.“ Derzeit würden 11,41 Cent pro Kilowattstunde fällig. Leichtes Heizöl koste 92 Euro pro 100 Liter. Neben dem Brennstoffpreis hängt die Heizkostenrechnung unter anderem davon ab, wie kalt der Winter wird.

## AUF DER ISS GESTRANDET

## US-Astronauten wählen im All

Sie sollten nur acht Tage auf der Internationalen Raumstation ISS bleiben, doch es könnten acht Mo-

nate werden: Zwei US-Astronauten mussten kürzlich zusehen, wie ihr Raumschiff ohne sie zur Erde zurückkehrte. „Wir waren in der Kuppel und haben unser Raumschiff beim Wegfliegen beobachtet“, sagte die Astronautin Suni Williams (58) auf einer zur ISS geschalteten Pressekonferenz der US-Welt-raumagentur Nasa. Für sie und den Astronauten Butch Wilmore (61) sei die Verschiebung ihres Rückflugs keine riesige Überraschung gewesen. „Wir sind beide daran gewöhnt, dass sich Einsatzpläne ändern. Unsere Familien sind daran gewöhnt.“ Williams und Wilmore wirkten gut gelaunt und witzelten miteinander. Beide haben ihre Anträge, um bei den US-Wahlen im November abstimmen zu können, von der ISS aus abgegeben. „Ich freue mich darauf, vom Weltraum aus wählen zu können, was ziemlich cool ist“, sagte Williams. Die Verlängerung des ISS-Aufenthalts nimmt sie gelassen: „Über Dinge, die ich nicht ändern kann, mache ich mir keine Sorgen. Das hat keinen Nutzen.“

## TORWART VON EINTRACHT FRANKFURT

## Trapp fällt wochenlang aus

Der frühere Nationaltorwart Kevin Trapp wird dem Fußball-Bundesligisten Eintracht Frankfurt wegen einer Muskelverletzung im Oberschenkel für mehrere Wochen fehlen. Das teilten die Hessen nach einer eingehenden Untersuchung des 33-Jährigen mit. Trapp hatte sich die Verletzung am Samstag beim 2:1-Sieg in Wolfsburg auf ungewöhnliche Weise bei einem Abschlag zugezogen und musste bereits in der Halbzeitpause ausgewechselt werden. „Trappo hat einen Stich gemerkt, als er den Ball weggeschlagen hat“, schilderte Eintracht-Trainer Dino Toppmöller nach dem Abpfiff die Szene. Trapp verpasst damit nicht nur die kommenden Bundesligaspiele, sondern auch den Auftakt in der reformierten Europa League. Dort treffen die Frankfurter im ersten Spiel der Liga-Phase am 26. September vor heimischer Kulisse auf Slavia Prag.

## WERKTAGS AB HERBST 2025

## „taz“ nur noch digital

Die Berliner „taz“ stellt als erste überregionale Tageszeitung in Deutschland ab Oktober 2025 ihre Printausgaben unter der Woche komplett ein. Von Montag bis Freitag soll die Zeitung dann nur noch als E-Paper erscheinen, lediglich für die Wochenzeitung „wochentaz“ ist weiterhin eine Druckausgabe vorgesehen. Geschäftsführerin Aline Lüllmann und Ko-Geschäftsführer Andreas Marggraf sprachen von einem „wichtigen Schritt in die publizistische Zukunft der taz“. Die letzte Druckausgabe der werktäglichen „taz“ soll demnach am 17. Oktober 2025 erscheinen, wie auf der Generalversammlung der taz Verlagsgenossenschaft verkündet wurde. Bereits seit 2018 verfolgt die „taz“ das strategische Ziel, „den Rückgang im traditionellen Print-Abogeschäft zu kompensieren und dabei die Leser:innen-Reichweite zu steigern“.

## NACH BOX-SCHAUKAMPF

## Raab kündigt Comeback an

Moderator und Entertainer Stefan Raab hat sein Comeback als Showmaster angekündigt: „Ich habe mir überlegt, ich mache wieder Shows“, sagte der 57-Jährige nach einem Box-Schaukampf gegen Regina Halmich im Fernsehsender RTL. Mit dem Kölner Privatsender schloss Raab einen Vertrag mit mindestens fünf Jahren Laufzeit. Die Sendung mit dem Boxkampf war die erfolgreichste Fernsehsendung zur Hauptsendezeit am Samstagabend. Insgesamt schalteten rund 5,9 Millionen Fernsehschauer ein. In der für die Werbung relevanten jüngeren Zielgruppe der 14-, bis 49-Jährigen lag die Einschaltquote bei herausragenden 52,9 Prozent. Der Moderator wird dem Sender zufolge kommende Woche im kostenpflichtigen Streamingdienst RTL+ eine neue Show mit dem Titel „Du gewinnst hier nicht die Million bei Stefan Raab“ starten. Raab hatte sich 2015 vom Bildschirm verabschiedet.

## WETTER

## Viele Wolken, vor allem im Süden Regen

**Heute:** Die Wolken überwiegen. Im Süden regnet es zeitweise zum Teil kräftig. In der Mitte und im Norden fällt nur gebietsweise etwas Regen. Oberhalb 1300 bis 1600 Metern Höhe schneit es. Am freundlichsten ist es im Nordwesten. Die Temperaturen steigen im Südosten auf 8 bis 13 Grad, sonst werden 12 bis 20 Grad erreicht.

**Biowetter:** Die Wetterlage macht Personen mit niedrigem Blutdruck zu schaffen. Sie müssen sich auf Kreislaufbeschwerden einstellen, die sich durch Kopfschmerzen und Schwindelanfälle bemerkbar machen. Auch Migränepatienten leiden verstärkt unter Kopfschmerzen.



## Darum zieht es so viele Venezolaner nach Sachsen

Im Freistaat macht die Gruppe rund ein Fünftel aller Asylbewerber aus. Doch nur wenige dürfen bleiben

Es ist eine dramatische Geschichte, die Katherine Garcia erzählt. Ihr Mann Carlos Martinez sei im venezolanischen Valencia entführt worden. Wenig später sei ihrer Mutter und ihr das Gleiche widerfahren. Damals sei sie im neunten Monat schwanger gewesen, sagt Garcia. Während Carlos Garcia die Täter aufgrund einer über den Kopf gezogenen Kapuze nicht habe identifizieren können, seien es in ihrem Fall Mitglieder einer berüchtigten Polizeieinheit gewesen.

VON NICOLAS WALTER

Das Ziel der Entführer sei es in beiden Fällen gewesen, Geld zu erpressen – eine Methode, von der in Venezuela immer wieder zu hören ist und von der auch das Auswärtige Amt warnt. In beiden Fällen hätten sie schließlich gezahlt, danach seien sie, ihr Mann und ihre Mutter freigekommen. Mit ihrem Ehemann und dem gemeinsamen neugeborenen Sohn seien sie daraufhin nach Kolumbien geflüchtet, erzählt die 34-Jährige – und 2022 dann nach Deutschland gekommen.

Die meisten Asylbewerber bundesweit kommen aus Syrien, Afghanistan oder der Türkei. Doch auch die venezolanische Diaspora in Deutschland ist in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen – und zwar in Sachsen. Dort machten Menschen aus Venezuela 2023 20 Prozent aller Asylanträge aus – nur Syrer baten im Freistaat häufiger um Asyl. Neben Verfolgung und Repressionen sind es wirtschaftliche Gründe, warum Venezolaner ihr Land verlassen. Gingen 2021 Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bundesweit lediglich 427 Asylanträge aus Venezuela



Angekommen: Katherine und Carlos Garcia mit ihrem Sohn in Pirna

ein, waren es im vergangenen Jahr bereits 3756. Die Schutzquote, also der Anteil aller positiv beschiedenen Asyl-Verfahren, war 2023 mit 20,1 Prozent vergleichsweise gering. Zum Vergleich: Bei Syrern lag sie bei 88,2 Prozent.

Umso glücklicher seien sie und ihr Mann gewesen, als ihr Antrag bewilligt worden sei, sagt Katherine Garcia. „Das war eine supergute Nachricht für uns. Damit konnten wir ein neues Leben beginnen“, erzählt sie in gutem Deutsch. Dass Venezolaner bisher ausschließlich in Sachsen Asyl beantragen, liegt daran, dass die für das rund 28 Millionen Einwohner große südamerikanische Land zuständige Außenstelle des BAMF in Sachsen sitzt. Anträge aus Herkunftsländern, aus denen vergleichsweise wenige Menschen flüchten, werden in einem Bundesland zentriert bearbeitet. Das ändert sich nun: Seit Kurzem sind auch BAMF-Außenstellen in Nordrhein-

Westfalen, Bayern und Hamburg für die Bearbeitung venezolanischer Asylanträge zuständig.

Yvonne Böhme, Integrationsbeauftragte im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, sagt, dass sie den Eindrücken habe, die Bevölkerung sei dankbar für die ankommenden Venezolaner. „Frei nach dem Motto: Wenn wir mehr von denen bekommen, kriegen wir weniger von den anderen“, erzählt sie. Menschen aus Venezuela würden als fröhlich und freundlich wahrgenommen. „Es gibt weniger Akzeptanzprobleme als beispielsweise bei Menschen aus muslimischen Kulturkreisen.“

Den jüngsten Anstieg der Asylbewerberzahlen aus Venezuela führt die Integrationsbeauftragte Böhme vor allem auf die politische Lage in dem südamerikanischen Land zurück. Die Situation vor Ort ist durch eine anhaltende politische und wirtschaftliche Krise geprägt. Der autoritär regierende Präsident Nicolas Maduro ließ auch nach seinem jüngsten, international umstrittenen Wahlerfolg zahlreiche Menschen verfolgen und verhaften. Gleichzeitig nehme sie die venezolanische Community als stark miteinander vernetzt wahr. „Menschen, die es in Deutschland geschafft haben, eine Wohnung zu bekommen oder arbeiten dürfen, senden diese Botschaft in ihr Heimatland.“ Das befeuert den Wunsch anderer Venezolaner, über den Asylweg nach Deutschland zu kommen. „Ohne ein Arbeitsvisum ist das aber eigentlich nicht das, was wir wollen.“ Zwar seien die Menschen oftmals gut ausgebildet, würden als „fleißig und ehrgeizig“ wahrgenommen. Doch letztlich sei es „eine Frage der Kapazitäten“. Viele Aufnahmeeinrichtungen stießen an ihre Grenzen.

Venezolanerin Katherine Garcia betont, dass es ihr von Anfang an wichtig gewesen sei, sich mit ihrer Familie gut zu integrieren. Daher habe sie zusammen mit ihrem Mann intensiv Deutsch gelernt und sei dem örtlichen Nachbarschaftsverein beigetreten. „Nur zu Hause zu bleiben, war keine Option. Wir wollten uns direkt integrieren.“ Bei einer Agentur, die sich um Persönlichkeitsentwicklung kümmert, hat die ehemalige Betreiberin einer Model-Akademie einen Job gefunden. Auch ihr Mann, der in Venezuela eine Video-Produktionsfirma gegründet hatte, arbeitet dort. Nun organisieren sie zusammen Events und Workshops für Katherine Garcias Arbeitgeber.

Der zunehmende Zuzug aus Venezuela macht sich auch in sächsischen Schulen bemerkbar. Dem Kultusministerium zufolge gingen im vergangenen Jahr 830 venezolanische Kinder und Jugendliche in Sachsen zur Schule. 2017 waren es noch 22 gewesen. Auch der vierjährige Sohn von Katherine Garcia besucht mittlerweile eine Kita. Die Familie wohnt mittlerweile in Pirna – in der Stadt, in der im vergangenen Jahr erstmals ein AfD-Kandidat zum Oberbürgermeister in Deutschland gewählt wurde. Die jüngsten Erfolge der Partei, auch bei der Landtagswahl, machten ihr und zahlreichen anderen Venezolanern trotz ihrer genehmigten Asylanträge Angst vor etwaigen Abschiebungen. „Wir sind trotzdem positiv. Ich denke, wenn wir uns hier integrieren, haben wir einen guten Weg vor uns.“



Hoher Bedarf: 24 Millionen Euro Zuschuss meldete der Reservistenverband der Bundeswehr für dieses Jahr an. Reservisten nehmen auch an Wettkämpfen teil, wie hier in Brandenburg

## Der Machtkampf um die Reservisten

Rechnungshof fordert Ende der „unwirtschaftlichen“ Zusammenarbeit mit dem Reservistenverband. Doch Minister Pistorius (SPD) zögert noch

Nachdem eine Handvoll ausgeschiedener Soldaten 1960 den Verband der Reservisten der Bundeswehr (VdRBw) gegründet hatte, war die Lage aus Sicht der Sozialdemokraten klar. „Eine Hausmacht für Franz Josef Strauß“, den Verteidigungsminister von der CSU, sei dieser Verein, befand der SPD-Abgeordnete Karl Wilhelm Berkhan. Tatsächlich hatte das Ministerium dem neuen Verband damals nicht nur eine amtliche Anschriftenliste für die Einladungen zum Gründungszeremonie am 22. Januar zur Verfügung gestellt, wie der „Spiegel“ berichtete, und 90 Prozent der Auflage des Verbandsmagazins abonniert.

VON THORSTEN JUNGHOLT

Strauß verfügte per Erlass auch: „Gründung, Arbeit und Ziele des Verbandes werden positiv beurteilt. Eine Unterstützung liegt daher im Interesse der Bundeswehr.“ Abseits der Parteipolitik ging es vor allem darum, dass man ausscheidende Wehrpflichtige unter

Kontrolle behalten wollte. Die an Waffen geschulten Männer sollten sich nach ihrer Dienstzeit nicht in Freikorps sammeln, wie es sie in der Weimarer Republik gegeben hatte, sondern in einem an die Bundeswehr angelehnten Verein.

Deshalb gab es auch eine Finanzspritze, die bis heute ununterbrochen gewährt wird. Damit war ein weltweit einmaliges Konstrukt geschaffen: Statt sich selbst um die Reservistenarbeit zu kümmern, lagerte das Verteidigungsministerium diese Aufgabe an einen gemeinnützigen Verein aus – der dafür mit Steuermitteln unterstützt wird. Und diese Zuschüsse steigen beständig. Waren es 2019 noch rund 18 Millionen Euro, meldete der Verband für 2024 gut 24 Millionen Euro an – in Zeiten knapper Kassen bemerkenswert.

Das Problem daran: Die Förderung ist laut einer Prüfung des Bundesrechnungshofs vom März 2024 „unwirtschaftlich“ und „verstößt gegen das verfassungsrechtlich verankerte Wirtschaftlichkeitsgebot“. Das Papier, über das zunächst der „Business Insider“ berichtete und das WELT vorliegt, emp-

fehlt, „die beorderungsunabhängige Reservistenarbeit neu auszurichten und das Ende der Förderung des Reservistenverbandes einzuleiten“. Mit anderen Worten: 64 Jahre nach der Gründung könnte das letzte Kapitel der Vereinsgeschichte begonnen haben. Jedenfalls tobt ein Machtkampf um die Reservisten, in dem sich Rechnungsprüfer und die Fachabteilung des Ministeriums auf der einen sowie VdRBw und die politische Führung des Ressorts auf der anderen Seite gegenüberstehen. Die entscheidende Rolle spielt der Bundestag.

Bedeutsam ist der Vorgang aufgrund des Personalmangels der Bundeswehr, den Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) mit einem neuen Wehrpflichtmodell beheben will. Das zielt vor allem auf eine Stärkung der Reserve: Die Zahl der Soldaten soll von 180.000 auf 200.000, die der Reservisten von 60.000 auf 260.000 gesteigert werden. Pistorius muss also entscheiden, ob er für eines seiner zentralen politischen Ziele auf die Zusammenarbeit mit dem VdRBw baut. Gründe dafür hat er wenig. Eine politische Hausmacht wie einst für

Strauß ist der Verband für einen SPD-Politiker eher nicht. Der Präsident Patrick Sensburg gehört wie seine beiden Vorgänger der CDU an. Die Sozialdemokraten schafften es zuletzt nicht einmal mehr, einen der Posten der Vize-Präsidenten zu besetzen.

Auch die Fachleute im für die Aufsicht des Vereins zuständigen Streitkräfteamt haben dem Minister vor allem Negatives zu berichten. Die Zusammenarbeit verlaufe chaotisch, erläuterten sie dem Rechnungshof. Nachweise über die Verwendung von Geldern, Wirtschaftspläne und angeforderte Stellungnahmen würden regelmäßig verspätet, manchmal auch gar nicht vorgelegt. Die Rechnungsprüfer bezweifelten deshalb, „ob der Reservistenverband zu einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung in der Lage ist“. Vor allem aber ergab eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung des Streitkräfteamts, die im März 2023 abgeschlossen wurde, dass die Bundeswehr die Reservistenarbeit in eigener Verantwortung kostengünstiger erledigen könne. Damit steht das „erhebliche Bundesinteresse“ infrage, das für die Förderung notwendig ist.

Dennoch zögert Pistorius. Gegenüber dem Rechnungshof argumentierte sein Haus noch, das Förderinteresse ergebe sich auch aus politischen Gründen. Diese Einschätzung sei aber nur die „bisherige Entscheidung“, sagte eine Sprecherin WELT. Es werde „derzeit im Rahmen der Überarbeitung der Strategie der Reserve auch das Aufgabenportfolio des VdRBw an die Herausforderungen der Zeitenwende angepasst. Die Auswirkungen auf die institutionelle Förderung sind anschließend zu bewerten.“ Der Verein selbst teilte seinen Mitarbeitern in einer internen Mail mit, man sehe „aktuell keinen Grund zur Beunruhigung“. Auch für VdRBw-Präsident Sensburg ist die Haltung des Ministeriums zweitrangig. Im Gespräch mit WELT betonte Sensburg, dass sein Verband seit dem ersten Beschluss des Haushaltsausschusses vor über 60 Jahren vom Parlament beauftragt sei. Das Ministerium sei eben nicht Geber, sondern nur Kontrolleur der staatlichen Zuwendungsmittel. Die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung sei untauglich gewesen, findet Sensburg, sein Verband hätte beteiligt werden müssen. Kurz: Der Präsident baut darauf, dass der Bundestag seinen Verband weiter fördert.

Die Chancen darauf stehen nicht schlecht. Vertreter der Regierungsparteien SPD und FDP ließen WELT-Anfragen unbeantwortet. Der zuständige Berichterstatter der Grünen im Haushaltsausschuss, Sebastian Schäfer, teilte mit, dass der Verband dabei helfe, ehemalige Soldaten „einsatzbereit zu halten“. Die Hinweise des Rechnungshofs seien hilfreich, „den Mitteleinsatz des Bundes zu effektivieren. Eine vollständige Streichung der Mittel halte ich für überzogen.“ Ingo Gädechens (CDU) konzentriert seine Kritik auf das Ressort: „Die Vorwürfe des Rechnungshofs wiegen schwer und müssen durch das Verteidigungsministerium, das für die korrekte Veranschlagung dieser Mittel verantwortlich ist, transparent aufgearbeitet und ausgeräumt werden.“

Die entscheidende Frage freilich stellt niemand. Ist der Verein das geeignete Vehikel, in Zeiten eines Krieges in Europa die Schlagkraft der Bundeswehr-Reserve zu erhöhen? Präsident Sensburg sagt: Ja. Pistorius laviert. Ehemalige Mitarbeiter des Verbandes, mit denen WELT sprach, sehen aus eigener Erfahrung vor allem eines: Eine „sinnlose Vergeudung von Steuermitteln“. Und der Bundestag? Der hat in den Haushaltsberatungen die Gelegenheit, den Ausgabenposten zu überprüfen.

## „In den Bordellen sind es mittlerweile etwa 50 Prozent“

Geflüchtete Ukrainerinnen haben Anspruch auf Bürgergeld – dennoch landen viele in Berlin in der Prostitution. Eine Sozialarbeiterin erklärt die Gründe dafür

Mia ist Sozialarbeiterin bei „Neustart“, einem sozial-dia-konischen Werk in Berlin. Dort kümmert sie sich um Frauen, die in der Prostitution tätig sind. Auf Grund ihrer sensiblen Arbeit will sie ihren echten Namen nicht nennen.

VON UMA SOSTMANN

**WELT:** Mia, Ihre Arbeit mit Frauen in der Prostitution hat sich seit dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 verändert. Inwiefern?

**MIA:** Vorher waren Ukrainerinnen in diesem Milieu wenig präsent. Die Frauen, mit denen wir in Berlin arbeiten, kommen eigentlich mehrheitlich aus Osteuropa: Bulgarien, Rumänien und Ungarn – und jetzt auch aus der Ukraine. In den Bordellen sind es mittlerweile etwa 50 Prozent, würde ich sagen. Dort gibt es viele sehr junge Frauen, die

aufgrund des Krieges hergekommen sind.

**WELT:** Wie gelangen diese Frauen in Deutschland in die Prostitution?

**MIA:** Ich habe bis jetzt wenig Frauen kennengelernt, die in ihrer Heimat angeworben worden sind, um nach Deutschland zu kommen. So ist das oft bei Frauen aus Rumänien, Bulgarien und Ungarn der Fall. Da spricht sich schon in den Herkunftsländern herum: „Du kannst in Deutschland zumindest 80 Euro am Tag verdienen.“ Das ist deutlich mehr als das normale Durchschnittsgehalt in einigen ländlichen Regionen zum Beispiel in Ungarn: 300 Euro pro Monat. Bei den Ukrainerinnen ist es eher so, dass sie von anderen ukrainischen Frauen in Deutschland gehört haben: „Wir arbeiten da, und da kannst du auch arbeiten.“ Manche Frauen werden auch online angeworben, aber eben,

wenn sie schon hier in Deutschland sind.

**WELT:** Ukrainer und Ukrainerinnen können Sozialleistungen beziehen. Wieso gehen die Frauen dennoch in die Prostitution?

**MIA:** Viele der Frauen aus der Ukraine, die wir betreuen, sind sich ihrer Rechte gar nicht bewusst. Außerdem wurde bei ihnen große Angst vor dem Jobcenter geschürt. Es gab eine Frau, etwa Mitte 40, die in unsere Beratung kam. Ich habe ihr vorgeschlagen, einen Jobcenter-Antrag zu stellen, damit sie Bürgergeld bekommt. Sie hatte aber Angst, dass es Probleme gibt, wenn sie zu den Behörden geht und die herausfinden, dass sie sich prostituiert. Sie hatte Sorge vor Stigmatisierung. Jetzt, wo ihr Sohn gerade nachgekommen war, wollte sie auf gar keinen Fall mit diesem Milieu in Verbindung gebracht werden. Die Men-

schen aus der Ukraine haben das Recht auf Unterbringungen – es gibt aber zu wenig Unterbringungsmöglichkeiten. Dementsprechend ist es so: Wenn du nicht selbst etwas organisierst, kannst du unter Umständen nur in eine Notunterkunft gehen. Dann bleiben viele Frauen doch lieber in der Prostitution, auch wenn sie da vielleicht nicht selbstbestimmt angefangen haben.

**WELT:** Zu Beginn des Krieges war die Sorge groß, Frauen aus der Ukraine würden mit falschen Wohnungsangeboten gelockt. Spielte das bei den Frauen, die Sie betreuen, eine Rolle?

**MIA:** Ja. Nicht jeder, der eine Wohnung anbietet, meint es gut. Anfangs wurden Ehrenamtliche nicht überprüft oder kontrolliert. Jeder hätte sagen können: „Ich habe eine Wohnung frei. Dafür musst du auch nichts bezahlen.“ Irgendwann musst du dann doch bezah-

len – vielleicht nicht mit Geld, aber mit anderen Dienstleistungen. Ich habe eine junge Frau betreut, Anfang 20, mit Universitätsabschluss, konnte gut Englisch sprechen. Sie kam nach Deutschland und hatte ihren relativ jungen Sohn erst einmal in der Ukraine bei ihrer Mutter gelassen, um hier die Lage zu eruieren. Es war für sie sehr schwer, Wohnraum in Berlin zu finden, und sie kam schließlich bei einem Mann unter, den sie mit sexuellen Handlungen für die Unterkunft bezahlen sollte. Als dann die Miete von dem Mann angefordert wurde, sagte er ihr, sie könne sich prostituieren und ihn am Gewinn beteiligen. Könnte sie die Miete nicht zahlen, würde er sie auf die Straße setzen, und dann könne sie ihren Sohn nie nachholen. Das tat sie dann auch. Eines Tages wurde sie auf der Straße, an der sie gearbeitet hat, von der Polizei kontrolliert. Die Polizisten fanden viel Bargeld

bei ihr, was sie konfiszierten. Da hat sie zum ersten Mal gesagt, sie mache das nicht freiwillig. Die Polizei hat dann das Frauenhaus angerufen, und die Frau ist später in eine Schutzwohnung für Frauen aus der Ukraine gezogen.

**WELT:** Haben diese Frauen keine beruflichen Alternativen?

**MIA:** Die, denen ich bis jetzt begegnet bin, haben einen Schulabschluss und hatten auch alle Zeugnisse und Nachweise bei sich. Aber es dauert, bis Abschlüsse anerkannt werden. Außerdem ist es schwer, ohne Deutschkenntnisse einer anderen Arbeit nachzugehen. Die meisten Frauen in der Prostitution – da unterscheiden sich die Ukrainerinnen nicht – sagen, sie würden in wenigen Monaten oder Jahren wieder aufhören und dann zurück in ihre Heimat gehen. Dieser Zeitraum wird dann immer länger.

## Huthis feuern ballistische Rakete auf Israel

Hisbollah beschießt den Norden des Landes

Die Huthi-Miliz im Jemen hat Israel mit einer ballistischen Rakete beschossen. Sie habe in elf Minuten eine Strecke von mehr als 2000 Kilometern zurückgelegt, sagte Huthi-Militärsprecher Jahja Sari in einer im Fernsehen übertragenen Rede. Israel solle sich auf „mehr Angriffe“ gefasst machen, warnte er. Israels Armee teilte mit, die Boden-Boden-Rakete sei offenbar in der Luft zerbrochen und in offenem Gebiet niedergegangen. Zuvor hatten am frühen Morgen im Zentrum des Landes die Warningsirenen geheult. Es sei mehrmals versucht worden, die Rakete mit den Abwehrsystemen Arrow (Pfeil) und Iron Dome (Eisenkuppel) abzufangen, hieß es. Die Ergebnisse würden noch untersucht. Israel verfügt über ein mehrstufiges Raketenabwehrsystem. Netanjahu sagte nach Angaben seines Büros, die Huthi hätten eigentlich wissen müssen, dass jeder, der versuche, Israel Schaden zuzufügen, einen hohen Preis dafür zahlen müsse. „Wer eine Erinnerung braucht, kann gerne den Hafen in Hudaida besuchen“, sagte er. Nach einem tödlichen Drohnenangriff der Huthi auf Tel Aviv hatte die israelische Luftwaffe den jemenitischen Hafen im Juli angegriffen. Es kam dort zu einem Großbrand, sechs Menschen wurden getötet. Der Huthi-Anführer hatte daraufhin eine neue Phase im Kampf gegen Israel angekündigt. Netanjahu erklärte: „Wir befinden uns in einem Mehrfrontenkrieg gegen die iranische Achse des Bösen, die uns zerstören will.“ Zur sogenannten Widerstandsachse gehören mit dem Iran verbündete Milizen, unter anderem die Hisbollah im Libanon, die Hamas im Gaza-Streifen und die Huthi-Miliz im Jemen.

Vom Libanon aus wurden ebenfalls Dutzende Raketen auf den Norden Israels abgefeuert. Die Schiitenmiliz Hisbollah reklamierte die Angriffe, die einem Militärstützpunkt gegolten haben sollen, für sich. Die israelische Armee teilte mit, rund 40 Geschosse seien vom Libanon aus auf Israel abgefeuert worden. Ein Teil sei von der Raketenabwehr abgefangen worden, der Rest sei in offenen Gebieten niedergegangen. Dadurch seien mehrere Brände ausgelöst worden. Außerdem habe eine Drohne mit Sprengstoff vom Libanon aus die Grenze nach Israel überquert. Sie sei nahe der Stadt Metulla abgestürzt. Es sei niemand verletzt worden. In der Nacht hätten israelische Luftwaffe und Artillerie Ziele im Libanon angegriffen. Dabei sei eine „Terrorzelle“ getroffen worden, hieß es weiter in der Mitteilung. Das libanesische Gesundheitsministerium hatte am Samstagabend mitgeteilt, vier Menschen – darunter drei Kinder – seien bei einem israelischen Luftangriff im Nordosten des Libanon verletzt worden. Seit Beginn des Gaza-Kriegs zwischen Israel und der islamistischen Hamas vor fast einem Jahr kommt es im Grenzgebiet der beiden Länder nahezu täglich zu militärischen Konfrontationen zwischen der israelischen Armee und der Hisbollah. dpa

Kanzler Olaf Scholz im Gespräch mit Usbekistans Präsident Schawkat Mirsijojew, rechts Innenministerin Nancy Faeser



## ABKOMMEN mit großen Haken

Am Sonntagmorgen brach Bundeskanzler Olaf Scholz auf zu einer dreitägigen Reise nach Zentralasien. In den ehemaligen Sowjetrepubliken will Scholz höchstpersönlich die Beziehungen ausbauen, ganz oben auf der Prioritätenliste steht Usbekistan, wo unter anderem ein Migrationsabkommen geschlossen werden soll, mit dem man auch die Rückführung abgelehnter Asylbewerber ins Nachbarland Afghanistan vereinfachen will.

VON FIONA WINK

Die Bundesregierung steht in Sachen Migrationspolitik vor großen Herausforderungen. Nach mehreren islamistisch motivierten Angriffen innerhalb weniger Monate wächst der öffentliche Druck, die Sicherheitspolitik zu verschärfen und Abschiebungen stärker zu forcieren. Zudem wird der Fachkräftemangel vor allem in der Pflege und der Technologiebranche immer dringlicher. Migrationsabkommen mit Drittstaaten sollen hier Abhilfe schaffen. Seit mehreren Jahren setzt die Bundesregierung auf solche Abkommen, die im Wesentlichen zwei Ziele verfolgen: die Anwerbung dringend benötigter Fach- und Arbeitskräfte sowie die Rückführung abgelehnter Asylbewerber.

Bei den bisher abgeschlossenen Migrationsabkommen – 2022 mit Indien, 2023 mit Georgien und im Januar dieses Jahres mit Marokko – fällt aber besonders eines auf: Die Länder, mit denen Deutschland die besagten Vereinbarungen trifft, gehören nicht zu den großen Herkunftsländern von Asylbewerbern. Ganz im Gegenteil haben sie kaum Einfluss auf die aktuelle Asylzuwanderung. Insgesamt stammten nach Berechnungen des Medieninstitutes Integration gerade mal 5,9 Prozent der gesamten Asylansprüche 2023 aus Ländern, mit denen Deutschland Migrationsvereinbarungen unterhält. Weitere

Die Bundesregierung trifft weltweit Vereinbarungen zur Migrationskontrolle. Doch die Deals sind Symbolpolitik. Das zeigt der aktuelle Besuch des Kanzlers in Usbekistan

Deals mit Kenia und Usbekistan hatte der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für Migrationsabkommen, Joachim Stamp, im Juni angekündigt. Am Freitag wurde nun das Abkommen mit Kenia unterzeichnet, in wenigen Tagen soll Usbekistan folgen. Der parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Thorsten Frei hält von diesem Vorhaben wenig: „Es wäre wichtiger, solche Abkommen mit Ländern zu schließen, die auch Hauptherkunftsländer der Migration sind“, sagt er zu WELT. Gleichzeitig müsse mehr auf die völkerrechtliche Verpflichtung zur Rücknahme eigener Staatsbürger geachtet werden.

Stamp dagegen sprach von einer „großen geopolitischen Bedeutung“ der Länder. Man plane eine „nachhaltige Partnerschaft“. Ähnliche Vereinbarungen seien auch mit Kirgistan und den Philippinen geplant, so der FDP-Politiker. Doch auch bei Kenia und Usbekistan stellt sich die Frage nach dem Potenzial solcher Vereinbarungen. Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) haben im vergangenen Jahr 7893 Menschen aus Usbekistan einen Antrag auf Asyl im Ausland gestellt, 109 davon in Deutschland. Nur fünf dieser Anträge bekamen einen positiven Bescheid, 57 wurden abgelehnt, über die verbleibenden 47 wurde bis Ende des Jahres nicht mehr entschieden.

In Usbekistans Hauptstadt Taschkent herrscht dagegen eine ganz andere Stimmung. Schulen, die Deutsch unterrichten, boomen, junge Usbekinnen und Usbeken bewerben sich auf deutsche

Stipendien und strömen in Bildungseinrichtungen, um Sprachkenntnisse zu erwerben, die ihnen Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt ermöglichen. Der Altersdurchschnitt des Landes liegt bei 28 Jahren, die Jugendarbeitslosigkeit zuletzt bei rund elf Prozent. Im Ausland zu arbeiten, sei der Traum vieler junger Usbekinnen und Usbeken, erzählen Einheimische auf den Straßen.

Sie hoffen auf bessere Zukunftsaussichten, wollen sich mit ihrer Familie ein neues Leben aufbauen. Fürs Studium gehen viele Usbekinnen und Usbeken daher ins Ausland – bevorzugt in die USA, in das Vereinigte Königreich und nach Schweden. Doch ganze 88 Prozent der im Ausland gestellten Asylansprüche wurden 2023 abgelehnt. Am Ende bleiben meist nur zeitlich befristete Anstellungen, für die junge Menschen aus Usbekistan vor allem in die Türkei fliegen.

Das geplante Migrationsabkommen mit der Bundesregierung könnte das ändern. „Usbekistan hat ein hohes Interesse an legalen und sicheren Wegen der Erwerbsmigration für seine junge Bevölkerung in den deutschen Arbeitsmarkt“, schreibt das Bundesinnenministerium auf Anfrage. Zugleich habe man eine „praxiswirksame Zusammenarbeit bei der Reduzierung irregulärer Migration und der Rückkehrzusammenarbeit verbindlich vereinbart“. Diese Zusammenarbeit, die ursprünglich auch die Unterstützung Usbekistans bei der Rückführung afghanischer Staatsangehöriger umfassen sollte, ist seit der Machtübernahme der Taliban 2021 ins Stocken geraten.

Die humanitäre Lage in Afghanistan hat sich seitdem dramatisch verschlechtert. Abgelehnten Asylbewerbern drohen Verfolgung, Folter oder sogar die Todesstrafe. Laut dem Non-Refoulement-Prinzip der Genfer Flüchtlingskonvention ist es daher verboten, Menschen in Länder wie Afghanistan abzuschicken. Deutschland hatte in der Vergangenheit versucht, ein Abkommen mit Afghanistan zu schließen, das sich insbesondere auf die Rückführung abgelehnter Asylbewerber fokussierte. Nach der Machtübernahme der Taliban waren die Verhandlungen jedoch eingestellt worden.

Auch mit anderen Staaten sind geplante Migrationsabkommen gescheitert. Auf einer Reise durch Westafrika im vergangenen Jahr war Bundeskanzler Olaf Scholz mit seinen Vorschlägen für ein derartiges Abkommen in Nigeria abgeblitzt. Er hatte in Ghana und Nigeria potenzielle Kooperationspartner für den Ausbau des Stromnetzes und die Eindämmung irregulärer Migration gesucht. Trotz Kritik und Rückschlägen hält das Bundesinnenministerium an den Migrationsabkommen fest und betitelt den starken Rückgang der Asylansprüche von Menschen aus Georgien (mehr als 70 Prozent weniger Anträge) und aus Moldau (mehr als 50 Prozent weniger Anträge) als Erfolg. Dabei betreffen diese Zahlen hauptsächlich junge motivierte Fachkräfte, die aus besagten Ländern stammen und auf legale Zuwanderungsmöglichkeiten setzen.

Lösungsvorschläge zum Umgang mit Rückführungen abgelehnter Asylbewerber aus Ländern wie Afghanistan, Syrien oder dem Irak bleiben weiter aus. Der aktuelle Kurs der Bundesregierung konzentriert sich aktuell offenbar auf Symbolpolitik, die auf die Reduzierung von Asylansprüchen aus Ländern mit ohnehin geringen Anerkennungsquoten setzt. Die problematischen Folgen unregulierter Migration, die in Deutschland zuletzt immer offensichtlicher werden, werden davon kaum berührt. dpa

## Ex-Premier Boris Johnson fordert Taurus für Kiew

Kanzler Scholz lehnt eine Lieferung erneut ab

In seinen Bemühungen um Waffen mit großer Reichweite kann Kiew weiterhin nicht auf Bundeskanzler Olaf Scholz hoffen. Bei einem Bürgerdialog im brandenburgischen Prenzlau schloss der SPD-Politiker eine Lieferung solcher Waffen an die Ukraine auch für die Zukunft aus. Er bekräftigte sein Nein zur Lieferung der Marschflugkörper Taurus mit einer potenziellen Reichweite von der Ukraine bis nach Moskau (etwa 500 Kilometer) mit der Begründung, dass dies „eine große Eskalationsgefahr“ mit sich brächte. „Da habe ich Nein gesagt. Und das gilt natürlich auch für andere Waffen, wenn wir sie geliefert hätten, die in dieser weiten Distanz dort hineinschießen könnten. Das bleibt so. (...) Auch wenn andere Länder anders entscheiden.“

Der britische Ex-Premier Boris Johnson bat Scholz, seine Haltung zu überdenken. „Wir brauchen definitiv auch eine Taurus-Lieferung, definitiv“, sagte Johnson der „Süddeutschen Zeitung“ bei einer Sicherheitskonferenz in Kiew. Mit Blick auf die deutsche Geschichte könne er Scholz zwar verstehen, aber es gehe um eine klare Haltung in einer ganz entscheidenden Phase. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj bittet die Verbündeten immer wieder um weitreichende Waffen, um russische Logistik und Militärflugplätze der Luftwaffe weit hinter der Frontlinie auch auf russischem Territorium angreifen zu können.

Die Nato-Partner USA, Großbritannien und Frankreich haben der Ukraine bereits Marschflugkörper mit Reichweiten bis zu 300 Kilometern geliefert. Derzeit läuft eine Diskussion darüber, ob der Einsatz dieser Waffen gegen Ziele auf russischem Territorium grundsätzlich erlaubt werden soll. US-Präsident Joe Biden und der britische Premierminister Keir Starmer waren bei einem Treffen am Freitag in Washington zu keiner Entscheidung gekommen. Kremlchef Wladimir Putin hatte zuvor erklärt, dass er den Einsatz weitreichender westlicher Präzisionswaffen gegen Ziele tief auf russischem Territorium als Kriegsbeilegung der Nato werten würde. „Das wird bedeuten, dass die Länder der Nato, die USA, die europäischen Länder mit Russland kämpfen.“

Die wirtschaftsstarke westliche Demokratie der G7 haben nach Berichten über die Lieferung iranischer Raketen an Russland die Bereitstellung dieser Waffen scharf verurteilt. Dass Teheran trotz wiederholter internationaler Aufforderungen, die Lieferungen einzustellen, Moskau weiterhin mit Waffen versorge, stelle eine weitere Eskalation der militärischen Unterstützung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine durch den Iran dar, hieß es in einer gemeinsamen Stellungnahme der Außenminister von Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Großbritannien und der USA sowie des Außenbeauftragten der EU. dpa

## Die Niederlande wollen das EU-Asylsystem verlassen

Die neue, von Geert Wilders mitgetragene Regierung kündigt die strengste Politik Europas an und ruft den nationalen Notstand aus. Brüssel reagiert mit Warnung

Die Wähler hätten der Politik einen „glasklaren Auftrag“ erteilt. „Ihre Botschaft war: Hört uns zu. Hört euch unsere Sorgen an. (...) Und die größte all dieser Sorgen betrifft das Thema Asyl und Migration. Das ist, wie man es auch dreht und wendet, der springende Punkt.“ Das sagte der neue niederländische Ministerpräsident Dick Schoof vor wenigen Wochen in seiner Regierungserklärung.

VON KLAUS GEIGER

Am Freitag nun stellte seine Koalition, deren starker Mann im Hintergrund der Rechtsnationalist Geert Wilders ist, ihr Regierungsprogramm vor. Was das Bündnis bei den Themen Asyl und Migration vorhat, könnte das Versprechen tatsächlich einlösen, dass die Niederlande künftig „die strengste Asylpolitik Europas“ haben werden. Mit der EU geht die neue Regierung direkt in Konfrontation. „Die Regierung wird in Brüssel so bald wie möglich ankündigen, dass die Niederlande von den europäischen Asyl- und Migrationsregeln ausgenommen wird“, heißt es im Regie-

rungsprogramm. Das Land will die Hoheit in der Migrationspolitik zurückerhalten, ein Novum für eines der sechs EU-Gründungsländer. Es gibt allerdings nur einen Präzedenzfall unter den 27 Staaten: Dänemark erhielt eine solche „Opt-out“-Option in den 1990er-Jahren, bevor die europäische Grenzpolitik vereinheitlicht wurde. Im Falle der Niederlande wäre es ein Austritt eines Landes, das über Jahrzehnte Teil des Systems gewesen war.

Im Regierungsprogramm heißt es weiter, solange Brüssel eine solche Ausnahme Klausel nicht gewähre, werde man zwar den EU-Asylkompromiss umsetzen, der zuletzt nach jahrelangen Debatten beschlossen wurde. Allerdings kündigte man gleichzeitig an, in diesem Fall eine Option in Anspruch zu nehmen, die erlaubt, sich mit der Zahlung von 20.000 Euro pro Asylbewerber von der Aufnahme freizukaufen. Die EU-Kommission warnte die Niederlande: „Wir haben eine beschlossene Gesetzeslage, aus der man sich nicht auschert. Das ist ein allgemeines Prinzip.“ Unabhängig davon kündigten die Niederländer an, den Notstand auszu-

rufen und die Asylregeln auf nationaler Ebene zu verschärfen. Für einen solchen Schritt will die Vier-Parteien-Koalition einen königlichen Erlass nutzen, mit dem Änderungen ohne Zustimmung des Parlaments vorgenommen werden können. Die Opposition spricht von einem undemokratischen Schritt, sie bezweifelt die Rechtmäßigkeit der Notmaßnahmen. Sie argumentiert, es gebe lediglich eine Krise bei der Unterbringung von Asylbewerbern, als Folge von Sparmaßnahmen. Die Zahl der Migranten aber sei stabil mit jährlich etwa 40.000 Asylbewerbern. Ähnlich wie in Deutschland sind es allerdings nicht die aktuellen Zahlen, die in der Bevölkerung für Verbreiten und das Gefühl von Überforderung sorgen, sondern die Folgen einer jahrelangen, relativ hohen Zuwanderung über das Asylsystem. Das zeigt das Wahlergebnis: Die Partei von Wilders, der schon lange islam- und migrationskritische Forderungen vertritt, erhielt 23,5 Prozent der Stimmen, womit sie im zersplitterten niederländischen System acht Prozentpunkte vor der Zweitplatzierten liegt.

Im Zuge der Notstands-Ausrufung

möchte die Regierung den Familien nachzug einschränken: Anerkannte Flüchtlinge dürfen nur noch enge Angehörige nachholen, wenn sie bereits zwei Jahre im Land sind, eine Unterkunft und ein stabiles Einkommen haben. Außerdem erhalten anerkannte Flüchtlinge nach fünf Jahren nicht automatisch eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung. Vielmehr sollen anerkannte Asylbewerber in ihre Heimatländer geschickt werden, sobald diese als „si-

”

ICH WEISS, DASS VIELE DIES IN DIE KATEGORIE 'UNMÖGLICH, GEHT NICHT' EINORDNEN

DICK SCHOOF, niederländischer Premier

cher“ gelten. Weiter ist geplant, dass Asylbewerber künftig statt Sozialwohnungen meist nur Zimmer erhalten. Schon bisher galt in den Niederlanden, dass Ausreisepflichtige nur „Bett, Brot und Seife“ bekommen – nun soll auch dies gestrichen werden. Zugleich peilt die Regierung an, die Zahl der ausländischen Fachkräfte und die Zahl der ausländischen Studenten zu verringern.

Die aktuelle Regierung ist das Ergebnis monatelanger Gespräche. Zentrale Frage war, ob die Wilders-Partei nach dem klaren Wählervotum ein Teil der Regierungskoalition werden solle – und ob Wilders dann auch zum Regierungschef gewählt werden müsste. Der Kompromiss: Die Wilders-Partei PVV ist jetzt Teil eines Vierer-Bündnisses, das die Niederlande regiert. Dort gilt das Konzept einer „Brandmauer“ tendenziell als undemokratisch. Wilders verzichtete auf das Amt des Ministerpräsidenten – auch die Spitzenkandidaten der anderen drei Bündnispartner sind nicht im Kabinett. Die anderen Koalitionäre sind die bisher regierenden Liberalen (VVD), die Bauernpartei BBB und die liberal-konservative Partei des NSC.

Regierungschef Dick Schoof ist parteilos. Er war politischer Beamter in den Geheimdiensten und im Justizministerium. In seiner Regierungserklärung im Juli sagte er, Zuwanderung übe in den Augen vieler Menschen einen „zu großen Druck“ auf die Gesellschaft aus, ebenso auf die „Bezahlbarkeit der Daseinsvorsorge“, auf den „sozialen Zusammenhalt“ und das „Gemeinschaftsgefühl in der Nachbarschaft“.

Noch ist unklar, welche Änderungen die Regierung tatsächlich durchbringen wird. Beobachter werden genau verfolgen, wie weit das Land mit dem Vorhaben eines „Opt-outs“ von der EU-Gesetzgebung in Asyl- und Migrationspolitik kommt. Schoof hatte dazu im Juli entschlossene Worte gefunden: „Ich weiß, dass viele dies in die Kategorie ‚unmöglich, geht nicht‘ einordnen.“ Wahr sei aber auch, dass „die EU-Mitgliedstaaten sehr wohl einen Gestaltungsspielraum“ haben. „In bin in einer Familie aufgewachsen, in der harte Arbeit und Beharrlichkeit die Norm waren. ‚Geht nicht liegt auf dem Friedhof und Willnicht liegt daneben‘, hieß es bei uns zu Hause.“

# Kamala Harris sucht Rat bei britischen Strategen

Erfolgreicher Wahlkampf von Labour als Vorbild

Als der neue britische Premier und Labour-Chef Keir Starmer Ende letzter in Washington US-Präsident Joe Biden traf, begegneten sich zwei Männer, die der gleichen Parteifamilie angehören, deren Rückhalt in der Bevölkerung aber unterschiedlicher nicht sein könnte. In Großbritannien schöpft die Labour-Partei noch immer aus ihrem Wahlsieg im Juli, in den USA müssen die Demokraten um ihre Wiederwahl bei den Präsidentschaftswahlen im November bangen.

VON MANDOLINE RUTKOWSKI  
AUS LONDON

Für Sozialdemokraten weltweit war der Erfolg Labours ein Hoffungsschimmer. Denn während Regierungschefs wie Bundeskanzler Olaf Scholz und Spaniens Ministerpräsident Pedro Sánchez stracheln, hat Labour-Chef Starmer mit seiner Partei eine stabile Mehrheit. Nun schaut auch Kamala Harris, die Präsidentschaftskandidatin der Demokraten, nach Großbritannien. Mehrere hochrangige Labour-Vertreter reisten Berichten des US-Politmagazins „Politico“ zufolge in die USA, um den Demokraten Einblicke in ihre Taktik zu geben, darunter die ehemalige Strategieführerin Deborah Mattinson, Kampagnenchef Morgan McSweeney und Kommunikationschef Matthew Doyle. Vor allem im Hinblick auf die Mobilisierung einer bestimmten Wählergruppe glauben Labour-Strategen, dass die Demokraten etwas von ihrem Wahlkampf lernen können: Vertreter der Arbeiterklasse, die traditionell Labour oder die Demokraten wählen, sich aber zuletzt immer weniger von den Parteien vertreten fühlten. „Wir haben auf beiden Seiten des Atlantiks die gleichen Anekdoten gehört, es sind die gleichen Probleme“, sagt Mattinson in einem „Politico“-Interview, in dem auch Claire Ainsley, die ehemalige Chefin des Planungsstabes, zu Wort kommt: „Für diese Wähler sind die Lebenshaltungskosten und die Einwanderung die beiden wichtigsten Themen“, ergänzt sie. „Und darauf müssen sie sich konzentrieren.“

Wie das genau aussehen könnte, machte Labour im letzten Wahlkampf vor. Starmer versprach, das Land mit einer Kombination aus Haushaltsdisziplin sowie privaten und öffentlichen Investitionen in erneuerbare Energien, Wohnungsbau und den öffentlichen Dienst aus der wirtschaftlichen Stagnation zu führen. In der Migrationsfrage verfolgte der ehemalige Generalstaatsanwalt eine harte Law-and-Order-Politik: Gebetsmühlenartig wiederholte er, die „kriminellen Schlepperbanden zerschlagen“ zu wollen. Der Fokus lag auch deshalb so stark auf den Wählern der

Arbeiterklasse, weil Labour deren Bedeutung für ihren Erfolg erkannt hatte. Im Jahr 2019 waren viele traditionelle Labour-Wähler zu den Konservativen des damaligen Premiers Boris Johnson übergelaufen und hatten so zu dessen Erdrutschsieg beigetragen. Labour-Wahlkampfstrategen wie Mattinson bezeichneten sie später als „Heldenwähler“, denn sie zu gewinnen bedeutete nicht nur, Labour eine Stimme zu verschaffen, sondern auch, den Konservativen eine Stimme zu entziehen.

Von diesen „Heldenwählern“ hatte sich Labour weit entfernt. Zwar konnte der damalige linke Parteichef Jeremy Corbyn mit Anti-Nato-Rhetorik und Brexit-Ablehnung junge, gebildete Akademiker begeistern. Doch er versäumte es, die Sorgen der nachfolgenden Generationen ehemaliger Industriearbeiter aus dem verarmten Norden Englands anzusprechen: steigende Einwanderung, Arbeitslosigkeit und der überlastete staatliche Gesundheitsdienst NHS. Im volksnahen Brexit-Befürworter Johnson sahen sie einen Mann, der ihre Sorgen ernst nahm und ihr Leben in vielerlei Hinsicht verbessern könnte. Labour-Beraterin Mattinson zieht aus dieser Entwicklung Lehren für den US-Wahlkampf. In einem Beitrag für den britischen „Guardian“ schreibt sie, dass es auch in den USA „Heldenwähler“ gebe: unentschlossene Amerikaner aus der Mittelschicht in den umkämpften „Swing States“, die mit dem Gedanken spielen, für Trump zu stimmen. Mattinsons Rat an Harris: Sie solle Kernthemen wie „Wohnungsbau, Lebenshaltungskosten und die Schaffung von Arbeitsplätzen“ ansprechen. Einzelne Schritte in diese Richtung haben die US-Demokraten bereits angekündigt, etwa einen verstärkten Wohnungsbau. Außerdem schlug Harris Preisobergrenzen für Lebensmittel und billigere Medikamente vor.

Auch beim Thema Einwanderung kann Harris nach Ansicht von den Briten lernen. Harris wird vorgeworfen, zu zögerlich gegen Migranten an der mexikanischen Grenze vorzugehen, in Umfragen liegt sie hinter Trump. Labours Ex-Planungsstabschefin Ainsley rät Harris, in die Offensive zu gehen. Helfen könnte ihr, dass sie wie der Labour-Chef als Staatsanwältin tätig war und Erfahrung in der Verfolgung von Schlepperbanden hat. Sie hat im Vergleich zu Starmer aber zwei Nachteile. Labour trat im Sommer gegen einen schwachen Gegner an, viele Briten hatten genug von den seit 14 Jahren regierenden Konservativen. Und anders als die Labour-Partei hat Harris nicht Jahre, sondern nur Wochen Zeit, die Arbeiterklasse von sich und ihrem Programm zu überzeugen.

Vor dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs, im September 2021, umfuhr die Fregatte „Bayern“ auf ihrer Indo-Pazifik-Tour bewusst die Taiwan-Straße. Dass die deutsche Marine nun an diesem Wochenende trotz Protest aus Peking durch die umstrittene Meerenge zwischen China und Taiwan hindurchfuhr, kann als Symbol dafür gelten, dass Berlin es mit der Zeitenwende durchaus ernst meint – und ein verstärktes Eigeninteresse an Stabilität in der Region hat.

VON CHRISTINA ZUR NEDDEN  
AUS SINGAPUR

Das lange Zögern bei dieser Entscheidung zeigt zugleich, wie sensibel die deutschen Beziehungen zu China sind – von dem deutsche Konzerne immer noch hochgradig abhängig sind.

Die nur 180 Kilometer breite Taiwan-Straße zählt geopolitisch gesehen zu den gefährlichsten Gewässern der Welt. Die Frage, wem es gehört, ist auch einer der zentralen Streitpunkte zwischen den Supermächten China und den Vereinigten Staaten. Peking versteht Taiwan und damit auch die Meerenge als sein Territorium. Die USA gelten als Schutzmacht des demokratischen Inselstaats. Ein militärischer Konflikt könnte deshalb weitreichende Folgen haben. Was beabsichtigt die Bundesrepublik in dieser gefährlichen Gemengelage nun also mit der Aktion?

„Es sind internationale Gewässer, also fahren wir durch“, sagte Verteidigungsminister Pistorius lapidar am Freitagvormittag. Wenige Stunden später befand sich die Fregatte „Baden-Württemberg“ und ihr Versorgungsschiff „Frankfurt am Main“ bereits auf Höhe der taiwanischen Stadt Hsinchu. Die Bundeswehr hatte bis zuletzt offengelassen, ob die Schiffe die Meerenge tatsächlich durchfahren würden. Dabei ist die internationale Rechtslage klar: Laut UN-Seerechtsübereinkommen haben Kriegsschiffe das Recht zur friedlichen Durchfahrt durch sämtliche Gewässer. Dazu zählt auch die Taiwan-Straße. China sieht das anders, obwohl es die entsprechende UN-Konvention unterzeichnet hat. Peking lehne Drohungen von Staaten gegen die Souveränität und Sicherheit Chinas unter dem Deckmantel der Schifffahrtsweltfreiheit ab, sagte Außenamtssprecherin Mao Ning. Die Volksrepublik betrachtet die Meerenge als chinesische Gewässer und zählt auch den Inselstaat Taiwan zu seinem Gebiet, obwohl die Republik seit Jahrzehnten eine von Peking unabhängige und demokratisch gewählte Regierung hat und nie zur Volksrepublik gehört hat.

China, das unter Xi Jinping immer nationalistischer wird, kommuniziert jedoch offen, Taiwan bis zum Jahr 2049 annekieren zu wollen, „wenn nötig mit Gewalt“. In den vergangenen Jahren hat Peking sein Militäraufgebot vor Taiwan deswegen verstärkt. Regelmäßig schickt es Kampfflotten in den taiwanischen Luftraum und chinesische Kriegsschiffe in die Meerenge. Es gehöre zum „chinesischen Kerninteresse“ die „abtrünnige Provinz



Die Fregatte „Baden-Württemberg“

CARSTEN VON NEMANN / BUNDESWEHR

# Zeitenwende-Statement in Fernost

Eine deutsche Fregatte durchquert die umstrittene Taiwan-Straße – sehr zum Unmut Pekings. Die Entscheidung soll ein Signal senden



Taiwan“ innerhalb Chinas Grenzen zu rücken, heißt es immer wieder aus Peking. Das Verhalten der deutschen Seite „erhöht das Sicherheitsrisiko und sendet falsche Signale“, warnte Marineoberst Li Xi vom Ostverband der chinesischen Armee. China ist verärgert, dass die Bundesrepublik es seinen westlichen Partner gleichtut: Kriegsschiffe aus den USA, Kanada, Frankreich und Großbritannien passieren seit Jahren regelmäßig die umstrittene Meerenge, um das Recht der Schifffahrtsweltfreiheit zu demonstrieren und China die Stim zu bieten.

Dafür hat Berlin mehrere Gründe. Mit Ausruf der „Zeitenwende“ im Februar 2022 hat sich Deutschland auch der Absicht verschrieben, außenpolitisch offensiver gegen Imperialismus vorzugehen. Dies gilt nicht nur für Russlands Krieg in der Ukraine, sondern auch für Chinas aggressives Auftreten gegenüber Taiwan. Beim „Indo Pacific Deployment“ der deutschen Marine geht es um die Verteidigung freier Seewege und damit der regelbasierten Ordnung, die von Russland, aber auch von China immer mehr herausgefordert wird.

Für die Bundesrepublik ist dies ein heikles Unterfangen. Denn Deutschland ist trotz des angekündigten „De-Risking“ im Rahmen der 2023 verkündeten China-Strategie immer noch stark abhängig von der Volksrepublik. Eine Analyse des Instituts der Deutschen Wirtschaft vom Februar 2024 zeigt, dass die neu getätigten Direktinvestitionen der deutschen Wirtschaft in China und Hongkong im vergangenen Jahr mit 11,9 Milliarden Euro einen Höchststand erreichten. Von Diversifizierung sei „kaum eine Spur“. China zu provozieren, könnte deswegen wirtschaftliche Nachteile für Deutschland haben.

Aber China die Kontrolle der Taiwan-Straße zu überlassen, hätte schlimmere wirtschaftliche Folgen als der Krieg in der Ukraine und in Nahost zusammengenommen, so die Annahme. Und damit auch für Deutschland. Nicht nur wäre weltweit die liberal-demokratische Weltordnung bedroht, durch die Taiwan-Straße laufen knapp 45 Prozent des Welthandels. 90 Prozent aller modernen Chips, die Deutschland für Laptops, Handys, Hightech-Geräte und Waffen braucht, werden in Taiwan hergestellt.

Eine Störung der Lieferketten oder eine Blockade durch China würde die Welt von diesen essentiellen Produkten abschneiden. Ein Krieg würde die Weltwirtschaft lahmlegen und die beiden Supermächte, USA und China, und ihre jeweiligen Verbündeten gegenüberstellen. Im Januar 2024 schätzte „Bloomberg Economics“ die Kosten eines Kriegs um Taiwan auf rund zehn Billionen Dollar. Dies entspräche etwa zehn Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung und würde den Schaden durch den Krieg in der Ukraine und die Covid-Pandemie in den Schatten stellen.

Das Problem: Eine tatsächliche Alternativroute für Containerschiffe zur Taiwan-Straße gibt es nicht, denn die weiter östlich gelegene Luzon-Straße oberhalb der Philippinen wird regelmäßig von Zyklonen heimgesucht, in der Taiwan-Straße hingegen herrscht zumeist ruhigeres Wetter und sie ist für Schiffe daher sicherer. Die deutsche Marine ist auch in Asien, um ein Zeichen gegen die Bedrohung, die von Nordkorea ausgeht, zu setzen. Denn das Regime ist nicht nur eine direkte Gefahr für Südkorea und Pjöngjongs Erzfeind, die USA. Laut dem US-Geheimdienst hilft Nordkorea Russland Sanktionen zu umgehen, indem es Waffen an Moskau liefert. Diese kommen in der Ukraine zum Einsatz und stellen somit auch eine Gefahr für Europa und den Westen dar.

Die Entscheidung zur Querung der Taiwan-Straße erfolgte diesmal anders als 2021, vor allem wohl um in der veränderten Bedrohungslage gegenüber Partnern wie den USA, Japan, Südkorea und Australien glaubwürdig in seinen Bekenntnissen zum Engagement in der Region zu bleiben. Denn die Bundesrepublik braucht die Länder im Gegenzug mehr denn je als enge Verbündete für Europa, in der Nato und bei den G 7.

MITARBEIT: THORSTEN JUNGHOLT

ANZEIGE

**Handelsblatt**  
Morning Briefing

Der perfekte Start in den Tag

Alles von Relevanz aus Wirtschaft, Politik und Finanzen:  
börsentäglich frühmorgens direkt in Ihr Mailfach.  
Pointiert und kommentiert.

Jetzt kostenlos abonnieren:  
[handelsblatt.com/informiert](https://www.handelsblatt.com/informiert)

Handelsblatt

Substanz entscheidet.

## LEITARTIKEL

# Fürs große Moralisieren geht es Deutschland viel zu schlecht

Nahezu alle aktuellen politischen Konflikte werden heute als gesinnungsethisches Theater inszeniert und in den Medien, vor allem den öffentlich-rechtlichen, als Lehrstücke über Gut und Böse aufgeführt. Drei Etappen eines moralischen Schaukampfs

Wann hat das alles angefangen? Um zu verstehen, wie gesellschaftliche Schräglagen und kulturelle Verschiebungen entstehen, führt kein Weg daran vorbei, zu den

Wurzeln der Dinge zu gelangen. Woher kommt der aggressive, eitle Moralismus, der in der aktuellen Bundesregierung prägend ist und in der Merkel-Zeit fast prägend war? Es begann erstens mit dem Ende des egalitären Miteinanders der Bonner Republik. Zweitens mit dem stolzen Hedonismus der Boomer und Gen X, der in den 80er-Jahren überall im Westen Fahrt aufnahm. Stichwort: Yuppies. Und drittens mit dem Postmaterialismus der Nicht-rechtig-Wohlhabenden, die ihre ökonomischen Shortcomings mit Moral kompensieren mussten.

Bevor wir zu den Wurzeln kommen, noch einmal ein Blick in das aktuelle Blütenreich dieser ziemlich deutschen Unart. Moralardsteller in den beiden Kernressorts der Grünen, Wirtschaftsministerium und Außenamt, konnten es sich diese Woche nicht verneifen, einseitig in den US-Wahlkampf einzugreifen, sich auf die Seite von Kamala Harris zu schlagen. In vermeintlich witziger Weise auf den sozialen Medien gegen Donald Trump zu sticheln. Deutscher Moralpopulismus in seiner Reinform – und gleichzeitig radikale Unprofessionalität, unseren wichtigsten Verbündeten und Wirtschaftspartner zu vergraulen (sollte Trump die Wahl gewinnen). Wie so oft ist moralische Selbstdarstellung kontraproduktiv für jedes realpolitische Anliegen. Immer schon.

Georg Kronawitter, SPD, war von 1972 bis 1978 und dann von 1984 bis 1993 Münchener Oberbürgermeister und sah sich als Anwalt der kleinen Leute. Er hasste die Reichen – und artikuliert das auch, als er mit Figuren wie Gloria von Thurn und Taxis konfrontiert wurde, zunehmend aber auch mit einem selbstbewussten Milieu konsumfreudiger Neureicher (und einer im internationalen Vergleich fast demütigen Präsentation des Reichtums in der Stadt). Für den Sozialdemokraten war die egalitäre Norm das Band, das die Gesellschaft zusammenhielt, er kämpfte dafür, dass das so bleibt. Kein Luxus, außer dem Verschämten, Exotischen, erkennbar Minoritären: der Reiche als Freak wie in



ULF POSCHARDT

„Kir Royal“ von Helmut Dietl. Das alte Ideal der SPD war ein kleinstädtisch-proletarisches Land, in dem Reichtum im Grunde genommen ein Unfall war (beziehungsweise ein Kollateralschaden des Wirtschaftswunders). Die Globalisierung hat diese enge „Idylle“ pulverisiert: In Gerhard Schröder wurde 1998 ein Sozialdemokrat Bundeskanzler, der mit Zigarre, Brioni-Anzug und einem gepanzerten Audi A8 auf der Bühne von „Wetten, dass...“ stolz die Inszenierung seiner Macht und seines Wohlstandes ausgestellt hat. Es folgten „GQ“, Prachtstraßen und Passagen in Hamburg, München oder Berlin und schließlich Instagram, bei dem das Jenseits als materielle Exzessanhäufung diesseitig gemacht wurde.

Die Postmaterialisten reagierten mit einem noch hysterischeren Postmaterialismus. Sie mussten moralisch kompensieren, was andere mit G-Klassen und schrankwandgroßen Louis-Vuitton-Einkaufstüten an Repräsentation aufgebaut hatten. Bei den Klimaklebern wurde dieser moralische Schaukampf Bühnenreif: Die Konfrontation zwischen gepumpten, tätowierten AMG-Zornigen und dem verhuschten veganen Bürgerkind (und Rechtsbrecher) verdeutlichte, dass Materialisten und Postmaterialisten unterschiedliche Währungen verrechnen. Anfänglich blieben die moralisierenden Medien auf Seiten der Rechtsbrecher, weil in den meisten Journalisten derselbe Verliererneid schlummert wie in den Aktivisten. Deshalb deren mediale Verklärung. Bizarr nur, dass sich die vermeintlich postmaterialistischen Journalisten im ÖRR ihre materiellen Grundlagen via Zwangsgebühren finanzieren lassen. Weil das nur bei Leuten wie Jan Böhmermann oder Anja Reschke üppig ist, vergibt der kulturell-mediale Moralkomplex Preise nahezu ausschließlich an die Kantoren postmaterialistischer Publizistik. Auch bei aktuellen Fernsehpreisen wird gefeiert, was den moralischen Geltungsdrang der Nicht-ökonomisch-Erfolgreichen intakt lässt.

Der Neid sollte als Eindruck vermieden werden, doch die aggressive Art des Virtue Signalling als

Gegenentwurf zum Conspicuous Consumption (Thorstein Veblen) verdeutlichte, dass der souveräne Postmaterialist die Ausnahme war und ist. Die meisten souveränen Postmaterialisten sind wohlhabende Menschen oder kommen aus wohlhabenden Familien. Und entscheiden, dem Luxus und der Völlerei zu entsagen, weil sie es schon genossen und davon eigentlich genug haben. Was okay ist, wenn sie nicht zu Ikonen von jenen gemacht würden, die auch ohne Wohlstand und Erfolg ihre Moral als Statussymbol betrachten und damit aggressiv in die Debatten eingreifen.

Mag man sich über weltläufige Klimaschützerinnen amüsieren, die ihre Vielflieger-Jugend damit abspalten, aber sie repräsentieren zumindest die Kenntnis der anderen Seite. Die wirklich Verbitterten aber benutzen ihren Moralismus, um die ökonomischen Niederlagen ihrer Biografie mit einem ethischen Mehrwert zu versehen. Nur so lässt sich erklären, dass der neudeutsche Moralismus so eitel gesinnungsethisches politisiert ist, während die Souveränität der Verantwortungsethik zunehmend in den Hintergrund gerät. Deswegen steigt man auch aus der Atomkraft aus, wenn man dafür mehr Kohlekraftwerke anwerfen muss. Nahezu alle aktuellen politischen Konflikte werden als gesinnungsethisches Theater inszeniert und in den Medien, insbesondere den öffentlich-rechtlichen, als Lehrstücke über Gut und Böse aufgeführt.

Die bildungsbürgerliche Beflissenheit, sich selbst moralisch über die anderen zu stellen, nimmt in dem Maße zu, wie die ökonomischen Unterschiede innerhalb des Bürgertums zunehmen. Da die ökonomische Differenz des Moralbürgertums zur nicht-akademischen Mittelschicht kaum sichtbar ist, muss die Differenz kulturell konstruiert werden: Dazu dienen die Verachtungs-Maschinerien in Medien und Kultur, die den Dacia-SUV-Fahrern und Fertighaus-Bewohnern in der Provinz deren Rückständigkeit unter die Nase reiben wollen. Die grüne Energiewende soll all die „Atomkraft? Nein danke“-Sticker und Aufkleber zu Statussymbolen von Macht und Durchsetzungskraft verwandeln – zu Zeptern postmaterieller Herrschaft. Die Krönungsinsignien sind die kulturellen und medialen Dominanzen, die diese politischen Entscheidungen möglich machen.

Ähnliches gilt für die „Refugees Welcome!“-Slogans oder den Kampf gegen Rechts unter dem Motto „Wir sind mehr!“. Ob Klimastreik oder „Letzte Generation“, ob Fahrraddemo, Zero-Covid oder Kampf gegen Freihandel – in all diesen Konflikten geht es weniger um Verantwortungsübernahme denn um moralische Distinktion. Gedeihen konnte der postmaterielle Schaufenster-Idealismus in Zeiten, in denen die vermeintlich unmoralischen Hauslebauer und Dieselpendler für einen Wohlstand gesorgt haben, den nun insbesondere jene Milieus vernichten, die sie immer schon verachtet haben. Der Traum vom eigenen kleinen Häuschen, vom Urlaub auf Malle und den Kindern auf dem Gymnasium wurde von Moral-Oligarchen und ihren kulturell-medialen Handlagern so lange in die Gesellschaft injiziert, bis sich nun Teile der Mitte weit entfernt haben vom gesellschaftlichen Mainstream.

Das moralische Kasperltheater angesichts der Wahlerfolge der AfD, eingetübt im eitlen Entsetzen über eine fragwürdig reportierte Veranstaltung in Potsdam oder ein paar verstrahlte Yuppies auf Sylt, greift zunehmend ins Leere. Dem Land geht es zu schlecht für Postmaterialismus, die schamlose Art und Weise, wie sich der sogenannte Elfenbeinturm selbst steuerfinanzierte Posten und Pöstchen besorgt, während es den Normalverdienern eher schlechter geht, delegitiert den moralisch hohen Ton, wenn unter dem Vorwand, die Demokratie zu retten, vor allem die eigene Diskurshegemonie und Macht gesichert werden soll.

Den ganzen öden moralisierenden Kram kann man sich erst wieder leisten, wenn die Wirtschaft zwischen 2,5 und drei Prozent wächst. Bis dahin gilt: Afuera. Das moralische Establishment muss defundiert werden, weil es auf bemerkenswerte Art unfähig zur Selbstkritik ist.

ulf.poschardt@welt.de

## KOMMENTAR

## Wenn der Verfassungsschutz Desinformation verbreitet



ANDREAS ROSENFELDER

Wer schützt eigentlich die Verfassung vor den Verfassungsschützern? Diese Frage steht ernsthaft im Raum, seit Deutschlands Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang in der Corona-Krise den neuen Tatbestand der „Delegitimierung des Staates“ erfand – und damit den Aufgabenbereich seiner Behörde undefinierte: Nicht nur verfassungseindliche Tätigkeiten, sondern auch regierungskritische Ansichten stehen plötzlich unter Verdacht. Haldenwangs strategischer Kurswechsel rührt an die Substanz unseres Rechtsstaats, nämlich das in Artikel 5 des Grundgesetzes verbriefte „Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten“. Die Folgen der Kampagne sind längst flächendeckend zu beobachten und durchaus alarmierend: Immer mehr Politiker, Gerichte und Behörden in Bund und Ländern rücken Meinungsäußerungen, die geeignet sind, das Vertrauen in Regierungshandeln zu untergraben, in die Nähe von Straftaten. Die Pressefreiheit, im Grundgesetz ausdrücklich hervorgehoben, stellt eigentlich eine dunkelrote Linie für solche Versuche staatlicher Diskurskontrolle dar. Dass auch sie bedroht ist, zeigt der vorerst gescheiterte Plan von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), das rechts-extreme Magazin „Compact“ zu verbieten. Nun aber sind ausgerechnet bayerische Verfassungsschützer noch tiefer ins Terrain der „vierten Gewalt“ vorgedrungen. In einem auf der Behördenwebseite publizierten Bericht über eine „russische Desinformationskampagne“ erfassten sie nicht nur „gefälschte Webseiten bekannter Medien“, also klassische „Fake News“, sondern erstellten auch eine Tabelle mit der ungläublichen Überschrift: „Webseiten, die Nachrichten passend zum russischen Narrativ verbreiten“. Das darunter aufgelistete Spektrum ist breit und bunt: Es reicht vom „Freitag“ bis zur „Jungen Freiheit“, von der „Berliner Zeitung“ bis zur „Weltwoche“, von „Tichys Einblick“ bis zu den „Nachdenkseiten“.

Je nach Weltbild und Geschmack mag man diese sehr unterschiedlichen Zeitungen und Blogs wertschätzen oder auch nicht. Doch niemand kann bestreiten, dass sie in einer pluralen Medienlandschaft ihren Platz haben: So kontrovers und vielfältig sieht eine demokratische Öffentlichkeit aus. Die bayerischen Staatsbeamten allerdings rückten all diese unabhängigen Medienmarken in die rufschädigende Nähe zur „Desinformation“, weil einzelne Beiträge von russlandfreundlichen „Akteuren“ in sozialen Netzwerken geteilt wurden und „ins russische Narrativ passen“. Studiert man das entsprechende Kapitel im Verfassungsschutzbericht, so kommt man aus dem Staunen nicht heraus. Da ist etwa ein Beitrag der Schweizer „Weltwoche“ abgedruckt. „Bürgergeld an Kiew: Selenskyj fordert, dass die Sozialhilfe an die ukrainische Regierung statt an Ukraine-Flüchtlinge in Deutschland überwiesen wird“. Allerdings handelt sich hierbei keineswegs um „Desinformation“, sondern um die nackte Wahrheit: Selenskyjs bizarre Forderung aus einem ARD-Interview mit Carmen Miosga wird von der „Weltwoche“ lediglich sachlich und korrekt wiedergegeben.

Weiter findet sich da ein Interview der „Jungen Freiheit“ mit der hessischen AfD-Abgeordneten Anna Nguyen, in dem die Tochter vietnamesischer Einwanderer „massiven Rassismus von links“ beklagt. Und ein Artikel des „Deutschland Kuriers“ über den „Correctiv-Sumpf“ und die Frage, „woher das Geld für die links-grüne Stasi wirklich kommt“ – nämlich, wie der Artikel in polemischem Tonfall, aber sachlich zutreffend berichtet, zu beträchtlichen Anteilen aus dem Bundeshaushalt. Von Putin-Verherrlichung oder konkreter

Falschinformation also keine Spur – es reicht schon für die Indexierung, dass all diese Beiträge, so legitim sie sein mögen, ins Muster des „russischen Narrativs“ passen. Nun erinnert die Erklärung von interner Kritik zur „Feindpropaganda“ ironischerweise selbst an ein russisches Narrativ. In der Sowjetunion war dieses Argument sehr beliebt, und der ehemalige KGB-Mitarbeiter Wladimir Putin könnte den deutschen Behörden sicher hilfreiche Tipps zu seiner effektiven Anwendung geben. Noch heute gehört die Strategie fest zum Instrumentarium autoritärer Systeme: Der gezielt gestreute Verdacht, unbequeme Journalisten würden Positionen staatsfeindlicher oder ausländischer Mächte vertreten, ist immer die erste Vorstufe zur Zensur – und endet oft mit einer Anklage wegen Hochverrats oder Agententätigkeit.

Ähnliches ist in Deutschland zum Glück noch ganz undenkbar. Dennoch stellt die amtliche Liste „prorussischer“ Medien einen beispiellosen Angriff auf die Pressefreiheit dar, der Konsequenzen haben muss. Nachdem sich „Berliner Zeitung“, „Tichys Einblick“ und „Junge Freiheit“ gegen den Verfassungsschutzbericht gewehrt haben, redete sich der Bayerische Verfassungsschutz wortkarg auf „inhaltliche Missverständnisse“ heraus und stellte eine „angepasste“ Fassung des Berichts ins Netz. Die „Webseiten, die Nachrichten passend zum russischen Narrativ verbreiten“, heißen nun plötzlich nur noch „Webseiten, deren Inhalte der Akteur in Teilen weiterverbreitet hat“. Doch die Verwechslung der Kategorien ist kein Missverständnis, sondern sie hat Methode. Die neue Verfassungsschutzlogik wirft Fake News, Delegitimierung und Regierungskritik immer öfter in einen großen Topf – und schafft so selbst einen unentwirrbaren Nebel der Desinformation, anstatt für Aufklärung zu sorgen. Ist nicht im Endeffekt alles „prorussische Propaganda“, was die Repräsentanten und Institutionen des deutschen Staates schlecht dastehen lässt?

Dass die Denunziation kritischer Medien durch Staatsbeamte schon Schaden angerichtet hat, beweisen



„DIE VERWECHSLUNG DER KATEGORIEN IST KEIN MISSVERSTÄNDNIS, SONDERN SIE HAT METHODE

die hämischen Reaktionen mancher Journalisten, die den Verfassungsschutzbericht als Bestätigung ihrer Vorbehalte gegen die Konkurrenz auffassten. Diese Kollegen sollten sich in Grund und Boden schämen. Denn die Schwarze Medienliste, die ausgerechnet aus Markus Söders konservativem CSU-Imperium stammt, dürfte erst der Anfang sein. Schließlich kamen die Grünen gleich nach dem Wahlerfolg von BSW und AfD in Thüringen (und ihrer eigenen desaströsen Niederlage) auf die Idee, eine Bund-Länder-Taskforce gegen Desinformation einzurichten. In den Verfassungsschutzbehörden dürften sie dafür willige Partner finden. Gibt es dann bald auch „gesichert prorussische“ Medien? Oder Listen mit „Webseiten, die Nachrichten passend zu den Narrativen von AfD und BSW verbreiten“?

Die „russische Desinformationskampagne“, so tönt Bayerns Verfassungsschutz staatsstragend in der Einleitung zu seinem skandalösen Dossier, diene dem Ziel, „durch die Verbreitung bewusster Falschinformation und prorussischer Narrative in westlichen Gesellschaften Zweifel an liberalen demokratischen Werten zu säen“. In Wahrheit sind es die Verfassungsschützer selbst, die massive Zweifel an der Stabilität dieser Werte nähren.

andreas.rosenfelder@welt.de

## KOMMENTAR

## Annalena Baerbock – übernehmen Sie!

Das Auswärtige Amt unter Außenministerin Annalena Baerbock hat es schon wieder getan. In einem Post im Kurznachrichtendienst X, der ansonsten im linksliberalen Lager wegen seines Besitzers Elon Musk nicht so en vogue ist, stellt Berlin Aussagen von Donald Trump zur deutschen Energiepolitik richtig – und witzelt auch über Trumps Äußerungen zu haitianischen Einwanderern, die angeblich Hunde und Katzen essen.

Ob es klug ist, dass die höchste diplomatische Vertretung Deutschlands den US-Wahlkampf kommentiert, ist eine Sache. Eine andere Sache ist die durchgängig fehlende Linie der deutschen Außenpolitik, wenn es darum geht, wann Politiker und Politik öffentlich kritisiert oder gar belehrt werden und wann nicht. Dabei gäbe es derzeit genügend Anlass für die Außenministerin, nicht nur die Rechtspopulisten zu kritisieren, sondern auch mal nach links zu schauen. In Argentinien deuten alle Indizien darauf hin, dass der linksperonistische Präsident Alberto Fernandez in seiner Amtszeit (2018-2022) die First Lady Fabiola Yáñez verprügelt hat.

In Brasilien, dem Lieblingspartner der Bundesregierung, wurde gerade der Menschenrechtsminister entlassen, weil ihm ein Dutzend Frauen sexuelle Belästigung vorwerfen. In Kolumbien, dessen Re-



TOBIAS KÄUFER

gierung Millionen aus Berlin für die Unterstützung des Friedensprozesses erhält, nennt der linkspopulistische Präsident Gustavo Petro Journalistinnen „Püppchen der Mafia“ und bringt sie damit in Lebensgefahr. Und während weiter auch Klimaschutzmillionen nach Kolumbien fließen, hat sich unter Petro laut „Global Witness“ die Zahl der ermordeten Umweltaktivistinnen verdreifacht und damit einen weltweit nie gekannten Höchststand erreicht.

Und es gäbe auch konkrete Möglichkeiten, das Projekt feministische Außenpolitik mit Leben zu erfüllen: In Venezuela riskiert mit Maria Corina Machado eine Frau seit Jahren ihr Leben und ihre Freiheit, um mit demokratischen und friedlichen Mitteln gegen das brutale linksextreme Mörderregime von Wahlbetrüger Nicolas Maduro zu kämpfen. Stattdessen setzen Deutschland und die EU

angesichts des selbst verschuldeten Einflussverlustes auf die Vermittlungskunst der drei linken weißen alten Männer Gustavo Petro (Kolumbien), Lula da Silva (Brasilien) und Andres Manuel Lopez Obrador (Mexiko). Die glänzen dadurch, mit Tatenlosigkeit das Regime in Caracas zu festigen.

Vielleicht könnte Baerbock ja auch mal eine Initiative von Spitzenpolitikerinnen weltweit anstoßen, die sich zusammenschließen, um sich hinter Machado zu stellen. Denn eines der größten Verbrechen ist das Leid der Frauen und Mädchen, die vor Maduros Gewalt fliehen müssen und irgendwo auf ihrem Weg in Richtung USA in die Fänge von Menschenhändlern geraten und in der Zwangsprostitution landen. Und zum Thema Haiti: Natürlich kann man über die dummen Trump-Äußerungen Witze reißen. Man könnte aber als Auswärtiges Amt auch einmal darüber aufklären, warum so viele Menschen aus Haiti fliehen. Unter anderem, weil dort Frauen und Mädchen vergewaltigt und anschließend auf den Müll geworfen werden. Aber das bringt nicht so viele Klicks.

■ Tobias Käufer ist Lateinamerika-Korrespondent. Im Auftrag von WELT berichtet er seit 2009 über die Entwicklungen in der Region.

## LICHTBLICKE

## Wie die Menschheit gemeinsam ein großes Problem löste

Den „letzten Akt für das Leben auf diesem Planeten“ verkündete Greenpeace, und seit Mitte der 1980er-Jahre erscheinen Horrormeldungen über „eine unsichtbare Gefahr aus dem All“: Ultraviolette Strahlen könnten ungehindert durch eine Öffnung der schützenden Ozonschicht die Erdoberfläche erreichen.

Ozonloch taufte Wissenschaftler das Phänomen. Es drohte Hautkrebs. Doch übertrieben wurde auch: Schafe und Lachse seien erblindet – Belege blieben aus. „Mit Millionen von zusätzlichen Toten“, rechnete das Worldwatch Institute in den USA. Behörden verteilten Sonnenbrillen und Hüte. „Weg vom sonnengegerbten Luis Trenker, hin zum blassen Japaner“, empfahl der Deutsche Skiverband.

FCKW durchlöcheren die Schutzschicht Mitte der 1970er-Jahre hatten Atmosphärenforscher entdeckt, dass Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) und andere chemische Substanzen in etwa 20 Kilometern Höhe Ozonlöcher verursachen. Vor allem über dem Südpol schwand das dort schützende Sauerstoff-Gas O<sub>3</sub>, sodass mehr schädliche UV-Strahlung der Sonne bis zum Boden durchdringen konnte. Vermutlich erkrankten dadurch viele Menschen zusätzlich an Hautkrebs. Am 16. Mai 1985 erfuhr die Öffentlichkeit von der tödlichen Bedrohung, britische Forscher berichteten in der Wissenschaftszeitung „Nature“: Hoch in der Atmosphäre – größtenteils zwischen 15 und 25 Kilometern über der Erdoberfläche – absorbiert die Ozonschicht den größten Teil der ultravioletten Strahlung der Sonne. Als die FCKW Löcher in diesen Schutzschirm fraßen, gelangte in polnahen Regionen mehr UV-Strahlung auf die Erde, wodurch das Risiko von Hautkrebs wuchs.

An den Polen greifen FCKW das Ozon an, nur dort ist es kalt genug. Ab einer Lufttemperatur von minus 78 Grad Celsius beginnt ein tückischer Vorgang: Salpetersäure, Schwefelsäure und Wasser gefrieren zu rosa-türkisfarbenen Schlieren, den sogenannten polaren Stratosphärenwolken. Diese Wolken enthalten chemische Substanzen, die unter dem Einfluss der Frühlingssonne das Ozon zersetzen. Im Sommer wird es zu warm, die Stratosphärenwolken lösen sich wieder auf, das Ozonloch schließt sich. Mit jedem Grad, das die Stratosphäre unter minus 78 Grad abkühlt, nimmt die Ozonmenge um rund ein Zwanzigstel ihres durchschnittlichen Bestandes ab. Die Temperaturgrenze von minus 78 Grad sorgt dafür, dass Nord- und Südpol unterschiedlich stark vom Ozonverlust be-

AXEL BOJANOWSKI



troffen sind: Über der Antarktis ist es in jedem Winter (der Südhalbkugel) deutlich kälter als minus 78 Grad, sodass sich jährlich Stratosphärenwolken bilden.

Mehr Ozon löst sich dort im Frühjahr auf als über der Arktis – das Ozonloch entsteht. In der arktischen Stratosphäre hingegen sprechen Forscher nur von „Ozonverlust“. Dort liegen die Wintertemperaturen sonst nahe am kritischen Wert von minus 78 Grad. Gelegentlich kann sich aber auch über der Arktis ein Ozonloch bilden. Dann ist Nordeuropa mehr UV-Strahlung ausgesetzt; auch Deutschland wurde gelegentlich von einer Überdosis getroffen.

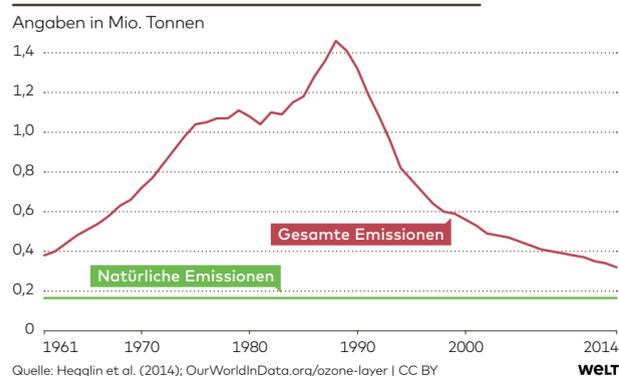
Die Vereinten Nationen reagierten auf die Forschung: Das Montrealer Protokoll von 1987 forderte, die Herstellung und Verwendung von FCKW und anderer Gase einzustellen, die in Kühlschränken, Deodorants und anderen industriellen Prozessen verwendet wurden. Die politische Vereinbarung erwies sich als effektiv, die globalen Emissionen der Schadstoffe sanken um mehr als 99 Prozent, weil die Hersteller sie durch weniger schädliche Alternativen ersetzten.

Das Montreal-Protokoll gilt heute als Ideal für die Lösung internationaler Probleme: Im ersten Schritt identifizieren Wissenschaftler ein Umweltproblem, im zweiten verhandelt die Weltgemeinschaft konkrete Ziele, im dritten sorgen politische Kampagnen für die Zustimmung der Staaten. Schließlich verabschiedet die UN eine Konvention, an die sich die meisten Staaten gebunden fühlen, der Ausstoß der schädlichen Substanzen geht radikal zurück.

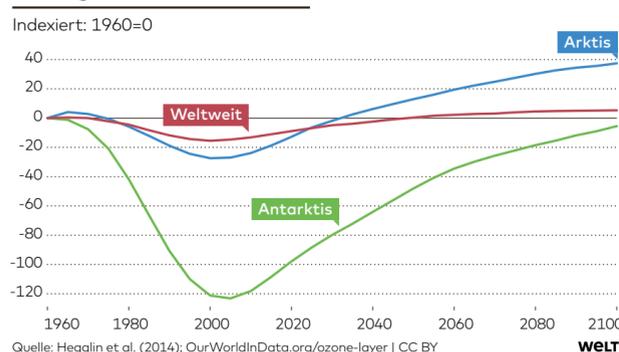
Das Schema der Ozonloch-Bekämpfung kann allerdings falsche Hoffnungen wecken, mahnt der Soziologe Reiner Grundmann von der University of Nottingham: Andere Probleme wie der Klimawandel stellen komplexere Probleme dar. Die FCKW waren leicht zu ersetzen, ähnlich die Verursacher des „sauren Regens“. Fossile Energien hingegen, die Treiber der globalen Erwärmung, bilden die Grundlage für Weltwirtschaft und Wohlstand, sie ließen sich nicht so einfach austauschen.

Nun wartet die Welt auf eine Verkleinerung des Ozonlochs – tatsächlich deuten Messungen und Modelle darauf hin, dass sich die Ozonschicht beginnt zu erholen. Die Maßnahmen scheinen zu wirken. Schätzungen, wann sich die Schicht erholt haben könnte, gehen auseinander. Manche sehen die Heilung erst am Ende des Jahrhunderts. Gleichwohl beweist die Entwicklung, dass die Menschheit gemeinsam gravierende Probleme bewältigen kann.

## Emissionen von ozonabbauenden Substanzen



## Projektionen der Ozon-Konzentration in der Stratosphäre im Vergleich zum Stand 1960



## Älter als alle anderen

Der Grönlandhai ist das langlebteste Wirbeltier der Welt. Etwa 400 Jahre alt können die in tiefen Bereichen des Nordatlantiks und des Arktischen Ozeans lebenden Fische mindestens werden. Eine Analyse des Erbguts durch Forscher vom Leibniz-Institut für Altersforschung in Jena legt nahe, dass eine verbesserte DNA-Reparatur eine wichtige Rolle für die extreme Langlebigkeit spielen könnte. Solche Erkenntnisse helfen womöglich, allgemeine Mechanismen der

Langlebigkeit besser zu verstehen. Entscheidend könnte das enorm große Erbgut der Tiere sein, das sich vor allem aus wiederholenden Elementen ergibt. Eigentlich, so die Forscher, gilt ein hoher Anteil solcher Elemente als schädlich für den Organismus – im Fall des Grönlandhais scheint aber das Gegenteil der Fall zu sein: Womöglich nutzen etwa Gene, die an der Reparatur von DNA-Schäden beteiligt sind, die Maschinerie dieser Elemente.

Coronakinder – dieser Name hat sich inzwischen für jene Generation eingebürgert, die über Monate mit Schulschließungen und Kontaktsperren zurechtzukommen musste. Vielleicht verlor sie sogar Angehörige, zumindest aber musste sie die tiefe Verunsicherung miterleben. Viele Fachleute in Deutschland wie der Welt sagten voraus, dass sich das in ihre Seele eingraben werde.

VON NIKE HEINEN

Und tatsächlich: Psychische Erkrankungen nahmen bei Jugendlichen zwar schon vor der Pandemie zu, bei einigen psychischen Erkrankungen in bestimmten Altersgruppen gab es aber während der Pandemie eine stärkere Zunahme. Essstörungen bei Mädchen wurden mehr, die nun auch schon ab einem Alter von zehn Jahren vermehrt auftraten. Depressionen nahmen zu, ebenfalls bei Mädchen, ab 14 Jahren.

Jetzt scheint eine Studie im Fachjournal „PNAS“ eine zu dünne Hirnrinde bei der betroffenen Generation nachzuweisen. Oder anders ausgedrückt: eine grundlegende Veränderung in einem System, das das gesamte spätere Leben prägt – auch das Lebensrisiko für psychiatrische Erkrankungen. Wie die Forscher um Patricia Kuhl, Co-Direktorin am Institute for Learning and Brain Sciences an der University of Washington in Seattle, berichten, kam die Hirnreifung während der Coronajahre bei ihren 160 Probanden zwischen neun und 17 Jahren in eine Art schnellen Vorlauf. Kuhl und ihr Team schreiben: „Die Gehirnrinde von Kindern und Jugendlichen entwickelte sich in der Pandemiezeit ungewöhnlich schnell und wurde dünner, als es in dieser Entwicklungsphase üblich ist.“

Was erst einmal nach einem Vorteil, oder zumindest keinem Nachteil klingt – wer schneller reift, wird schneller erwachsen – ist für Psychiater ein Alarmsignal. Aus früheren Studien ist bekannt, dass für Kinder und Jugendliche mit einer beschleunigten Hirnreifung später ein hohes Risiko besteht, schwere psychische Erkrankungen wie Schizophrenie zu entwickeln. Konzentriert sich die beschleunigte Reifung aufs Vorderhirn, dann begünstigt das offenbar die Entstehung von Manien, dem wahnhaften Teil der bipolaren Störung.

Das Team aus Psychologen und Biogenieuren spekuliert nun, dass der psychische Stress während der Lockdown-Perioden die beobachteten Veränderungen verursacht haben könnte. Das ist ein Zündstoff-Thema, die Studie wird wohl Furore machen. In Deutschland wurde vor Veröffentlichung das Science Media Center, eine Rechercheeinrichtung für wissenschaftliche Themen, darauf aufmerksam und befragte mehrere Experten dazu.

Aber was wurde eigentlich gemessen? Und was lässt sich aus den Daten tat-

sächlich schließen? Die Arbeitsgruppe von Patricia Kuhl hatte zufällig vor der Pandemie eine Studie vorbereitet, um die Hirnreifung von Kindern zu erforschen. Junge Menschen waren rekrutiert und 2018 ihr Gehirn erstmals mittels Magnetresonanztomografie (MRT) vermessen worden. Die ersten Bilder nahmen die Forscher als Grundlage für ein Computermodell des „normal reifenden“ Gehirns.

Nachdem sie die Messungen 2021 und 2022 an den nun drei beziehungsweise vier Jahre älteren Versuchsteilnehmern wiederholt hatten, verglichen sie die Ergebnisse mit diesen vom Computer errechneten „Standardbildern“ für bestimmte Altersphasen. Insbesondere sahen sie sich die Dicke der Hirnrinde an. Diese hatte in den Pandemie Jahren

sucht. Ob die Kinder und Jugendlichen, deren Gehirne auffällig waren, auch psychisch belasteter waren, Früh Symptome zeigten oder vielleicht schon erkrankt waren, das bleibt auf diese Weise völlig offen.

Und so lässt sich auch dieser Widerspruch nicht auflösen: Nur manche, nicht alle psychischen Erkrankungen stehen in einem Zusammenhang mit einer beschleunigten Hirnreifung. Magersucht gehört nach bisherigem Wissen nicht dazu – ist aber die typische psychiatrische Pandemiefolge. Bei den Wahnerkrankungen dagegen – Schizophrenien, Manien – bei denen ein Zusammenhang mit solchen Veränderungen in Studien gezeigt wurde, gab es während der Pandemie zwischen 2020 und 2022 keinen Zuwachs.

len ärztliche Untersuchungen an den Probanden.

Von Neurowissenschaftlern wird die Studie nicht gut aufgenommen, gegenüber dem Science Media Center warnen Forscherinnen beispielsweise, dass man aus der kleinen Gruppe nicht auf eine ganze Generation schließen könne. So sagt Sofie Valk, Leiterin der Otto-Hahn-Forschungsgruppe Kognitive Neurogenetik am Leipziger Max-Planck-Institut für Kognitions- und Neurowissenschaften: „Die Probandenzahl ist sehr klein, vielleicht sogar zu klein, bei der Analyse zu Geschlechterunterschieden. Auch empfinde ich es als sehr schade, dass sie das Set-up nicht dazu genutzt haben, um Änderungen innerhalb einer Person zu messen, wie Symptome psychischer Erkrankungen oder Ähnliches. Ich verstehe nicht, warum sie das nicht getan haben.“

Auch Iroise Dumontheil, Psychologin an der University of Melbourne in Australien, wundert sich darüber, dass diese individuelle Betrachtung fehlt. „Sich die Auswirkungen der Covid-Pandemie auf die Gehirnentwicklung von Jugendlichen anzusehen, ist eine vielversprechende Idee.“ Die Forschung am jugendlichen Gehirn habe allerdings gezeigt, dass man dasselbe Kind über einen längeren Zeitraum beobachten muss, um Entwicklungsverläufe zu beurteilen. „Für einen Vergleich zwischen Kindern sind die individuellen Unterschiede in Bezug auf die pubertäre Entwicklung zu groß.“

Dumontheil hat wie weitere Kollegen den Verdacht, dass das, was die Forscher bei den Mädchen gesehen haben, nur Erscheinungen der Pubertät waren. Zufällig hätten in der älteren Probanden-Gruppe Mädchen mit späterer, in der jüngeren eben Mädchen mit sehr früher Pubertät sein können. „Diese PNAS-Studie hat eine kleine Stichprobengröße. Wird die Pubertät bei der Datenerhebung nicht berücksichtigt, kann sich das so auswirken.“

Lise Eliot, Neurowissenschaftlerin an der Rosalind Franklin University in Chicago, hat sogar eine grobe fachliche Fehleinschätzung entdeckt. Offenbar haben die Forscher die Literatur nicht verstanden, die sie selbst zitieren. So gehe laut Eliot die Idee, dass Stress das Ausdünnen der Hirnrinde erklären könnte, vollkommen fehl. „Die Autoren verweisen auf Studien, nach denen bei weiblichen Ratten unter Stress Zellfortsätze der Nervenzellen schrumpfen. Die zitierte Studie sagt aber das Gegenteil, dass Stress die Zellfortsatzdichte erhöht.“ Ist Stress die Ursache, hätte sich die Gehirnrinde verdicken müssen.

Letzten Endes gibt es nur einen Weg, um zu erfahren, ob die Forscher aus Seattle recht haben – abwarten. Ob Coronakinder zu Wahnerkrankungen neigen, wie die Gehirndaten vermuten lassen, wird man erst in etwa zehn Jahren wissen. Denn psychotische Episoden treten in aller Regel zum ersten Mal zwischen dem 20. und dem 25. Lebensjahr auf.

## Die Pandemie und das Gehirn der jungen Generation

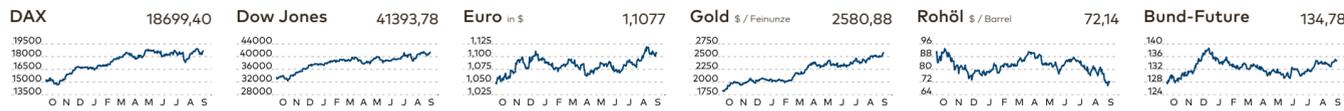
Eine Studie scheint nachzuweisen, dass die Lockdowns bei Kindern und Jugendlichen die Entstehung von Manien gefördert haben. Doch die Ergebnisse sind fraglich

schneller abgenommen, wie sich zeigte, als es laut dem Computermodell für die Hirnentwicklung typisch wäre. So kommen die US-Forscher zu der Schlussfolgerung, die Gehirnentwicklung sei schneller verlaufen.

Aus den bisher bekanntesten Daten, vor allem den Krankenhausbehandlungen, wussten die Forscher: Es ist ein klarer Unterschied zwischen den Geschlechtern zu sehen. Vor allem Mädchen scheinen anfällig für den Pandemie-stress, und passend dazu kam in der Studie heraus, dass sich die Gehirnentwicklung bei beiden Geschlechtern unterschiedlich stark beschleunigt hatte. Mädchen waren ihrem Alter im Schnitt 4,2 Jahre voraus, Jungen nur 1,4 Jahre. Und bei Mädchen betrafen die Veränderungen das gesamte Gehirn, bei Jungen nur Ausschnitte.

Wichtig ist zu wissen: Für die PNAS-Studie haben Kuhl und ihre Kollegen nur Bilder verglichen und beurteilt, die Probanden wurden nicht nach psychiatrischen Kriterien unter-

## BÖRSEN-WELT:

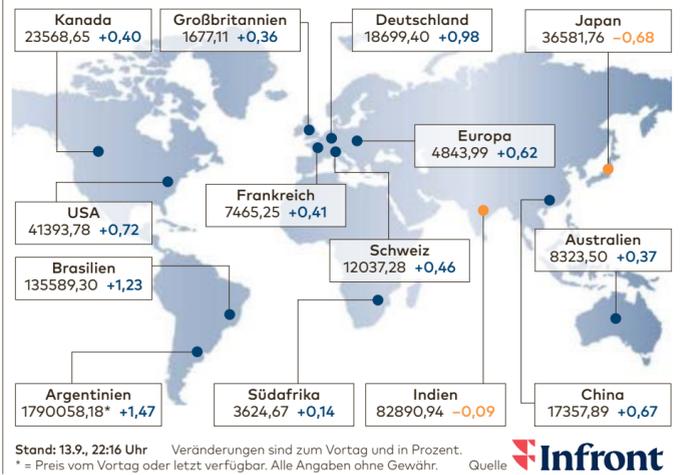


## DAX

Kurs in €	Veränderung Vortag in %	Tief	12 Monate Vergleich	Hoch	Marktt. Mrd. €	Div. in €	Div. Rend.	KGW 2024
Adidas NA	218,50	0,0	154,6	242,0	39,33	0,70	0,32	76,67
Airbus	130,56	0,0	120,2	172,8	103,44	2,80	2,14	19,78
Allianz vNA	286,60	+0,7	215,8	287,1	112,27	13,80	4,82	11,65
BASF NA	43,60	+2,1	40,18	54,93	38,91	3,40	7,80	14,78
Bayer NA	26,98	+0,7	24,96	49,82	26,51	0,11	0,41	10,58
Beiersdorf	126,80	+0,2	118,0	147,8	31,45	1,00	0,79	28,82
BMW St.	73,32	+2,7	68,58	115,4	42,51	6,00	8,18	4,39
Brenntag NA	64,88	+0,8	62,24	87,12	9,37	2,10	3,24	12,85
Commerzbank	15,63	+4,2	9,46	15,83	18,51	0,35	2,24	7,81
Continental	53,62	+3,3	51,02	78,40	10,72	2,20	4,10	6,62
Covestro	56,36	+0,7	44,57	56,90	10,65	-	-	70,45
Daimler Truck	31,07	+2,1	27,97	47,64	25,57	1,90	6,12	6,68
Dt. Bank NA	14,63	+2,4	9,44	17,01	29,18	0,45	3,08	6,65
Dt. Börse NA	208,80	+0,3	152,4	210,0	39,67	3,80	1,82	20,47
Dt. Post NA	39,81	-1,0	35,82	47,03	47,77	1,85	4,45	12,44
Dt. Telekom	26,82	+0,9	19,52	26,85	133,74	0,77	2,87	15,78
E.ON NA	13,54	+1,3	10,43	13,63	35,76	0,53	3,91	12,31
Fresenius	34,51	+2,4	23,93	35,03	15,80	-	-	13,27
Hann. Rück NA	254,60	+0,7	196,3	261,2	30,70	7,20	2,83	14,03
Heidelb. Mat.	93,08	+0,8	65,24	103,6	16,95	3,00	3,22	8,35

Kurs in €	Veränderung Vortag in %	Tief	12 Monate Vergleich	Hoch	Marktt. Mrd. €	Div. in €	Div. Rend.	KGW 2024
Henkel Vz.	80,38	+0,3	65,88	85,74	14,32	1,85	2,30	18,91
Infineon NA	29,83	+1,9	27,07	39,35	38,95	0,35	1,17	15,70
Mercedes-Benz	56,74	+1,9	54,89	77,45	60,70	5,30	9,34	4,73
Merck	168,20	-0,2	134,3	177,0	21,74	2,20	1,31	24,92
MTU Aero	279,20	+1,4	158,2	279,9	15,03	2,00	0,72	23,86
Münch. R. vNA	485,70	+0,5	361,8	498,7	64,97	15,00	3,09	12,53
Porsche AG Vz.	67,08	+2,1	64,32	99,34	30,55	2,31	3,44	12,42
Porsche Vz.	39,79	+2,5	37,47	52,32	6,09	2,56	6,43	2,29
Qiagen	41,52	+1,2	33,75	43,40	9,47	-	-	23,73
Rheinmetall	521,00	-0,2	226,5	571,8	22,69	5,70	1,09	25,41
RWE St.	33,01	+1,2	30,08	42,33	24,55	1,00	3,03	11,38
SAP	200,65	+0,7	120,3	201,1	246,50	2,20	1,10	58,16
Sartorius Vz.	246,40	+0,9	199,5	383,7	9,23	0,74	0,30	63,18
Siem. Energy	29,21	+9,4	6,40	29,24	23,35	-	-	25,40
Siem. Health.	49,79	-0,4	44,58	58,14	56,16	0,95	1,91	26,21
Siemens NA	164,06	-0,1	119,5	188,9	131,25	4,70	2,86	15,85
Symrise	121,25	+1,1	87,38	122,2	16,95	1,10	0,91	37,31
Vonovia NA	33,41	+1,5	19,66	33,66	27,49	0,90	2,69	-
VW Vz.	92,38	+2,7	87,72	128,6	19,05	9,06	9,81	2,96
Zalando	23,55	+10,3	15,95	27,65	6,21	-	-	31,40

## INDIZES



## Die Bahn verteidigt Digitalisierungs-Kurs

Trotz ungesicherter Finanzierung will der Konzern nicht nur sanieren, sondern smarte Netze schaffen

Man merkt Daniela Gerd tom Markotten an, dass sie sich ungerecht behandelt fühlt. Die Digitalvorstände der Deutschen Bahn muss sich seit Tagen mit Schlagzeilen herumärgern, dass die Digitalisierung der Bahn-Infrastruktur gestoppt würde. „Ich habe mich über die Berichterstattung der vergangenen Tage geärgert, weil es tatsächlich so ist, dass wir bei der Bahn noch nie so viel in Digitalisierung und IT investiert haben wie derzeit“, sagt Gerd tom Markotten am Rande des WELT-KI-Gipfels in Berlin.

Nun könnte die Bahn, so der SWR-Bericht, auf eine günstigere Technik aus den 1990er-Jahren setzen, um zu sparen. Der Konzern muss sein Netz sanieren, das kostet Milliarden – auch ohne die digitale Leittechnik. Insgesamt 41 sogenannte Hochleistungskorridore, die besonders viel befahren sind, will die Bahn bis 2030 sanieren. Derzeit laufen die Arbeiten an der Riedbahn zwischen Frankfurt und Mannheim.

„Wir bekommen für die Bundesschienenwege so viel Geld vom Bund wie noch nie, wir haben aber auch eine Mammutaufgabe vor uns: die marode Infrastruktur zu sanieren“, sagt die DB-Vorständin. „Dabei müssen wir uns auf das Notwendige konzentrieren. Wir nehmen uns das zuerst vor, wo wir die größtmögliche Wirkung erzielen.“ Daraus kann man heraushören, dass es Dinge geben kann, die bei der Bahn noch wichtiger sind als Digitalisierung. Zunächst müssen die maroden Strecken saniert, müssen Weichen und Signale in Schuss gebracht werden. „Insgesamt geht weiter, dass wir unsere Digitalisierungs-Roadmap weiterverfolgen wollen, das Thema wird weiter hoch priorisiert“, sagt Gerd tom Markotten. Aber klar ist auch: Noch hat der Bund nicht genug Geld zugesagt. Lediglich bis 2027 sind die Sanierungen der Hochleistungskorridore gesichert. Immerhin: Die Riedbahn soll mit ETCS fit gemacht werden. „Alle Hochleistungskorridore, die wir bis 2027 von Grund auf sanieren, rüsten wir wie geplant mit ETCS aus oder machen sie startklar für ETCS“, sagt die Digital-Vorständin.

Verhandelt wird auch über die Finanzierung anderer Strecken. In der Aufsichtsratssitzung in dieser Woche soll es auch um den „Digitalen Knoten Stuttgart“ gehen. Das Projekt gehört zu Stuttgart 21. Nun stellt sich die Frage, ob die sogenannte dritte Stufe des Programms gebaut wird, damit sollen weitere rund 300 Kilometer Strecke digitalisiert werden. „Die Digitalisierung wird nicht reduziert, sondern weiter ausrollt – auf Strecken und in den Knoten“, sagt Gerd tom Markotten. Das gelte für alle Elemente, auch für ETCS. „Aktuell wird ETCS beispielsweise zwischen Karlsruhe und Basel eingebaut. Aber auch im Zusammenhang mit den Generalisierungen wie auf der Riedbahn zwischen Frankfurt und Mannheim und zwischen Berlin und Hamburg setzen wir auf ETCS, ebenso im Knoten Stuttgart“, so die Managerin.

Gerd tom Markotten will die Digitalisierung der Bahn aber nicht nur auf der Strecke vorantreiben, sondern setzt auch in anderen Bereichen auf Verbesserungen durch künstliche Intelligenz (KI). „Wir wollen nicht nur die Störfähigkeit der Infrastruktur, sondern auch der Züge verringern“, sagt sie. „Wir haben etwa in unseren Werken 14 Kamera-Tore, durch diese fahren die Züge durch und die Außenhaut wird mittels KI analysiert.“ Die KI helfe dabei „Muster zu erkennen und so vorher zu wissen, wann bestimmte Teile der Züge repariert oder erneuert werden müssen“. Auch bei der Instandhaltung der Strecken sei KI im Einsatz. „Früher mussten wir die Strecken relativ langsam mit der sogenannten Gelben Flotte abfahren und Messungen vornehmen“, erzählt die Vorständin. Das könne man jetzt mit ganz regulären ICE erledigen.

Die Autoindustrie ist Deutschlands wichtigste Industrie, und diese Industrie scheint auf eine schwere Krise zuzusteuern, worauf die sinkenden Aktienkurse der Branchentitel hindeuten. Die Krise der Industrie verschärft nicht nur die ökonomischen Sorgen des Landes, auch deutsche Anleger sind unmittelbar betroffen. Der Beitrag der Branchentitel zum Deutschen Aktienindex Dax ist zwar nicht mehr so groß ist wie in früheren Jahrzehnten, jedoch finden sich Aktien von Autoherstellern oder Zulieferern in Tausenden Privatanleger-Depots. So schmerzhaft die aktuellen Kursverluste sind, so übertrieben wirken sie aus Sicht vieler Experten. Manche Analysten sehen nun die Chance, Substanzwerte zu günstigen Preisen einzusammeln.

VON DANIEL ECKERT UND HOLGER ZSCHÄPITZ

Im September 2024 hat die Stimmung im Sektor einen Tiefpunkt erreicht. BMW musste wegen defekter Bremsen und schwacher Geschäfte in China mit einer Gewinnwarnung vor die Anleger treten. Fast zeitgleich hat Volkswagen seine Drohung wahr gemacht und die seit 1994 geltende Beschäftigungssicherung hierzulande formal aufgekündigt. Damit sind bei den Wolfsburgern ab Juli 2025 betriebsbedingte Kündigungen möglich. Außerdem müssen in den USA knapp 100.000 Elektrofahrzeuge des Typs ID.4 vorsorglich zurückgerufen werden. Deren Türgriffe begünstigen womöglich das Eindringen von Wasser, wodurch sich die Türen unerwartet öffnen können.

Es geht weiter mit den schlechten Nachrichten. Continental, einer der größten Zulieferer im Land, soll für die defekten Bremsen bei BMW verantwortlich sein. Schon seit einiger Zeit tut sich das Unternehmen schwer, Geld zu verdienen und seine Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu finanzieren. In Reaktion darauf wollen die Hannoveraner nicht nur kräftig sparen und Tausende Stellen streichen, sondern ihre Autozuliefererpartie per Spin-Off an der Börse loswerden. Insgesamt sind hierzulande 18 Autokonzerne und Autozulieferer börsennotiert. Zusammen haben diese Firmen rund 300 Milliarden Euro Börsenwert, das ist weniger als halb so viel wie der E-Autobauer Tesla aus den USA, der ein Gewicht von gut 650 Milliarden Euro ist.

Viele Firmen sind an der Börse nur noch ein Schatten ihrer selbst. Im Schnitt notieren sie gut 60 Prozent unter Kurshoch. Oft sind die Firmen mit einem Bruchteil ihrer Umsätze bewertet, Ausnahme sind der Sportwagenbauer Porsche AG und der Autozulieferer Hella. Schlimmer noch: Von Porsche, Hella, Knaus Tabbert und SAF-Holland abgesehen notieren die Autotitel hierzulande unter Buchwert. Sprich: Würde man die Konzerne schließen und Fabrikhallen, Maschinen oder auch Grund und Boden verkaufen, käme mehr heraus, als die Firmen an der Börse kosten. Trotzdem stürzen sich keine Finanzinvestoren auf die Autoaktien. In manchen Fällen wie bei Volkswagen oder BMW sprechen die Besitzstrukturen gegen eine feindliche Übernahme. Dazu muss bedacht werden, dass viele Buchwerte im Falle der Liquidation nicht so einfach verkäuflich wären, so zum Beispiel Spezialmaschinen für den Bau von Verbrennungsmotoren.

Dennoch ist der Bewertungsabschlag bei vielen Branchentiteln inzwischen eklatant. Ein krasses Beispiel ist VW. Der Konzern ist an der Börse inzwischen für weniger als ein Drittel des Buchwerts notiert, ähnlich der Zulieferer

## Der Stolz der deutschen Industrie an der Börse

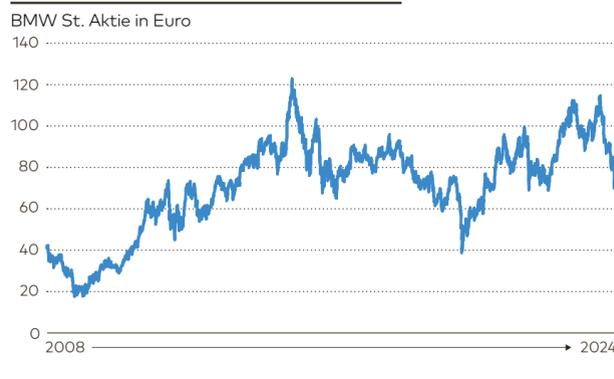
Name	Kurspotenzial laut Analysten in Prozent	Börsenwert in Mio. Euro	Kurs/Buchwert-Verhältnis (KBV)
Grammer	95,7	107	0,4
Knaus Tabbert	70,1	306	1,6
ErlingKlinger	58,6	256	0,3
Volkswagen Vz.	58,1	46.851	0,3
Schaeffler	51,2	2775	0,7
SAF-Holland	50,3	716	1,5
PWO	43,8	96	0,6
Mercedes-Benz Group	42,8	55.732	0,7
Vitesco Technologies	40,9	1895	0,6
Continental	40,1	10.608	0,8
Porsche Automobil Holding	33,5	11.974	0,2
BMW	32,2	45.662	0,5
Porsche AG (Sportwagen)	29,0	61.329	2,8
Hella	-25,5	9944	3,2

Quelle: Bloomberg, eigene Recherche

## Schnäppchen bei deutschen Autoaktien

Gewinnwarnung bei BMW, mögliche Schließungen von Fabriken bei VW – hiesige Titel werden an der Börse abgestraft. Analysten halten die Reaktion für übertrieben

## Rückschlag für den Premiumhersteller



## Wieder auf dem Niveau des Dieselskandals 2015



er ErlingKlinger. Etwas milder gestimmt sind die Investoren bei BMW, daher ist das Unternehmen für circa die Hälfte des Buchwerts zu haben, beim Premium-Rivalen Mercedes-Benz sind es annähernd 70 Prozent. Dass BMW günstiger zu haben ist als Mercedes, hat auch mit der jüngsten Prognose senkung zu tun: 1,5 Millionen Autos müssen wegen fehlerhafter Bremsen zurückgerufen werden. Die Rückrufe sollen den Konzern im dritten Quartal wohl einen hohen dreistelligen Millionen-Euro-Beitrag kosten. Außerdem fallen die Verkäufe niedriger aus als gedacht. 320.000 Autos sollen erst mal auf den BMW-Parkplätzen statt bei Kunden in der Garage bleiben.

Insgesamt rechnen die Münchener nun mit leicht fallenden Autoverkäufen in diesem Jahr, bislang war man bei BMW von einem leichten Plus ausgegangen. Die Margen sollen wegen der Rückrufaktion und niedriger Verkaufszahlen deutlich fallen – auf sechs bis sieben Prozent, zuvor war eine Spanne von acht bis zehn Prozent als Ziel genannt worden. Für BMW ist eine solche – „Gewinnwarnung“ genannt – eher selten. Entsprechend heftig war die Kursreaktion auf die Kappung der Prognose. Viele Analysten halten die Aktie jetzt für unterbewertet: Knapp 40 Prozent der Studie enthalten eine Kaufempfehlung, im Schnitt sehen sie ein Drittel Kurspotenzial.

Für den Zulieferer Continental sieht es deutlich schlechter aus. Die fehlerhaften Bremssysteme sind für die Analysten des Researchhauses Bernstein ein weiterer Beweis dafür, dass die Automobilsparte des Unternehmens möglicherweise kein lebensfähiges, eigenständiges Geschäft ist. Die Bremssysteme stellen laut Bernstein den größten Teil der Automobilsparte des deutschen Autozulieferers, die möglicherweise im Rahmen einer Umstrukturierung ausgegliedert wird. Insofern seien die Qualitätsprobleme besorgniserregend. Das Urteil der Bernstein-Analysten lautet daher „Underperform“. Im Schnitt sagen 54 Prozent der Experten „Kaufen“ und sehen nach dem Absturz dieser Woche ein Kurspotenzial von 40 Prozent. Allerdings sind Analysten in der Vergangenheit der Entwicklung oft hinterhergerannt.

Beim Branchengiganten VW, einst größter Autohersteller der Welt, ist die Analystengemeinde gespalten. Die Sparmaßnahmen nähren die Hoffnung auf einen Turnaround. Die einen trauen den Wolfsburgern eine Wende zum Besseren zu, wie sie es bereits Mitte der 1990er-Jahre geschafft haben. Andere Beobachter rechnen indes damit, dass sich das Management gegen die Politik und die starken Gewerkschaften nicht durchsetzen kann. Fast zwei Drittel der Analysten sagen Kaufen und verorten den fairen Kurs beachtliche 58 Prozent über dem aktuellen Niveau. Bei Mercedes-Benz ist der Anteil der optimistischen Analytiker im Moment sogar noch höher. Allerdings rechnen die Experten der amerikanischen Investmentbank Morgan Stanley damit, dass Mercedes nach VW, Porsche und BMW die nächste Branchenfirma sein wird, die eine Gewinnwarnung abgeben muss.

Die höchsten Kurspotenziale verorten Experten bei Zulieferern oder Spezialisten. Bei ErlingKlinger sind es 59 Prozent, beim Knaus Tabbert, das vor allem Wohnmobile baut, 70 Prozent, und bei Grammer, das die Innenausstattung vieler Pkws verantwortet, sogar 96 Prozent. Allerdings sind die Aktien solcher eher kleineren Firmen auch volatil als die der Großen. Und solle sich die Krise des deutschen Automobilbaus doch weiter zuspitzen, wären hier auch heftigere Kursverluste zu befürchten.

ANZEIGE

KI-Anwendungen halten Einzug in deutsche Klassenzimmer und auf Lern-Plattformen. Mitunter ist die Technik menschlichen Lehrern sogar überlegen. Aber macht es sie überflüssig? Wie sich die Sprachlern-Anbieter an die neuen Trends anpassen.

Noch 10 Tage: WELT KI-Preis am 26. September.

Jetzt lesen: WELT.DE/KI

Und da ist der Bedarf groß: Noch immer ist in vielen Stellwerken alte Analog-Technik im Einsatz und auch die Schienenstrecken selbst sollen eigentlich mit einer neuen europäischen Leittechnik, dem European Train Control System (ETCS), für eine digitale Zukunft ausgerüstet werden. ETCS ermöglicht es Zügen mit der Strecke zu kommunizieren, sie sind dann nicht mehr auf herkömmliche Signaltechnik angewiesen, sondern können enger getaktet fahren. Das soll die Kapazität der vorhandenen Strecken deutlich erhöhen.

Doch dafür sind gleich an mehreren Stellen hohe Investitionen nötig: an den Strecken, aber auch alle Züge, die darauf fahren sollen, müssen mit der entsprechenden Technik ausgestattet werden.

## Die attraktivsten Arbeitgeber der Welt für Junge

Internationale Studenten schätzen deutsche Firmen

Unter internationalen Studenten gehören deutsche Unternehmen zu den attraktivsten Arbeitgebern weltweit. Das mag angesichts der volkswirtschaftlichen Lage überraschen. Immerhin zwölf Unternehmen aus Deutschland gehören zumindest für eine der drei befragten Fachrichtungen zu den 75 begehrtesten Arbeitgebern. Aus den USA kommen 37 Unternehmen, die zu den weltweit beliebtesten bei angehenden Akademikern gelten und aus Frankreich zehn.

VON TOBIAS KAISER

Für die Umfrage zum attraktivsten Arbeitgeber der Welt nahmen 144.000 Studenten der drei Fachbereiche Betriebswirtschaft, Ingenieurwissenschaften und IT aus neun der weltgrößten Volkswirtschaften teil: Sie kamen aus Brasilien, Kanada, China, Frankreich, Deutschland, Indien, Italien, Großbritannien und den USA. Durchgeführt wurde die Untersuchung vom Unternehmen Universum (gehört wie WELT zur Axel Springer SE), das Unternehmen dabei berät, wie sie für Absolventen attraktiver werden.

Die zwölf deutschen Unternehmen, die zu den attraktivsten Arbeitgebern weltweit gehören, sind Adidas, Allianz, BASF, Bayer, BMW, Bosch, Deutsche Bank, Lidl, Mercedes-Benz, SAP, Siemens und Volkswagen. Deutsche Unternehmen würden bei den Studenten als besonders innovativ gelten, heißt es in der Untersuchung. Nur US-Unternehmen wie Apple und Google würde diese Eigenschaft noch häufiger zugesprochen. Tatsächlich dürften auch starke Marken aus der Lebenswelt der Studenten eine erhebliche Rolle spielen. In den Top 20 der Betriebswirte tauchen etwa die Sportartikelhersteller Nike, Adidas oder die Kleiderkette Zara auf.

Zwischen den drei Fachbereichen, die an der Studie teilgenommen haben, gibt es Unterschiede. Bei Ingenieuren etwa sind deutsche Unternehmen besonders gefragt. Unter den Top 10-Arbeitgebern landen gleich vier bekannte Unternehmen aus Deutschland: Mercedes-Benz auf Platz 3, BMW (5), Siemens (6) und Volkswagen (8). Die Untersuchung wurde zwischen September 2023 und Mai 2024 durchgeführt, also vor der intensiven Berichterstattung über die strategischen Probleme bei Volkswagen. Der Autzulieferer Bosch landet auf Platz 15. Bei Studenten im Fachbereich IT schneiden deutsche Firmen hingegen schlechter ab: Mercedes-Benz landet auf Platz 13 und BMW auf Platz 17. Tech-Riesen wie Google, Microsoft, Apple und Amazon sind hier ganz vorne.

„Trotz der derzeit wirtschaftlich angespannten Lage bei einigen Unternehmen sind deutsche Arbeitgeber noch immer beliebt bei internationalen Talenten. Das spricht für ihre Widerstandsfähigkeit und ihren langjährigen Ruf als Arbeitgeber von Weltrang“, sagt David Falzon, Deutschland bei Universum betreut. Angesichts anhaltender Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt, auch möglicherweise bestärkt durch die Diskussion um Jobverluste durch künstliche Intelligenz, suchen die Studenten offenbar stärker als in vorangegangenen Befragungen Arbeitsplatzsicherheit und Stabilität. Das hilft deutschen Konzernen, denn die Arbeitsplätze dort gelten als sicher und die Work-Life-Balance als gut. Auch die ist den Studenten offenbar immer wichtiger.

### Heizöl-Preise aktuell

Preise in Euro je 100 Liter bei Kauf von 3000 Litern einschließl. 19 % Mehrwertsteuer

Stadt	Diese Woche	Vorwoche
Berlin	94,56	101,33
Bremen	101,99	105,00
Cottbus	96,80	101,15
Dresden	92,03	96,50
Düsseldorf	91,92	96,73
Frankfurt/M.	92,23	96,63
Hamburg	94,97	98,63
Hannover	94,58	96,35
Karlsruhe	90,76	94,12
Kiel	93,41	97,88
Leipzig	93,77	98,83
Lübeck	93,67	98,37
München	91,22	98,58
Rostock	94,01	96,29
Stuttgart	92,66	96,43

Bei höherer Abnahmemenge sind Preisnachlässe möglich. Quelle: Energie Informationsdienst



„Ich kann mir eine **RÜCKKEHR** nicht mehr vorstellen“

Bei Tim Uhlemann, der auf dem Campinggelände des Badeorts Henne Strand an der dänischen Westküste arbeitet, hört man schnell heraus, wo der 47-Jährige eigentlich herkommt: aus dem Ruhrgebiet, genauer – das erfährt man dann im Gespräch – der Stadt Oberhausen.

VON MICHAEL HÖFLING

Vor 13 Jahren ist der Deutsche nach Dänemark ausgewandert und genießt das „Leben auf der schönsten Sandbank der Welt“, wie sein zweites von demnächst drei Büchern heißt. Im Interview erzählt Uhlemann von den Hoffnungen und Schwierigkeiten rund ums Auswandern, seinem neuen Blick auf seine Heimat – und er gibt Tipps, die Interessierte beachten sollten.

**WELT: Herr Uhlemann, viele reden übers Auswandern. Als Sie den Schritt wagten, gab es noch keine Migrationskrise, kein Corona, wer eine Gasheizung wollte, bekam noch Geld vom Staat dazu, und Deutschland ging es wirtschaftlich gut – weshalb sind Sie damals gegangen?**

**TIM UHLEMANN:** Das war der Liebe wegen. Ich habe während meines Studiums 2007 ein Auslandssemester in Odense absolviert und dort meine Freundin kennengelernt. Eine Zeit lang haben wir eine Fernbeziehung geführt, das war etwas mühsam und zeitintensiv mit den Zugverbindungen, aber dann habe ich mich entschlossen, den Schritt nach Dänemark ganz zu vollziehen. Ich habe genau genommen den Feinstaub des Ruhrgebiets gegen keimfreie Nordseeeluft getauscht.

Tim Uhlemann ist vor 13 Jahren aus dem Ruhrgebiet nach Dänemark gezogen. Im Gespräch erklärt er, wie er sich dort integriert hat – und nennt die Unterschiede zu Deutschland

**WELT: Haben Sie es je bereut, ausgewandert zu sein?**

**Uhlemann:** Auswandern ist für mich ein großes Wort, wenn es darum geht, von Deutschland nach Dänemark zu gehen. Es ist ja jetzt nicht Australien. Aber nein, bereut habe ich den Schritt nie. Es hätte bedeutend schlimmer kommen können. Als Kind des Ruhrgebiets, quasi auf Kohle geboren, blickt man ja auf viel Waschbeton aus den 1970ern. Und wenn man dann hier diese Weite, das Licht, diese Freiheit erlebt, dann kann man eigentlich kaum anders, als diesen Landstrich zu lieben. Auch wenn es natürlich immer Dinge gibt, die nicht nach Plan laufen.

**WELT: Zum Beispiel?**

**Uhlemann:** Ich bin zum Beispiel in Deutschland ein Auto gefahren, das knapp 30.000 Euro gekostet hat. In meiner neuen Heimat gab es dann die böse Überraschung bei der Anmeldung

des Fahrzeugs, da Dänemark eine sogenannte „Registreringsafgift“, eine Zulassungsabgabe, erhebt. Die Behörden haben das Auto auf 100.000 Euro taxiert und wollten von mir 50.000 Euro als Abgabe haben. Ich habe mich dann recht zügig von dem Wagen getrennt und mir ein anderes Auto zugelegt.

**WELT: Sie kamen also in Hvide Sande an, hatten zwar Familienanschluss, sprachen aber die Sprache nicht?**

**Uhlemann:** Hier schon einen Ankerpunkt zu haben, hat sicher vieles erleichtert, und es ist nicht die Regel. Die dänische Sprache ist eine Welt für sich – und wohl die größte Herausforderung. Aussprache und geschriebene Sprache sind komplett verschieden. Vereinfacht gesagt: Man nimmt ein dänisches Wort, lässt vorn was weg, verschluckt die Hälfte in der Mitte und betont den hinteren Teil völlig anders, als er geschrieben ist. Dann kommt es ungefähr hin. Man kommt hier zwar auch mit Englisch gut über die Runden, aber wer die Dänen verstehen will, der muss auch ihre Sprache sprechen. Und die lernt man am besten im Alltag, indem man drauflos spricht, nur so funktioniert's.

**WELT: Und der Lebensunterhalt? Wie lief das mit dem Job?**

**Uhlemann:** Meine Schwägerin hat bei einer Ferienhausvermietung in Bjerregård gearbeitet, so bin ich dann zu einem Vorstellungsgespräch gekommen. Und das war ungefähr so, als würde man sich eine halbe Stunde mit einem guten Nachbarn übers Wetter unterhalten. Als ich hinterher fragte, wann ich mit einer Entscheidung rechnen könnte, sagte die Chef:in: Das ist ok, du hast den Job. Nach drei Jahren war ich dann bereit

für etwas Neues und habe mich hier in Henne Strand beworben. Und da hatte ich im Frühjahr mein Zehnjähriges.

**WELT: Das Leben in Dänemark ist deutlich teurer. Wie kommen all die Lkw-Fahrer, Verkäufer und Gastronomie-Mitarbeiter finanziell klar?**

**Uhlemann:** Das geht, weil die Löhne in Dänemark EU-weit zu den höchsten gehören. Ich verdiene hier zum Beispiel wesentlich mehr als früher als Akademiker beim Sozialdienst ASD, bei dem ich die ersten Jahre nach meinem Studium beschäftigt war.

**WELT: Dänemark ist dünn besiedelt, die Wege sind weit. Wie sieht es mit der medizinischen Versorgung aus?**

**Uhlemann:** Ja, in Hvide Sande kommt der Pizzadienst mitunter wohl schneller an als der Krankenwagen, aber alles in allem ist das hier recht gut organisiert. Es gibt die digitale Patientenakte, alles ist digital gespeichert, alle Ärzte haben Zugriff darauf. Mit „NemID“ erhält man auch Zugang zu verschiedenen Einrichtungen wie „Eboks“, einem öffentlichen elektronischen Postsystem. Mit diesem Service ist es möglich, die komplette Kommunikation mit dänischen Behörden digital und unkompliziert abzuwickeln. Ziel der dänischen Politik ist es, die öffentliche Verwaltung grundlegend zu digitalisieren und einen Mehrwert für den Bürger zu schaffen. Es ist aber schon auch so, dass es für die Fachärzte lange Wartezeiten gibt.

**WELT: Wie steht es um Ihre gesetzliche Altersvorsorge?**

**Uhlemann:** Ich habe ein paar Rentenansprüche aus Deutschland mit rüber genommen. Aber ich werde in Dänemark

als EU-Bürger geführt und habe hier genau die gleichen Rechte und Ansprüche wie jeder Däne. Es gibt die sogenannte „Folkepension“, eine Volksrente, und eine Zusatzrente, die ATP. Wenn man hier 40 Jahre gewohnt und gearbeitet hat, bekommt man den Höchstsatz, bei 20 Jahren entsprechend die Hälfte. Die Zusatzrente sind zwölf Prozent vom Lohn, wovon der Arbeitgeber zehn Prozent einzahlt und ich als Arbeitnehmer zwei Prozent.

**WELT: Deutschland diskutiert nach dem Attentat von Solingen wieder intensiv über die Migrationspolitik. Teil der Debatte ist fast immer auch das dänische Beispiel. Ist das ein Modell für Deutschland?**

**Uhlemann:** Die Sozialdemokraten in Dänemark haben das unter Mette Frederiksen clever gemacht, weil sie nach wie vor eine eher linke Sozialpolitik vertreten, aber zugleich die rigorose Migrationspolitik der Dansk Folkeparti (nationalkonservativ-rechtspopulistische Dänische Volkspartei, d. Red.) zu nahezu 100 Prozent übernommen haben. Nimmt man die Umfragewerte zum Maßstab, scheinen die Sozialdemokraten hier alles richtigzumachen. So wurden die Rechten marginalisiert und sie selbst haben sich aus der Krise geholt. Wenn ich mir die Sozialdemokraten in Deutschland anschau, ist ein solches Maß an Pragmatismus eher schwer vorstellbar.

**WELT: Jede Debatte über andere Migrationspolitik wird von rot-grüner Seite mit dem Einwurf beendet, Deutschland brauche wegen des Fachkräftemangels Zuwanderung. Gibt es das in Dänemark auch?**

**Uhlemann:** Hier wird klar unterschieden, ob Zuwanderung dem Land etwas bringt oder ob es das Land etwas kostet. Der Däne sagt: Wir sind ein kleines Land und wir möchten ganz gern wissen, wer in unser Land kommt. Der Däne war auch schlau genug, sich schon 1973 bei den Verhandlungen zum EU-Beitritt einen Sonderstatus zusichern zu lassen. Deshalb behält sich das Land vor, sich in Bereichen wie etwa der Migrationspolitik nicht an EU-Recht gebunden zu fühlen. Und es gibt auch keine Partei, die für offene Grenzen werben würde, weil jeder weiß: Wer EU-freundliche Politik macht, also sich pro Euro-Beitritt oder gegen Grenzkontrollen ausspricht, der hat bei der nächsten Wahl keine Chance. In Dänemark gibt es für diese Politik breite Zustimmung und der Däne schaut da genau hin, was beim großen Nachbarn im Süden passiert.

**WELT: Was würden Sie jemandem raten, der sich mit dem Gedanken trägt, auszuwandern?**

**Uhlemann:** Auf jeden Fall: Erwartungen zurückschrauben, sich klar sein, dass es ein Auf und Ab ist. Es gibt nichts, was einen zu 100 Prozent aufs Auswandern vorbereitet. Vor allem muss man wissen, dass das Leben dann vor Ort nicht mehr eine einzige Postkarte ist, wie man es aus dem Urlaub kennt. Vorher wird das gern romantisiert und man schwebt etwas naiv-romantisch durch den Alltag, aber man muss eben auch hier Gas geben, die Sprache lernen, sich um den Job kümmern, ein neues soziales Umfeld schaffen. Und am Ende geht es auch um die Bereitschaft, etwas Dänisches in sich selbst zuzulassen.

## Der umstrittene Israel-Rückzug von Pret A Manger

Die bekannte Kaffeehauskette hat ihre Expansionspläne nach Protesten von Palästinenser-Gruppen aufgegeben. Die Empörung ist groß

Der Starbucks-Konkurrent Pret A Manger gerät zwischen die Fronten der Nahost-Aktivist:innen. Die Kaffeehauskette, die zur JAB-Holding der deutschen Industriellen-Familie Reimann gehört, steht von zwei Seiten unter Druck: Anfang des Jahres gab es in Filialen im Heimatland Großbritannien Proteste von Palästinenser-Gruppen und der israelifeindlichen Boykott-Bewegung BDS, weil Pret A Manger Filialen in Israel eröffnen wollte. Nach der Absage der Expansions-Pläne gibt es nun Gegenaktionen von Israel-Unterstützern in London – zur Genugtuung wohl auch der geschassten Geschäftspartner in Tel Aviv.

VON CHRISTOPH KAPALSCHINSKI

„Wir rufen Pret A Manger auf, seinen Kurs zu korrigieren, seine diskriminierende Entscheidung zurückzunehmen und auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen“, schrieb der Gründer der Londoner Pro-Israel-Gruppe „Stop The Hate“, Itai Galmuny, diese Woche in einem offenen Brief an den Manager der Kette. Die Kette dürfe

nicht vor der spalterischen BDS-Bewegung kapitulieren. Sonst werde es weitere Aktionen geben. „Stop The Hate“ hatte Anfang September vor einer Pret-Filiale in London mit einer kleinen Gruppe Aktivist:innen demonstriert.

Hinter dem Konflikt stehen nicht nur moralische Interessen. Es geht auch um Wirtschaftliches. Schließlich hatte Pret bereits Ende 2022 seine Israel-Expansions mit bis zu 40 Standorten angekündigt – und dafür einen Vertrag mit dem israelischen Handelskonzern Fox Group geschlossen. Das börsennotierte Unternehmen ist in Israel und weiteren Ländern als Franchise-Partner etwa für Läden von Nike, Foot Locker oder Mango aktiv und betreibt mehr als 1000 Läden. Nach früheren Angaben investierten Fox und ein Partner knapp zehn Millionen Euro in den Start der Kette – Geld, das verloren sein könnte.

Denn im Juni kündigte Pret an, den Start aufzugeben. Offizielle Begründung: Geschäftsreisen nach Israel seien für die Pret-Mitarbeiter aus versicherungstechnischen Gründen nicht möglich. Daher sei es nicht möglich, die Teams in Israel für das Franchise-Sy-

stem zu schulen, sagte eine Sprecherin WELT. Das Unternehmen sei der Fox Group für die Kooperation dankbar, habe aber keine Chance, Läden zu eröffnen. Aus dem Umfeld von Pret heißt es, die Entscheidung sei nicht mit den BDS-Protesten verknüpft. Offenbar kam es in den Wochen nach der Ankündigung zu keiner Einigung mit der Fox Group über einen späteren Start oder Entschädigungszahlungen. Die israelischen Partner bedauerten die rechtlich unzulässige Entscheidung von Pret, die aus „unsauberen und ungültigen Motiven“ erfolgt sei, erklärte ein Sprecher auf Anfrage. Die Unternehmen wollten nun ihre Rechtsposition sichern.

Die Proteste der Londoner Aktivist:innen könnten den Druck auf Pret, doch noch zu einer Einigung zu kommen, erhöhen. Die junge Gruppe „Stop The Hate“ war von dem israelisch stämmigen Gastronomie-Manager Itai Galmuny in London als Reaktion auf die antiisraelischen Proteste nach Beginn des Gaza-Kriegs gegründet worden. „Stop The Hate“ ruft regelmäßig zu Gegendemonstrationen bei palästinensischen Protesten auf. Für den Protest gegen Pret –

mehrere Wochen nach der Rückzugsentscheidung – hatte die Gruppe sogar in einer ganzseitigen Anzeige in der Zeitung „The Telegraph“ geworben. Eine solche Anzeige kostet laut Preisliste eine fünfstellte Summe. Eine Anfrage, inwieweit die spendenfinanzierten Aktivist:innen bei ihrem Protest gegen Pret mit der Fox Group kooperieren, ließ die Gruppe zunächst unbeantwortet.

Auch andere Marken haben den Start in Israel wegen des Konflikts abgesagt. Eine der wenigen Ausnahmen ist die Unterwäsche-Marke Victoria's Secret, die zwei Läden mit einiger Verspätung eröffnet hat – allerdings ohne großen Werberummel. Selbst McDonald's reagierte auf Proteste in der muslimischen Welt: Es kaufte seinem israelischen Franchise-Nehmer, der Soldaten mit kostenlosen Mahlzeiten versorgt hatte, die 225 Restaurants in dem Land ab – offenbar, um die Kontrolle über solche strittigen Aktionen zurückzugewinnen.

Für internationale Kaffeehausketten gilt der israelische Markt selbst in Friedenszeiten als schwierig. Schon vor der Terroraktion der Hamas und dem folgenden Gaza-Krieg hatten Branchen-

kenner gewarnt, der Schritt von Pret nach Israel sei kein Selbstläufer. Der Markt wird dominiert von starken einheimischen Spielern. Pionier Starbucks hatte sich bereits 2003 wegen ausbleibenden Erfolgs zurückgezogen. Doch selbst das ist keine Absicherung gegen BDS-Angriffe: Die Aktivist:innen rufen zum Boykott der US-Kaffeekeette auf, weil ihr Gründer Howard Schultz in andere israelische Unternehmen investiert habe. Er entstammt einer jüdischen New Yorker Familie.

Gefährlich könnte der Rückzug von Pret von seinen Israel-Plänen und die nun tobende PR-Schlacht auch für das Image der Holding JAB und ihre deutschen Eigentümer werden. Die Familie Reimann hatte Finanzmanager in den vergangenen Jahren damit beauftragt, ihr Erbe aus dem Ludwigshafener Chemie-Konzern Benckiser in den Aufbau der Firmenholding JAB zu investieren – unter anderem in mehrere Kaffeehausketten und Kaffeeimporteure. Ein JAB-Sprecher in New York wies die Verantwortung für die Entscheidung auf Anfrage bereits zurück: Zuständig sei allein Pret in London.

Jobsharing kann eine lohnenswerte Option bei der Gestaltung der Arbeitszeit sein. Was Angestellte und Firmen beachten müssen, wenn sich Mitarbeiter eine Stelle teilen



Die Co-Digitalvorstände Fränzi Kühne (l.) und Boontham Temaismithi leben Jobsharing vor. Inzwischen gibt es zwei weitere, crossfunktionale Jobtandems bei Edding

Wer von euch ist für mich zuständig? Wer gibt meinen Urlaub frei? Solche Fragen hörten Fränzi Kühne und Boontham Temaismithi häufig, nachdem sie im März 2022 den neu geschaffenen Posten als Digitalvorstand beim Ahrensburger Stifthehersteller Edding im Jobsharing übernommen hatten. Das bedeutet: Die beiden ehemaligen Betreiber einer Digitalagentur teilen sich eine Vollzeitstelle in Teilzeit. Als erstes Vorstands-Tandem in Deutschland.

Ursprünglich bekam Kühne den Posten als Vollzeitstelle angeboten, wollte aber „keine 60- oder 80-Stunden-Woche haben.“ Sie hatte gerade ein Jahr Auszeit genommen, ein Kind bekommen, ein Buch geschrieben. Als Edding-Chef Per Ledermann ihr vorschlug, die Position im Tandem anzunehmen, war sie begeistert: „Das war für mich ein Game Changer. Genau so möchte ich arbeiten.“ Danach ging es darum, eine geeignete Partnerin oder einen Partner zu finden. Was nicht einfach war. Kühne: „Man muss als Tandem funktionieren, dieselbe Sprache sprechen.“ Sie fragte Temaismithi, mit dem sie zwölf Jahre zusammengearbeitet hatte. Nach Zustimmung des Aufsichtsrats nahmen sie die Position gemeinsam an.

Wie blickt Kühne zurück auf die ersten zweieinhalb Jahre im Vorstands-Tandem? Sie beschreibt die Arbeit als „sehr gefestigt. Es gab natürlich am Anfang viele Vorurteile und Skepsis. Aber die Organisation hat sich daran gewöhnt.“ Sind die beiden doch den Unsicherheiten der anderen mit Transparenz begegnet.

VON CHRISTINA ANASTASSIOU

Sie haben keine festen Arbeitstage, sondern orientieren sich am Bedarf des Unternehmens. Kühne: „Mal gibt es heißere Phasen mit mehr Projekten. Wenn weniger zu tun ist, gleichen wir das aus.“ Sie planen ihre Termine vier Wochen im Voraus. Telefonieren drei bis fünf Mal am Tag. Führen ihre Kalender transparent, dokumentieren alles im digitalen Notizbuch. Sehen sie Dinge unterschiedlich, klären sie das unter sich. Gemeinsame Sitzungen werden hinterher besprochen. Kühne benennt die Vorteile für das Unternehmen: „Eine Entscheidung im Tandem ist schlauer als wenn eine einzelne Person sie getroffen hätte, weil sie schon durch zwei Köpfe gegangen ist.“ Zudem können sie sich während ihrer Urlaube vertreten.

Die beiden haben neben ihrer Arbeit im Familienunternehmen Zeit für anderes. Kühne ist Autorin, Speakerin, Mentorin, Stiftungsrätin, Beraterin und Aufsichtsrätin. Kann ihren Alltag „so flexibel gestalten, dass ich auch mal den Nachmittag mit meiner Tochter verbringen kann.“ Temaismithi berät unter anderem Start-ups und bildet sich weiter in Sachen Nachhaltigkeit.

Jobsharing ist eine zunehmend beliebtere Option bei der Gestaltung der Arbeitszeit, vor allem für Führungskräfte. Wie verbreitet ist es in Deutschland? Nachgefragt bei Svenja Christen, die mit Yannic Franken in Berlin die Ge-

## Wenn eins plus eins MEHR als zwei ist

schäfte der Jobsharing-Beratung und von PairToShare leitet. Letztere liefert Unternehmen eine Tech-Lösung zum Zusammenbringen und Rekrutieren von Tandems.

Laut Christen werben „rund ein Drittel der Dax-Unternehmen in Deutschland aktiv mit Jobsharing.“ Sie vermutet aber, dass nicht bei allen eine Strategie mit Budget dahintersteht. „Der Anteil steigt jedoch.“ Im Mittelstand sei das Modell bislang vereinzelt etabliert, aber es gebe keine Erhebungsdaten.

Wie schätzt eine Personalberatung die Verbreitung im Mittelstand ein? Becker + Partner aus Bensheim sucht Geschäftsführer, Vorstände und Manager der zweiten Führungsebene für Mittelständler aus Industrie und Handel. Klaus Becker zufolge ist Jobsharing bei seinen Kunden kein gefragtes Thema. „Wenn der Bewerbermarkt das verlangte, würden unsere Kunden sich auf Jobsharing einlassen“, sagt der Geschäftsführende Partner. Bisher habe es aber ausreichend Bewerber für Vollzeitstellen gegeben. Diese seien auch „nicht bereit, auf Gehalt zu verzichten.“ Zudem setzen sich die Unternehmen „unter anderem aus organisatorischen und administrativen Gründen aktuell wenig proaktiv damit auseinander.“

Die Handelskammer Hamburg veranstaltet seit 2022 zwei- bis dreimal jährlich einen Tandem-Roundtable mit rund 120 Mitgliedern aus 35 bis 40 Tandems und Interessierten. Oft aus großen Unternehmen wie Beiersdorf und Unilever. Warum sind so wenige kleine und mittlere Unternehmen (KMU) darunter? Anna Maria Heidenreich von der Handelskammer Hamburg vermutet, dass das Modell hier weniger bekannt ist. Dabei „sind KMU prädestiniert dafür, weil sie im Personalbereich flexiblere Prozesse haben als große Unternehmen.“ Die größte Hürde für kleine Firmen sei das Matching, also das Finden von Jobsharing-Partnern.

Heidenreich und Michaela Beck leiten seit April 2021 den Geschäftsbereich Fachkräfte und lebenswerte Metropole im Jobsharing. Das „Team Heideck“ ist das erste Jobtandem in der Handelskammer Hamburg. Beide arbeiten je 25 Stunden, verteilt auf vier Tage pro Woche. Gehen bei ihrer zweistündigen Strategiesitzung jeden Mittwoch die gemeinsame To-do-Liste durch. Sie haben die Aufgaben nicht im Sinne eines Job-

splittings aufgeteilt, sondern betreuen sämtliche Projekte und können sich deshalb gegenseitig vertreten. Das erfordert laut Heidenreich „ein gemeinsames Arbeits- und Führungsverständnis, eine gemeinsame Vision und Strategie sowie eine strukturierte Arbeitsweise.“ Und eine gute Kommunikation.

Das Team Heideck hat „durchweg positive Erfahrungen mit dem Modell Jobsharing gemacht“, sagt Heidenreich. Vorteile sieht sie für alle Seiten – das Tandem selbst, die Mitarbeitenden und den Arbeitgeber. So coacht ein Tandem sich gegenseitig und trifft dadurch reflektiertere Entscheidungen. „Und wir haben einen permanenten Partner in Crime“, denn sie teilen nicht nur Arbeitspensum und Verantwortung, sondern auch Netzwerk, Lob, Erfolg und Misserfolg. Heidenreich und Beck leben ihrem 28-köpfigen Bereich Teamfähigkeit vor. Von der hohen Zufriedenheit im Jobtandem und den positiven Effekten für Motivation, Gesundheit sowie Work-Life-Balance ganz zu schweigen. Zudem ermöglicht Jobsharing eine Karriere in Teilzeit – einen möglichen Weg aus der „Teilzeit-Falle“.

Auch der Arbeitgeber profitiert: Die Tandempartner können sich immer vertreten. Jobsharing steigert laut Heidenreich Kompetenz, Effektivität und Effizienz auf der Position. Es verteilte das Risiko und helfe beim Wissenstransfer, etwa bei einer Nachfolgeplanung. „Jobsharing ist ein gutes Mittel für die Bildung einer Arbeitgebermarke. Es hilft, Fachkräfte zu binden und erhöht die Vielfalt in der Führung“, sagt sie. Das bedeutet nicht nur, mehr Frauen ins Management zu bringen. „Jobsharing muss raus aus der Teilzeit-Mutti-Ecke“, fordert Heidenreich. Es eigne sich auch für Väter. Für Nicht-Eltern. Und für jüngere Menschen, die sich auf eine leitende Position vorbereiten möchten, während die ältere Führungskraft in Altersteilzeit gehe.

Eine wissenschaftliche Befragung aus 2022 belegt, dass Jobsharing-Tandems produktiver sind als Vollzeitkräfte. Dahinter stehen die jobsharing hub, die Hochschule Heilbronn und das Unternehmen Twise. Dabei wurden 50 Führungskräfte von Tandems und einzelnen Vollzeitkräften befragt. Christen fasst zusammen: „92 Prozent der Befragten halten Tandems für produktiver oder genauso produktiv, verglichen mit

einer Vollzeitbesetzung.“ Auch Florian Brill sieht Jobsharing „sehr positiv, denn es bringt uns mehr Flexibilität.“ Der Geschäftsführende Gesellschafter von Dr. Brill + Partner, einem Anbieter im Bereich der angewandten Hygiene, Mikrobiologie und Virologie mit über 70 Mitarbeitern an vier Standorten und Sitz in Hamburg, setzt seit rund fünf Jahren auf Jobsharing. Es sei ein „wichtiges Mittel gegen den Fachkräftemangel“ und um den Bedürfnissen der Mitarbeiter und des Unternehmens gerecht zu werden.

Beispiel: Die Leitung eines Labors erfordert eine 60- bis 80-Stunden-Stelle, „was eine Person nicht alleine schafft“, sagt Brill. Deshalb teilt sich ein Dreier-Team eine Laborleitung. So gibt es „mindestens eine Person, die arbeitet, während die andere krank oder im Urlaub ist.“ Und wenn jemand das Unter-

nehmen verlasse, gehe nur ein Drittel des Know-hows verloren. Derzeit beschäftigt Brill zwei Tandems und zwei Dreier-Teams im Jobsharing. Beim Würzburger IT-Distributor dextIT wiederum teilen sich Judith Öchsner und Stefanie Gundlach seit 2018 die Vertriebsleitung. Beide arbeiten fünf Tage pro Woche – das Stundenmodell entspreche zu 75 Prozent der Vollzeitstelle. Während Gundlach sich hauptsächlich um Backoffice und Personalwesen kümmert, liegt Öchsners Fokus auf Produktmanagement, Einkauf und Marketing. Welche Arbeitsweisen erfordert das Jobsharing? Öchsner: „Es ist unerlässlich, dass alle Beteiligten als Teamplayer agieren, anstatt individuell zu arbeiten, um persönliche Anerkennung zu erlangen. Jemand mit einem egoistischen Arbeitsstil stößt er schnell an Grenzen und gefährdet den gemeinsamen Erfolg.“

Bei allen Vorzügen des Arbeitsmodells gibt es technische Hürden. Svenja Christen: „Aktuell können die IT-Systeme SAP und Co. Jobsharing-Tandems in den Organigrammen schwer abbilden.“ Hier seien Tandems „nach wie vor gezwungen, eigene Lösungen zu finden, und wenn es beispielsweise abwechselnde Berechtigungen seien. Da braucht es dringend Anpassungen!“

Unter dem Strich stellt sich die Frage, wie Mittelständler vorgehen können, die Jobsharing einführen möchten. Das Team Heideck empfiehlt, Vorbilder einzuladen, die bereits Jobsharing praktizieren und das Modell vorstellen. Man sollte sich Beratung suchen, was insbesondere für KMU nützlich sei. Wichtig sei, das Thema bei der höheren Führungsebene des eigenen Unternehmens zu platzieren. Zu einer guten Vorbereitung gehörten auch ein Matchingday im Unternehmen, wo sich potenzielle Tandempartner treffen, oder ein Persönlichkeits-Test. Heidenreich: „Man sollte Jobsharing einfach machen. Gut vorbereitet ist das Risiko nicht größer als bei jeder anderen Stellenbesetzung.“



## Ist mein Unternehmen reif für ein digitales Update?

Gemeinsam finden wir die Antworten für morgen.

Mit kompetenter Beratung und Finanzierungslösungen für die digitale Transformation.



Weil's um mehr als Geld geht.



ANZEIGE

# Verfolgen Sie die US-Wahl mit WELT und WELT AM SONNTAG!



Jetzt drei Monate für nur 131,98€ statt 197,97€ sichern – Sie lesen einen Monat gratis. Als Dankeschön für Ihre Bestellung schenken wir Ihnen zusätzlich 70€.



**Exklusiv zur US-Wahl**

Wir überweisen Ihnen die Prämie auf Ihr Bankkonto

## Immer und überall aktuell informiert:

**DIE WELT:** Von Montag bis Freitag – modern und auf den Punkt  
**WELT AM SONNTAG Frühausgabe:** Information und Unterhaltung am Samstag

**WELTplus Premium:** Alle exklusiven digitalen Inhalte von WELT  
**DIE WELT und WELT AM SONNTAG ePaper:** Inklusive Archiv-Zugriff



Zum Abo-Shop

**Gleich bestellen unter [welt.de/usa-wahl-2024](https://welt.de/usa-wahl-2024) oder 0800/935 85 37\***

\*Bestell-Nr. 10174510 / Montag-Samstag 7-19 Uhr, kostenfrei

In Ihrem Abo sind die gedruckten Zeitungen und WELTplus Premium enthalten. Weitere Informationen zum Produkt finden Sie unter [welt.de/produkt](https://welt.de/produkt). WELT AM SONNTAG und DIE WELT erscheinen in der Axel Springer Deutschland GmbH, Axel-Springer-Str. 65, 10888 Berlin, vertreten durch die Geschäftsführung, Amtsgericht Charlottenburg, HRB 196159 B. Gläubiger-ID-Nr.: DE 2208800000007915

## Uefa-Drohung an die englische Nationalelf

Einführung von Behörde könnte harte Folgen haben

Die Europameisterschaft 2028 in Großbritannien soll ein Fußball-Fest werden, das Grenzen überschreitet. Doch vier Jahre vor dem Beginn sorgt das Turnier, das in England, Schottland, Wales, Irland und Nordirland ausgetragen werden soll, für negative Schlagzeilen. Zum einen will die britische Regierung die deutlich gestiegenen Kosten für den Neubau des maroden Stadions Casement Park in Belfast nicht übernehmen. Die sollten ursprünglich 91 Millionen Euro betragen, stiegen dann zwischenzeitlich und wurden im Oktober 2023 mit 213 Millionen Euro angegeben, ufernten aber aktuell auf nunmehr 473 Millionen Euro aus. Damit fällt Nordirland als Austragungsort wohl weg, die EM-Spiele, die in Belfast stattfinden sollten, sollen nun zwischen den anderen EM-Gastgebern England, Irland, Wales und Schottland aufgeteilt werden.

Es könnte für die Organisatoren des Turniers aber noch viel schlimmer kommen. Im schlimmsten Fall könnte die EM auf der Insel ohne die Nationalmannschaften Englands, Schottlands, Irlands, Nordirlands und von Wales stattfinden. Grund dafür ist eine staatliche Einmischung in den Fußball. Uefa-Generalsekretär Theodore Theodoridis hat einem Bericht der britischen Zeitung „Times“ zufolge England vor schwerwiegenden Folgen bezüglich der von der Politik verfolgten Pläne einer Regulierungsbehörde im englischen Profifußball gewarnt. Demnach soll Theodoridis von der für den Sport zuständigen Ministerin Lisa Nandy in einem Brief gefordert haben, dass es „keine Einmischung der Regierung in die Organisation des Fußballs“ geben dürfe. Laut der „Times“, die ihre Informationen nach eigener Aussage aus einer Kopie des Briefs zog, soll Theodoridis vor weitreichenden Befugnissen der besagten Regulierungsbehörde zur Überwachung der Vereine in Englands Topligen gewarnt haben. Er kritisierte auch die Idee, dass die Behörde die englischen Profiligen bei der Verteilung der TV-Gelder überstimmen könnte. Man habe „spezielle Regeln“, die die staatliche Einmischung verhindern sollen, um die Autonomie des Sports und die Fairness des sportlichen Wettbewerbs zu gewährleisten, wird Theodoridis zitiert. Die ultimative Sanktion bei einer Missachtung wäre „der Ausschluss des Verbands aus der Uefa und der Mannschaften von den Wettbewerben“.

Im Frühjahr wurde ein Gesetzentwurf für eine neue Aufsichtsbehörde vorgelegt. Die Stelle soll weitgehende Befugnisse in Schlüsselfragen der obersten fünf Ligen des Männerfußballs in England erhalten. Sie soll Vereine vor einer Misswirtschaft schützen und etwa auch verhindern, dass reiche Vereine der Super League beitreten. Der Gesetzentwurf sieht außerdem vor, einen neuen Eignungstest für potenzielle Klub-Inhaber einzuführen, bevor sie einen Verein übernehmen dürfen. STEP



## Teurer HÄRTEFALL

Unzufrieden in München: Leon Goretzka ist beim FC Bayern und bei der Nationalmannschaft außen vor

Nach Tagen voller Regen kam Sonntagvormittag in München endlich wieder die Sonne raus. Doch Max Eberl hatte keine Zeit, sie zu genießen. Der Sportvorstand des FC Bayern war wie so oft beruflich unterwegs, als Gast im Fernseh-Talk „Sport-Doppelpass“ ging es früh zum Münchner Flughafen.

VON JULIEN WOLFF

Am Abend zuvor hatte der deutsche Fußball-Rekordmeister 6:1 (4:0) bei Holstein Kiel gewonnen. Dritter Sieg im dritten Bundesligaspiel, mit neun Punkten führen die Münchner die Tabelle an. Erstmals in diesem Jahr, in der gesamten Vorsaison waren sie unter dem damaligen Trainer Thomas Tuchel lediglich zweimal Erster gewesen. Deswegen Nachfolger Vincent Kompany gelang mit der maximalen Punkteausbeute aus den ersten drei Partien etwas, das zuletzt Niko Kovač vor sechs Jahren geschafft hatte. Doch eine Personalie überstrahlte den erfolgreichen Saisonstart: Leon Goretzka. Eberl wird von Experten, Fans und Journalisten in diesen Tagen oft auf ihn angesprochen. Goretzka (29) wurde ausbootet. Und ist der große Verlierer dieses noch jungen Bayern-Saison. Kompany hatte ihn vor der Partie in Kiel nicht mal für den Kader nominiert. Ein Spieler mit der Erfahrung von über 150 Spielen für die Bayern und 57 Länderspielen gehört in einer Begegnung mit einem Aufsteiger nicht zum Aufgebot – das sagt viel über seinen gesunkenen Stellenwert bei den Bayern. Was für ein Schlag.

„Ich mag ihn sehr, auch wenn er momentan natürlich sauer ist. Das verste-

Der neue Trainer Kompany bootet Goretzka beim FC Bayern aus. Auch in der Nationalelf fehlt die Perspektive für den Mittelfeldprofi. Ein Faktor kann ihm aber Hoffnung machen

he ich auch. Aber das gehört zum Fußball-Leben auch dazu“, so Eberl am Samstagabend bei Sky. „Wir haben von Anfang an klar kommuniziert, dass wir einen sehr ausgewogenen Kader haben werden. Dass wir mit Alex Pavlovic einen Spieler haben, der jetzt Nationalspieler geworden ist und jetzt mit Palhinha einen Transfer machen werden, das wusste Leon vorher. Dann ist es nun mal so, dass die Konkurrenzsituation beim FC Bayern groß ist.“

Lothar Matthäus ist von der harten Entscheidung Kompanys überrascht. „Im Kader vermisse ich ihn“, sagte der Rekordnationalspieler und Sky-Experte. „Alle haben ihn gelobt, wie er in dieser Woche trainiert hat. Man hat auch gehört, dass Kompany ihn super gelobt hat. Dass er gar nicht im Kader ist, wundert mich natürlich.“ Matthäus fügte hinzu: „Aber das sind Entscheidungen – und man muss diese Entscheidungen bei so einem hochkarätigen Kader auch akzeptieren. Auch wenn man es von außen nicht verstehen kann.“

Die Bayern hätten Goretzka im vergangenen Saison gern verkauft. Er verdient laut „Bild“ rund 18 Millionen Euro im Jahr, Eberl muss Gehälter sparen, Spieler „von der Payroll kriegen“, wie es im Fußball-Geschäft heißt. Das wünscht sich auch der Aufsichtsrat um den mächtigen Ehrenpräsidenten Uli Hoenes. Goretzkas Vertrag gilt bis 30.

Juni 2026. Zuletzt entschied sich der Spieler, nicht zu wechseln – obwohl er derzeit nur noch eine Nebenrolle spielt – und mehrere Klubs aus dem Ausland an ihm interessiert waren. Bereits 2023 hatte Tuchel den erfahrenen Goretzka quasi zum Verkauf freigegeben. „Es ist nicht ‚Wünsch dir was‘. Sondern ‚So ist es‘“, sagte Eberl im „Doppelpass“ über die abgelaufene Transferperiode und die Kritik an zu wenig Spielverkäufen unter ihm. Über Goretzkas Situation im Kampf um einen Platz im Mittelfeld erklärte er: „Von der Ausgangslage her ist es am schwersten.“

Schon in der ersten Runde des DFB-Pokals beim Zweitliga-Aufsteiger SSV Ulm (4:0) hatte Goretzka nicht zum Kader gehört. Bei den Liga-Siegen der Bayern beim VfL Wolfsburg (3:2) und gegen den SC Freiburg (2:0) zählte er zwar zum Aufgebot, Kompany wechselte ihn aber nur gegen den SC kurz vor Spielende ein.

Goretzka erlebt eine der schwierigsten Phasen seiner Karriere. Auch Bundestrainer Julian Nagelsmann verzichtet seit Monaten auf ihn. Goretzka gehörte nicht zum Kader der Nationalmannschaft für die EM in Deutschland – und auch für die Spiele in der Nations League gegen Ungarn (5:0) und die Niederlande (2:2) Anfang September nominierte Nagelsmann ihn nicht. In der Auswahl scheint Goretzka derzeit keine

Perspektive zu haben. Die Rollen sind recht klar verteilt, im Mittelfeld sieht Nagelsmann offensichtlich Pascal Groß von Borussia Dortmund, Robert Andrich von Bayer Leverkusen und Pavlovic deutlich vor ihm. Auch BVB-Profi Emre Can war beim vergangenen Nationalelf-Lehrgang dabei. Zuletzt nominierte Nagelsmann zudem Angelo Stiller vom VfB Stuttgart, der unter ihm debütierte – in den kommenden Monaten könnte Nagelsmann weitere Neulinge berufen.

Ein Faktor, der Goretzka in Sachen Einsatzzeiten in seinem Klub Hoffnung machen kann: Die Bayern haben in den kommenden Wochen und Monaten sehr viele Spiele. Dienstag (21 Uhr, DAZN) empfangen sie zum Auftakt der reformierten Gruppenphase der Champions League Dinamo Zagreb. Sollten die Bayern eine erfolgreiche Saison spielen, absolvieren sie über 50 Partien. Kompany sagte in Kiel: „Wenn es nicht Leon ist, dann ist jemand anderes nicht im Kader. Ich habe 21 Spieler – und wir müssen am Ende der Woche schauen, denn wir haben noch viele Spiele. Aber jetzt geht es um die 20 hier, und danach werden wir alle brauchen.“

Goretzka könnte auch Innenverteidiger spielen, als solchen hatte Tuchel ihn bereits eingesetzt. Hoenes hatte zuletzt öffentlich gesagt, dass beim FC Bayern jeder verdiente Spieler eine zweite Chance bekäme. Sportlich allerdings gibt es derzeit wenig Gründe, viel zu ändern. Kompanys Handschrift wird immer deutlicher. Die Statistiken gegen Kiel: 70 Prozent Ballbesitz, 45:9 Ballaktionen im gegnerischen Strafraum, 23:5 Torschüsse. Die Bayern spielten in dieser Partie 800 Pässe – Bestwert in der Bundesliga seit Beginn der Vorsaison.

## Zweite Liga: HSV mit Gala, Drama um Hertha-Profi

Sorge um Berliner Gechter nach Zusammenprall

Für den HSV war die erste Spielminute historisch. Im Heimspiel gegen Jahn Regensburg fiel der früheste Treffer der Hamburger in ihrer Zweitliga-Historie. Ransford-Yeboah Königsdörffer gelang das Kunststück, es war bereits sein vierter Saisontreffer, er traf damit jetzt schon doppelt so oft wie in der kompletten vergangenen Spielzeit. So munter wie vom 23 Jahre alten Stürmer eingeleitet ging es weiter, am Ende gewannen die Hanseaten 5:0 (2:0). Robert Glätzel (14.), der eingewechselte Jean-Luc Dompé mit seinem ersten Doppelpack im HSV-Trikot (76./90.+3) sowie Sommerzugang Davie Selke zum 4:0 (89.) trafen.

Dank des souveränen Auftritts war der Sieg gegen den ungefährlichen Aufsteiger im ausverkauften Volksparkstadion zu keinem Zeitpunkt gefährdet. Der HSV bleibt damit weiter in Reichweite zur Tabellen Spitze, das Team beendete den fünften Spieltag als Tabellenvierter.

Parallel dazu wurde der Sieg von Fortuna Düsseldorf bei Hertha BSC von einer möglicherweise schweren Verletzung des Berliner Junioren-Nationalspielers Linus Gechter überschattet. Die Rheinländer kamen in Berlin zu einem glücklichen 2:0 (1:0) und setzten sich wieder knapp vor den Karlsruher SC auf Platz eins. Dawid Kownacki (13.) und Jona Niemiec (66.) trafen.

Größer als der Ärger über verpasste Punkte war die Sorge um Gechter. Vermeintlich unspektakulär wirkte zunächst der Zusammenprall mit seinem Teamkollegen Deyovaisio Zeefuik. Die Zuschauer hatten aber ein feines Gespür. Still wurde es im Olympiastadion, als sich die Behandlung auf dem Rasen und anschließend hinter einem Sichtschutz auf der Laufbahn hinzog. Gechter hatte sich möglicherweise an der linken Schulter oder dem Hals- und Nackenbereich verletzt. Er war ansprechbar, konnte oder sollte aber offenbar nicht eigenständig aufstehen. DW

## Davis-Cup-Team unterliegt im Finale den USA

Deutschland als Zweiter der Gruppe im Viertelfinale

Für den angestrebten ersten deutschen Davis-Cup-Titel seit 1993 hofft der Deutsche Tennis Bund auf eine Rückkehr von Topspieler Alexander Zverev ins Team. „Ich glaube, um wirklich diese Salatschüssel mal hochzuhalten, muss alles zusammenpassen – von den Spielern, von A bis Z im Endeffekt“, sagte Teamchef Michael Kohlmann. „Im Endeffekt haben wir alle große Ziele, also nicht nur wir als Verband, sondern auch die Jungs. Und jeder will irgendwann mal diesen Davis Cup wieder gewinnen.“

In Zhuhai/China hatte die deutsche Auswahl stark ersatzgeschwächt die Qualifikation für die Endrunde im spanischen Malaga vom 19. bis 24. November geschafft. Das Fehlen des Weltranglisten-Zweiten Zverev bei der Gruppenphase kurz nach den US Open in New York hatte der DTB mit Reisetrapazen begründet. Diese wären für Zverev auch deshalb so groß gewesen, weil für die deutsche Nummer eins in der neuen Woche der Laver Cup in Berlin ansteht. Auch die verletzten Jan-Lennard Struff und Dominik Koepfer fehlten. „Die Hoffnung ist auf jeden Fall da, dass wir in Malaga den einen oder anderen dazugewinnen“, sagte Kohlmann.

Nach den zwei Auftaktsiegen gegen die Slowakei und Chile (jeweils 3:0) verlor das deutsche Team zum Abschluss der Gruppenphase 1:2 gegen die USA und holte nur durch das erfolgreiche Doppel Kevin Krawietz und Tim Pütz einen Punkt. Das Duo hatte bei den US Open das Endspiel erreicht. Mit dem 4:6, 2:6 von Maximilian Marterer gegen Brandon Nakashima war die Entscheidung gefallen und das Doppel bedeutungslos geworden. Zur Auswahl in Zhuhai gehörten neben Marterer (104. der Weltrangliste) und Krawietz/Pütz noch Yannick Hanfmann (96.) und Henri Squire (187.). Das Team schloss die Gruppe als Zweiter hinter den USA ab und wird im Viertelfinale in Malaga auf einen Gruppensieger treffen. Die Auslosung erfolgt am Donnerstag. DW

## McLaren-Höhenflug: Piastri siegt im Baku-Krimi

Die Formel 1 liefert in Aserbaidschan ein packendes Rennen. Ein Duo kämpft lange um den Sieg. Weltmeister Verstappen ist chancenlos

Jungspund Oscar Piastri lässt McLaren mit seinem Krimi-Sieg in Baku vom ersten Formel-1-Teamtitel seit 1998 träumen. Der eigentlich gerade erst zur Nummer zwei hinter seinem Stallrivalen Lando Norris degradierte Australier zeigte beim Grand Prix in Aserbaidschan seine Klasse und fuhr knapp vor Ferrari-Star Charles Leclerc als Erster ins Ziel. Weil WM-Anwärter Norris von Startplatz 15 eine Aufholjagd bis auf Rang 4 gelang, zog McLaren in der Teamwertung an Max Verstappens Red-Bull-Rennstall vorbei.

Verstappen kämpfte erneut mit seinem störrischen Auto und wurde nur Fünfter. Sein Vorsprung in der Fahrerwertung vor Norris schrumpfte auf 59 Zähler, weil der Brite sich noch den Zusatzpunkt für die schnellste Runde holte. In den Schlussrunden musste das Rennen neutralisiert werden, weil Verstappens Teamkollege Sergio Pérez und Ferrari-Fahrer Carlos Sainz im Kampf um einen Podiumsplatz kollidierten. So wurde George Russell im Mercedes noch Dritter. Nico Hülkenberg fuhr über Trümmerteile und rutschte im Haas als Elfter noch aus den Punkterängen. „Das war der stressigste Tag mei-

nes Lebens“, funkte Sieger Piastri an seine Box. Es war sein zweiter Karriere-Erfolg nach dem Sieg in Ungarn im Juli.

Noch vor dem 17. Saisonlauf am Kaspischen Meer hatte McLaren nach längerem Zögern Norris den Nummer-1-Status gewährt. Im Kampf um den Fahrertitel sollte der Brite künftig den Vorzug vor Piastri erhalten, der australische Jungstar stellte Schützenhilfe in Aussicht. Doch prompt verpätzte Norris die Qualifikation in Baku. Von der

Pole-Position nahm zum vierten Mal in Serie in Aserbaidschan Leclerc das Rennen auf. Kein gutes Omen: Ein Sieg war dem 26-Jährigen bei den drei Versuchen davor nicht gelungen. Doch beflügelt von seinem jüngsten Sieg beim Ferrari-Heimspiel in Monza behauptete Leclerc souverän in den ersten Kurven Platz eins und blieb zunächst auch locker vorn, als sich das Feld sortiert hatte.

Dahinter folgten Piastri und Vorjahressieger Pérez im Red Bull. Verstap-

pen, der mit seiner Qualifikation als Sechster nicht zufrieden war, verbesserte sich auf den ersten Kilometern auf Rang fünf. Die Formkrise, in die Red Bull über den Sommer gerutscht war, zeigte sich auf dem Stadtkurs nicht so deutlich wie zuletzt in Monza. Doch die Überlegenheit der ersten Saisonmonate, als der Dreifach-Weltmeister sieben von zehn Rennen gewann, ist lange dahin. Es werde Zeit brauchen, bis Red Bull die Sorgen mit dem Auto behoben habe, ließ Teamchef Christian Horner in Baku wissen. „Es ist das eine, das Problem zu verstehen. Es ist etwas anderes, es zu lösen und die Teile ans Auto zu bekommen, mit denen man das hinbekommt“, erklärte Horner.

Vor allem auf der Jagd nach dem Konstrukteurstitel drängt für den Branchenführer die Zeit. McLaren und Ferrari hatten in den Vorwochen mächtig Boden gutgemacht und brachten offenkundig auch das stärkere Paket mit nach Aserbaidschan. Umso ärgerlicher war es besonders für Norris, dass er sich die Chance auf den Sieg und viele Punkte schon am Samstag verbaut hatte.

Immerhin lief die Aufholjagd des 24-Jährigen zunächst nach Plan. Schnell

hatte er sich unter die besten Zehn verbessert, vor seinem ersten Reifenwechsel war er sogar Fünfter. Noch besser lief es für seinen Stallgefährten Piastri. Mit frischen Gummiswalzen attackierte er Leclerc und quetschte sich in Runde 20 am Ferrari-Piloten vorbei an die Spitze.

Ganz eng hintereinander jagten nun Piastri, Leclerc und Pérez dahin. Dahinter duellierten sich Norris und Verstappen, der über Bremsprobleme und die schlechte Balance seines Dienstwagens klagte. Trotz neuer Reifen kam der Niederländer einfach nicht an seinem Titelrivalen vorbei, der seinen ersten Boxenstopp lange hinauszögerte. Als Norris dann auch auf frische Pneu wechselte, krönte er seine starke Rennleistung. Rund 15 Sekunden Rückstand auf Verstappen holte Norris auf und kam kurz vor Ende wieder vorbei.

Derweil lieferten sich Piastri und Leclerc rundenlang einen packenden Zweikampf. Mittels der Überholhilfe DRS kam der Ferrari-Fahrer auf der Zielgeraden mehrfach ganz nah an den jungen Australier heran, doch Piastri verteidigte sich immer wieder geschickt. Kurz vor Schluss musste sich Leclerc dann geschlagen geben. dpa



Oscar Piastri bejubelt seinen Erfolg in Baku

Architekten der alten Schuleren noch immer um das, was „Entwurf“ heißt: die Konstruktion, Zweckrationalität und „Schönheit“ von Gebäuden. Allein, die Zeichen mehr sich, dass die Entwicklung über sie hinweggeht. Der neue Stadttyp der Smart City braucht auf das Individuum keine Rücksicht mehr zu nehmen. Was zählt, ist „die Standardisierung von Nachhaltigkeitslösungen, die Normierung des adressierten Bedarfs und der Universalismus der Digitalisierungsangebote“, wie die jüngste Publikation des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) erklärt. Das Heft spricht von einem „Kosmos neuer Stadtwelten“, der mit der Smart City und mit „digitalen Zwillingen“ von der herkömmlichen Stadt Besitz ergreife.

VON DANKWART GURATZSCH

Unter Smart Citys – zu deutsch intelligenten Städten – versteht die Fachwissenschaft „die Vielzahl digitaler Technologien im städtischen Kontext“. Der Begriff ist in mehrfacher Hinsicht angreifbar, denn „intelligent“ ist diese Stadt nur für ihre Entwickler. Wie weit sie das auch für ihre Bewohner, ihre Nutzer ist, wird nicht diskutiert. „Die Dynamik eines smarten Urbanismus konzentriert sich auf digital gestaltete, organisierte und kontrollierte technische Infrastruktursysteme“, heißt es in dem Heft unverdächtig. Was freilich gemeint ist, greift tief in die Psyche des Stadtbewohners ein. In Rede steht die fortschreitende Verapparatur, Uniformierung und Steuerung der Städte.

Die Smart City braucht keine Architekten mehr, die etwas gestalten – die Gestaltung ist an IT-Unternehmen und Plattformbetreiber abgegeben. Als Musterbeispiel dafür kann der „digitale Zwilling“ gelten, die Abbildung der Stadt zwar nicht auf dem Reißbrett, aber auf dem Bildschirm, wo sie sich ohne Rücksicht auf Bewohner-Bedürfnisse und -vorlieben beliebig „bearbeiten“ lässt. Und zwar nicht in Gestalt individueller Gebäudetypen, sondern in Zahlen und Zahlenverhältnissen, Potenzialen und abstrakten Managementbegriffen, in Infrastrukturelementen und Bewegungsprofilen – was stillschweigend impliziert, dass das Individuum ungefragt unter Aufsicht gestellt wird. Naiv und rührend wirkt da die Empfehlung, gesellschaftspolitische und soziale Faktoren einzubeziehen – weil „die Stan-

darisierung von Nachhaltigkeitslösungen, die Normierung des adressierten Bedarfs und der Universalismus der Digitalisierungsangebote“ für derartige „weiche Faktoren“ keinen Raum lässt. Als Beispiel wird Regensburg genannt, wo mit KfW-Fördermitteln ein „energetisches Quartierskonzept“ und ein „quartiersbezogener Energienutzungsplan“ erstellt wurden. Auch dabei griff man auf einen „digitalen Energie-Zwilling“ zurück, der, losgelöst von Bewohnerinteressen, als „Planungs- und Steuerungswerkzeug“, die „Optimierung“ der städtischen Kreisläufe durch Digitalisierung vorantreibt.

Um „optimierte Planung und Steuerung“ geht es auch im zweiten Fallbeispiel Paderborn, wo die Verkehrswende durch ein „digitales Parkraummanagement“ forciert werden soll. Auch wenn es nur als „Grundlage für eine noch stärkere Digitalisierung des städtischen Verkehrsraums“ vorgestellt wird, ermöglicht es doch schon jetzt mit neu installierter, teilweise unsichtbarer Sensorik alle Parkhäuser und Stellplätze der Stadt zu überwachen. Dabei werden die Bilder sofort in der Kamera ausgewertet, wenn auch, wie beschwichtigend hinzugefügt wird, „nicht gespeichert“. Auf dieser Basis wird angestrebt, die Fahrzeuge – und damit den jeweiligen Fahrzeuginhaber – durch die Stadt zu steuern und in Parkplätze einzuweisen.

Die Autoren heben selbst hervor, dass sie hierin nur den Einstieg in ganz neue städtische Kontroll- und Lenkungssysteme sehen. So sollen künftig etwa „die Auslastung des ÖPNV, die Verfügbarkeit von Sharing-Angeboten oder Fahrradstellplätzen“ einbezogen sowie über ein „Dashboard“ Verkehrsflächen gesperrt, Anzeigehalte verändert und Daten ausgewertet werden. Zusätzlich könne man Parkplatzzuchende auch noch über Smartphone „informieren“, also anleiten. Ganz abgesehen davon, dass alle diese Neuerungen als im Sinne des Verkehrsflusses und des Individualverkehrs höchst vernünftig erscheinen, enthüllen sie doch gleichzeitig eine Kehrseite. Die Steuerung wird an Apparate abgegeben, die den Menschen nicht nur unterstützen, sondern unmerklich ein neues Wertesystem diktiert und ihn in ihre Dienste einspannen.

Niemand kann und wird bestreiten, dass der mit der Smart City angestrebte Erkenntnisgewinn den Siedlungstyp Stadt im Sinne aller technischen, wirtschaftlichen und energetischen Prozesse und Abläufe in nie gekannter Weise



# Wie die Stadt ihre Bewohner unterwirft

Die neuen Städte brauchen keine Architekten mehr. Gestaltet und beherrscht werden sie von Algorithmen, die weit mehr durchsetzen als die Verkehrs- und Energiewende. Der Mensch wird zum Gefährder – und geht dagegen schon länger auf die Straße

rationalisiert, effektiviert und optimiert. Aber er hat Einfluss auf die Position und die Entfaltungsmöglichkeiten des Individuums in diesem Funktionssystem. Die Verapparatur, die in der Smart City eine nie erreichte Vollkommenheit erlangt, schaltet den Menschen ab. Sie wird uns als unumkehrbarer Prozess geschildert, der unter höchster Objektivität von ausgewiesenen Experten mit den Mitteln streng rationaler Rechenoperationen vorangetrieben wird. Da mathematische Logiken nicht angezweifelt werden können, lassen sie sich auch durch die inflationsartig beschworene „demokratische Teilhabe“ (die die Autoren immerhin in Aussicht stellen) nicht aushebeln. Sie sind, an-

ders als einstmalige Religionslehren oder das heilig hochgehaltene Grundgesetz, nach den Regeln der rechnerischen Vernunft unumstößlich, zwingend und wahr. Dies und nicht der Mensch, die Demokratie, die Moral ist der Gegenstand der Smart City, wobei sich der Begriff „smart“ als bewusste Verschleierung des tatsächlichen Charakters dieses Konstrukts durch einen in deutscher Übersetzung doppeldeutigen Begriff erweist, der eben nicht nur etwas „Schlaues“, sondern auch etwas modisch „Schickes“, „Flottes“ verspricht. Wie aber arbeitet, wirkt die Smart City? Die erste Beobachtung ist, dass sie sich unseren Blicken entzieht. Wir lernen Eigenschaften der Materie kennen,

die wir für den Geist, die Religion reserviert hatten. Was da, wo und wie in die Wirklichkeit eingreift, bleibt unsichtbar. Der Architekt Peter L. Wilson glaubt: „Die heutige Stadt ist nicht mehr physisch, sondern unsichtbar und ephemere, allgegenwärtig in elektronischen Impulsen.“ Die Kunsthistorikerin Katharina Gsöllpointner findet: „Der Ort der Architektur verschwindet allmählich, wie sich Raum und Zeit in der Telekommunikation auflösen.“ Im Licht derartiger Einschätzungen wirken Städte alten Typs wie Fossilien einer in Teilen schon untergegangenen Zivilisation. Heimat, soziales Leben, Wohnborgenheit werden zu funktionalen Floskeln, das Individuum zu einem

Funktionselement ohne Individualität. Für den Medienwissenschaftler Roberto Simanowski braut sich Übles zusammen: „In einer solchen Zukunft würden wir nicht mehr dem Menschen vertrauen, sondern dem Code. Die Demokratie wäre zur Algorocracy geworden, zur Herrschaft der Algorithmen.“ Aber ist das aufzuhalten? Der unauffällig, rasend schnell, unschlagbar effizient agierende, vermeintlich allwissende Mechanismus entfaltet eine überwältigende Verführungsmacht. Das gilt für Wohnungsbau, Städtebau, Verkehrsplanung. Es gilt für jeden einzelnen Arbeitsplatz. Es gilt für die unerbittliche Logik der Dämmungsprogramme und Wärmepumpen, für die Logik der Ein-

## MONTAG

- 9.00 Tagesschau 9.05 Hubert ohne Staller 9.55 Tagesschau 10.00 Meister des Alltags 10.30 Gefragt – Gejagt 11.15 ARD-Buffet 12.00 Tagesschau Mit Wetter 12.10 Tagesschau Mit Wetter 14.00 Rote Rosen 14.10 Tagesschau Mit Wetter 15.00 Sturm der Liebe 15.10 Tagesschau Mit Wetter 16.00 Amado, Belli, Biedermann Talkshow 17.00 Tagesschau Mit Wetter 17.15 Brisant Magazin 18.00 Gefragt – Gejagt Show 18.50 Großstadtrevier 19.45 Wissen vor acht – Zukunft 19.50 Wetter / Wirtschaft 20.00 Tagesschau 20.15 Harry – Schicksalsjahre eines Prinzen 21.15 Die 100 – Was Deutschland bewegt (1/2) 22.15 Tagesthem 22.50 Mein Körper. Mein Immunsystem. – Was macht unsere Abwehr stark? 23.35 Das vergessene Fotoalbum der SS 0.20 Tagesschau 0.30 Tatort: Deine Mutter

- 5.30 ZDF-MoMa 9.00 heute Xpress 9.05 Volle Kanne 10.30 Notruf Hafenkante 11.15 SO-KO Stuttgart 12.00 heute Magazin 12.10 ARD-Mittagsmagazin 14.00 heute – in Deutschland 14.15 Die Küchenmagazin Show 15.00 heute Xpress 15.05 Bares für Rares Magazin 16.00 heute – in Europa 16.10 Die Rosenheim-Cops 17.00 heute Nachrichten 17.10 hallo deutschland 18.00 SOKO Hamburg 19.00 heute 19.25 WISO Magazin. U. a.: Hochwasserprävention: Wie vorbereitet ist Bayern? (Mieten oder kaufen? Aktuelles vom Immobilienmarkt) 20.15 Der Geier – Die Tote mit dem falschen Leben 21.45 Tenet Actionthriller (GB/USA 2020) Mit R. Pattinson 22.15 heute journal update 0.50 Gaza mon amour Drama (PLE/F/D/P/KAT/ISR 2020) 2.10 Ein starkes Team: Tödlicher Seitensprung TV-Krimi (D 2018) Mit S. Stapfenbeck

- 5.30 SAT.1-Frühstücksfernsehen 10.00 Auf Streife Doku-Soap. Super-Sam 11.00 Auf Streife Doku-Soap. Aufgebauster Wattenbausch 12.00 Auf Streife Doku-Soap. Fertig ist der Lack 13.00 Auf Streife – Die Spezialisten Doku-Soap 14.00 Auf Streife – Die Spezialisten Doku-Soap 15.00 Auf Streife Doku-Soap. Die Spritztruhe / Mutter ohne Kind 17.00 Lebensretter hautnah 17.30 Lebensretter hautnah – Wenn jede Sekunde zählt 18.00 Notruf Reportagereihe 18.30 Notruf Reportagereihe 19.00 Die Spreewaldklinik Drama-Serie. Trauerarbeit. Mit Sina-Valeska Jung 19.45 SAT.1.newstime 20.15 RONZHEIMER – Wie geht's, Deutschland? Eine Doku beleuchtet Deutschlands Lage. Ein Journalist begleitet Menschen im Alltag und thematisiert Probleme wie Rechtsextremismus, Migration und Armut. Er möchte deren Stimmen in Berlin Gehör verschaffen. 22.20 SPIEGEL TV Verbrechen Reportagereihe 23.20 RONZHEIMER – Wie geht's, Deutschland? (Wh.) 1.20 SPIEGEL TV Verbrechen Reportagereihe. Blutige Spuren zur Wahrheit (Wh.) 2.10 So gesehen

- 6.00 Punkt 6 7.00 Punkt 7 8.00 Punkt 8 9.00 GZSZ 9.30 Unter uns Soap 10.00 Ulrich Wetzell – Das Strafgericht Doku-Soap 11.00 Barbara Salesch 12.00 Punkt 12 Magazin 15.00 Barbara Salesch Witze über Tochter! Griff Vater Stand-Up-Comedian an? 16.00 Ulrich Wetzell – Das Strafgericht Doku-Soap. Lehrerin versendet Liebesbotschaft an Elternvertreter 17.00 Ulrich Wetzell – Der Ermittlungsrichter Doku-Soap 17.30 Unter uns Soap 18.00 Explosiv – Das Magazin 18.30 Exklusiv – Das Star-Magazin 18.45 RTL Aktuell Nachrichten 19.05 Alles was zählt Soap 19.40 GZSZ Soap 20.15 Wer wird Millionär? Show Moderation: Günther Jauch 22.15 RTL Direkt 22.35 Wer wird Millionär? Show 23.20 Spiegel TV Magazin Die AfD vor der Brandenburg-Wahl – Wie die rechte Partei um junge Wähler buhlt / Achtung, Poser-Polizei! – in Wiesbaden macht die Polizei Jagd auf Raser 0.00 RTL Nachtjournal 0.35 Alltagskämpfer – So tickt Deutschland! Dokumentationsreihe. Millioenerbe sucht Besitzer – Untergang mit den Erbschaftsdetektiven

- 14.00 Nordelass neu entdeckt 14.45 Die wilde Schönheit der Pyrenäen Dokumentation 15.30 Von Barcelona bis Cadacques – Eine Reise durch Katalonien Dokumentation 16.15 Die Målagu und die westliche Costa del Sol – Entdeckungen an Spaniens Sonnenküste Dokumentation 17.00 Die Bergwelt Mallorca 17.45 La Gomera – Wild, grün, kanarisch Doku 18.30 nano Magazin 19.00 heute 19.20 Kulturzeit Magazin 20.00 Tagesschau 20.15 12378 Kilometer Australien Dokufilm (CH 2021) Die Australier sagen, auf ihrem Kontinent leben die glücklichsten Menschen. 22.00 Programm nach Ansage 22.10 ZIB 2 22.40 War Photographer Doku 0.15 Bei Anruf Baby: Familiengluck durch Adoption? Dokumentation 0.45 10vor10 1.15 Caren Miosga Gespräch

- 10.30 Aufstand im Bordell – Frauenhandel um 1900 11.25 Verschollene Filmschätze 12.10 Pandemie – nein danke! Neue Krankheiten früh erkennen Reportage 12.40 Stadt Land Kunst 13.25 Stadt Land Kunst 14.15 Die Abenteuer Abenteuerfilm (F) 1967) Mit Alain Delon, Lino Ventura, Joanna Shimkus. Regie: Robert Enrico 16.55 Phänomenale Natur 17.50 Inselwelt New York 18.35 Inselwelt New York (1/3) 19.20 Arte Journal 20.15 Tote schlafen fest Kriminalfilm (USA 1946) Mit Humphrey Bogart, Lauren Bacall, Martha Vickers. Regie: Howard Hawks. Nie war Phil Marlowe cooler als mit Bogart 22.05 Lauren Bacall – Die diskrete Verführerin 23.00 Vanya – 42. Straße Drama (USA 1994) Mit Wallace Shawn Regie: Louis Malle 0.55 Ich habe eine Verabredung mit einem Baum Dokumentation 20.15 Strip the Cosmos Dokumentationsreihe. Die Megastürme der Planeten / Der geheimnisvolle Alien-Stern 22.05 UFO-Theorien Dokumentationsreihe 23.55 Das Sonnensystem Doku 0.55 Erde an Aliens Doku

- 5.10 Galileo Stories 6.00 EUREKA – Die geheime Stadt 6.55 Man with a Plan 7.45 Die Goldbergs 8.40 Brooklyn Nine-Nine 9.35 The Simpsons 10.30 How I Met Your Mother 11.25 Scrubs 12.20 The Middle 14.10 The Middle Sitcom 15.10 The Big Bang Theory 17.00 taff Magazin 18.00 ProSieben.newstime 18.10 Die Simpsons Zeichentrick-Serie 19.05 Magazin Moderation: Stefan Gödde 20.15 Die Grey's Anatomy – Die jungen Ärzte Auf Teufel komm raus. Richard trifft nach einer missglückten OP eine schwere Entscheidung. 21.15 Seattle Firefighters – Die jungen Helden Action-Serie. Zu guter Letzt 22.15 2 Sci-Fi-Horror (USA/MEX 2007) Mit Reiko Aylesworth 0.10 Die Grey's Anatomy – Die jungen Ärzte Auf Teufel komm raus (Wh.) 1.05 Seattle Firefighters – Die jungen Helden Action-Serie. Zu guter Letzt (Wh.)

- 5.35 Magnum Große und kleine Mädchen / Bombengröße aus Ulster / Der gespielte Tod 8.25 Blue Bloods – Crime Scene New York Krimi-Serie. Zurück nach Zagreb / Einer von uns 10.15 Castle Der Glühbirnen Held / Akte X / Speakeasy / Nikki Heat / Puff, Du bist tot / Johanna Beckett 15.50 Kabel Eins.newstime 16.00 Castle Serie. Todscheres Glück. Mit N. Fillion 16.55 Abenteuer Leben täglich Magazin. Pimp my Decke – Eyecatcher mit Beleuchtung, Boxen und Geheimpfand 17.55 Mein Lokal, Dein Lokal „Moritzburg Söllin“, Rügen 18.55 Achtung Kontrolle! Wir kümmern uns drum Reihe Fränkischer Bratwurstgipfel 20.15 Transformers Actionfilm (USA 2007) Mit Shia LaBeouf, Megan Fox, Josh Duhamel. Regie: Michael Bay Sam Witwicky kauft sein erstes eigenes Auto. Zu seiner Überraschung verfügt es über ein rätselhaftes Eigenleben. 23.10 Aliens vs. Predator 2 Sci-Fi-Horror (USA/MEX 2007) Mit Reiko Aylesworth 1.00 Conan Abenteuerfilm (USA/BUL/D/IND 2019) Mit Jason Momoa. Khalar hat die Bewohner eines Dorfes niedergemetzelt. Conan schwört dem Mörder seines Vaters Rache.

## NDR

- 15.15 Nordtour 16.00 Info 16.15 Wer weiß denn sowas? 17.00 Info 17.10 Seelöwe & Co. – tierisch beliebt 18.00 Ländermag. 18.15 Grobauftag für Traditionsziele – Die Klinkermacher aus Keldingslei 18.45 DASI Magazin 19.30 Ländermag. 20.00 Tagess. 20.15 Markt 21.00 Die Tricks ... 21.45 Info 22.00 Angriff auf den Amateurfußball – Die Gier der Wettindustrie 22.45 NDR Kultur Magazin 23.15 Die 100 – Was Deutschland bewegt

## ZDF INFO

- 11.55 Festungen für den Sonnenkönig – Das Vermächtnis des Marquis de Vauban Dokumentation 12.40 Die Gier nach Gold 14.15 Chinas Drachenkaiser Dokumentationsreihe. Der Weg zur Macht / Der Traum von Unsterblichkeit 15.35 1000 Jahre China – Macht, Kultur, Geschichte 17.10 1000 Jahre Russland – Geschichte einer Großmacht Dokumentarfilm (GB 2021) 18.45 Wissenschaft extrem – Forschende, die an Grenzen gehen Dokumentationsreihe Furchtlose Frauen 19.30 Wissenschaft extrem – Forschende, die an Grenzen gehen Doku. Revolutionäre 20.15 Wissenschaft extrem – Forschende, die an Grenzen gehen Dokumentationsreihe Gipfelstürmer und Sturmjäger 21.00 Wissenschaft extrem – Forschende, die an Grenzen gehen Doku. U. a.: Pioniere der Medizin / Vergessene Welten 23.10 Meilensteine der Technik 0.35 heute-journal

## MDR

- 14.00 MDR um 2 14.25 Elefant & Co. 15.15 Wer weiß denn sowas? 16.00 MDR um 4 16.30 MDR um 4 17.00 aktuell 18.05 Wetter 18.10 Brisant 18.54 Sandmann Reihe 19.00 Regional 19.30 aktuell 19.50 MDR direkt ran! Show 20.15 Polizei 110: Lauf oder stirb TV-Krimi (D 1996) 21.45 MDR aktuell 22.10 Fakt ist! Talkshow 23.10 Das reinste Vergnügen Drama (AUS 2022)

## WDR

- 13.50 Nashorn & Co. 14.20 Morden im Norden 16.00 aktuell 16.15 Hier und heute 18.00 aktuell / Lokalzeit 18.15 Servicezeit 18.45 Aktuelle Stunde 19.30 Tagesschau 20.15 Land und lecker Doku-Soap 21.00 Lecker an Bord 21.45 aktuell 22.15 Faking Bad – Besser als die Wahrheit Show 23.00 Sträter Show. Best of 2023 – Torstens schönste Geschichten 23.40 Die 100 – Was Deutschland bewegt

## HR

- 14.30 Meine Tochter und der Millionär Komödie (D 2009) 16.00 hallo hessen 16.45 hessenschau 17.00 hallo hessen 17.45 hessenschau 17.55 Sport 18.00 Maintower 18.25 Briant 18.45 Die Ratgeber 19.15 alle wetter 19.30 hessenschau 20.00 Tagesschau 20.15 Visite Magazin 21.00 Schluss mit der Magersucht 21.30 hessenschau 21.45 Tatort: Finsternis TV-Krimi (D 2022) 23.15 heimspiel 0.00 Auf den Spuren von Julius Mörder Dokumentationsreihe

## BR

- 13.20 Quizduell – Olymp 14.10 WaPo Bodensee 15.00 aktiv und gesund 15.30 Schnittgut 16.00 BR24 16.15 Wir in Bayern 17.30 Regional 18.00 Abendschau 18.30 BR24 19.00 Unkraut 19.30 Dahoam 20.00 Tagesschau 20.15 Hofgeschichten Großer Markt beim Inselbauern 21.05 Wirtshaus mit Zukunft Dokumentation 21.50 BR24 22.05 Lebenslinien 22.50 nachtsicht Gespräch 23.20 Nanga Parbat – Mein Schlüsselberg Dokumentarfilm (D 2020)

## SWR

- 14.40 Meister des Alltags 15.10 Quizduell-Olymp 16.00 Aktuell 16.05 Kaffee oder Tee 17.00 Aktuell 17.05 Kaffee oder Tee 18.00 Aktuell 18.15 Landesschau BW 19.30 Aktuell 20.00 Tagess. 20.15 Lecker aufs Land Reportagereihe 21.00 Traumhaft Wohnen – Die ARD Room Tour 21.45 Aktuell 22.00 Sag die Wahrheit 22.30 Meister des Alltags 23.00 Quizduell-Olymp 23.50 strassen stars 0.20 SWR3 New Pop Festival 2024

## STREAMING-TIPP

In Vogue: The 90s (Dokureihe) Die Serie erzählt die Geschichte der Modeindustrie in den 90ern aus der Sicht der Vogue-Redakteure Hamish Bowles, Edward Enninful, Tonne Goodman und Anna Wintour. Gemeinsam mit einigen der einflussreichsten Persönlichkeiten aus Mode, Film und Politik beschäftigt sich die Doku auf eine Reise durch ein Jahrzehnt. Hollywood, Grunde, die weltweite Expansion amerikanischer Mode oder Hip-Hop. Jede Folge dreht sich um einen bezeichnenden Aspekt dieses Jahrzehnts. Disney+

## WELT

- 11.00 WELT-Newsroom 11.50 Börsenflash 12.00 Die Welt am Mittag 12.45 Börse am Mittag Magazin 13.00 Die Welt am Mittag 13.30 WELT-Spezial 14.00 WELT-Newsroom 15.55 Börsenflash 16.00 WELT-Newsroom 16.55 Börsenflash 17.00 WELT-Newsroom 17.15 WELT-Spezial 17.45 Börse am Abend Magazin 18.00 Die Welt am Abend 18.15 Meine WELT – Die Meinung zum Tag 18.30 Die Welt am Abend 20.10 Meine WELT – Die Meinung zum Tag

21.10 KIC 8462852 ist der vielleicht geheimnisvollste Stern der Galaxis. Seine Leuchtkraft schwankt. Einer Theorie zufolge wird sie durch einen großen Himmelskörper beeinflusst.

## PHOENIX

- 14.00 phoenix vor ort 14.45 phoenix plus 16.00 Angriff auf den Amateurfußball – Die Gier der Wettindustrie Dokumentation 16.45 Das Strommann-Kartell – Dienstleister für die Mafia 17.30 der tag 18.00 Aktuelle Reportage 18.30 Ein perfekter Planet 20.00 Tagesschau 20.15 Ein perfekter Planet Dokureihe. Menschen 21.00 Indiens wilde Wölfe 21.45 heute-journal 22.15 unter den linden 23.00 der tag 0.00 unter den linden Talkshow (Wh.) 0.45 Ein perfekter Planet (Wh.)

## EUROSPORT 1 / SPORT 1

Eurosport: 12.30 Snooker: Shanghai Masters Finale: Judd Trump – Shaun Murphy 14.00 Snooker: English Open 1. Runde. Aus Brentwood 18.00 Sydney Marathon (Wh.) 20.00 Snooker: English Open 1. Runde. Aus Brentwood 0.00 Segeln: Louis Vuitton Cup Sport1: 17.15 Grenztour Südamerika – 17.45 Fußball: Bundesliga der Frauen – Vorberichte 18.00 Fußball: Bundesliga der Frauen 20.00 Fußball: Bundesliga der Frauen – Analyse 20.15 EXATLON Germany 1.05 Scoore!



## ZU GUTER LETZT

## Das falsche Graffiti

Ist das Kunst oder kann das weg? Die Redewendung suggeriert, dass Kunst einen Anspruch auf Ewigkeit hätte. Alles andere kann abgeräumt werden, aber die Kunst muss bleiben. In der Realität ist Kunst freilich gefährdet, weil sie nicht immer als solche erkannt wird. Mit Joseph Beuys hatte es angefangen, als dessen – vor allem durch diesen Vorfall berühmt gewordene – „Fettecke“ in der Düsseldorfer Kunstakademie im Jahr 1986 nicht als zeitgenössische Kunst erkannt, sondern als ranziger Butterschmier an einer Zimmerdecke identifiziert und fachgerecht entfernt wurde. Jetzt hat es eine Zeichnung von Harald Naegeli getroffen, die von einer Kirchenmauer in Köln gewischt worden ist.

Naegeli war Ende der 1970er-Jahre als „Sprayer von Zürich“ bekannt geworden. Seine Strichfiguren mit Totenköpfen tauchten überall in der Stadt auf. Auch das im Vergleich zu Zürich nicht ganz so saubere Köln hatte wohl seinen „Totentanz“ verdient. Auf eine Wand von St. Cäcilien sprühte Naegeli 1980 ein zappelndes Skelett. Das in der romanischen Kircher beherbergte Schnütgen-Museum für mittelalterliche Kunst erwies glücklicherweise Sachverstand und beließ das Graffiti dort. 1989 wurde es sogar restauriert. Naegeli kann seine jetzt partiell getilgte Zeichnung – nur Kopf und Hände des Skeletts haben überlebt – nun wohl aber nicht selbst erneuern. Der 84-Jährige, der wieder in der Schweiz lebt, fühle sich altersbedingt dazu nicht in der Lage.

Den Schaden haben aber nicht nur der Künstler, die eines von Denkmalmat und Museum beglaubigten Kunstwerks beraubte Öffentlichkeit, sondern auch die vermeintlichen Kunstbanausen der Kölner Abfallwirtschaftsbetriebe, die einfach ihren Auftrag ausführten, ein Graffiti zu entfernen. Bloß das falsche. Bei Street-Art wird die Frage „Ist das Kunst oder kann das weg?“ eben besonders schnell und zumeist ohne kunstfachliche Expertise beantwortet. **MARCUS WOELLER**

„la, bla, bla“, sagt Mark Bradford, rollt mit den Augen und rudert vor dem in den Rieckhallen des Hamburger Bahnhofs in Berlin aufgebauten Mikrofonständer mit den Armen. Gleich wollen Till Fellrath und Sam Bardaouil, die Co-Direktoren der Nationalgalerie für Gegenwart, wie sich das Museum seit knapp zwei Jahren nennt, einige Worte an die Journalisten richten, die artig zur Pressekonferenz erschienen sind.

VON MARCUS WOELLER

Doch Bradford rüttelt ein wenig am Protokoll. Die Führung durch die Ausstellung übernimmt er lieber selbst. Kurz zuvor war der Künstler durch die Reihen des Publikums gegangen und hatte Hände geschüttelt. Eine performative, aber auch sympathisch lässige Geste – selten werden zeitgenössische Künstler auf offiziellen Terminen so zutraulich.

Mark Bradford, ein jungenhafter Schlaks von Mann, der die meisten Anwesenden einen Kopf überragt und dem man seine 62 Jahre überhaupt nicht ansieht, ist aus Kalifornien nach Berlin gekommen, um seine Ausstellung „Keep Walking“ zu eröffnen. Dass das eine durchaus doppeldeutige Redewendung sei, darf die Museumsleitung dann doch erklären. Einerseits bedeute es die Selbstvergewisserung in Bewegung zu bleiben, andererseits sei es die Aufforderung, nicht den Verkehr aufzuhalten.

Das heutige Museumsgebäude war im Jahr 1848 als Bahnhof eröffnet, aber bald, als zu klein, wieder geschlossen worden. Es fungierte dann als Verkehrs- und Baumuseum, wurde aber gegen Ende des Zweiten Weltkriegs nahezu komplett zerstört. Einige der Gleise in der Umgebung wurden für Deportationen genutzt, Fragmente davon erinnern heute an den Naziterror.

Eisenbahnverkehr unter Zwang, das sei auch der Aufhänger für Fellrath und Bardaouil gewesen, Mark Bradford zu einer Ausstellung einzuladen. Zwei monumentale Gemälde hängen im ersten Saal der an das Museum angrenzenden Rieckhallen. Sie sind von amerikanischen Zugfahrplänen der 1920er-Jahre inspiriert.

Bei genauerem Hinschauen scheinen unter der abblätternden Oberfläche der Farbe erhabene Zahlenkolonnen auf und kaum lesbare Wörter wie „Railroad“. Vor hundert Jahren war die Abfahrt der Züge von den Südstaaten in die nördlich und westlich gelegenen Industrieregionen dicht getaktet.

Das war auch der Tatsache geschuldet, dass Hunderttausende von Afroamerikanern, sich auf den Weg machten, dort Arbeit zu finden und vor dem Rassismus zu flüchten: Die „Great Migration“ war eine der größten Wanderungsbewegungen in der Geschichte der USA. Bradford erinnert mit seinen Bildern an die Ambivalenzen von industriellem Fortschritt und Massenmobilität.



Mark Bradfords „Float“ von 2019 und „Niagara“ von 2005 im Hamburger Bahnhof in Berlin

## Ästhetik statt Agitation

Mit abstrakten Gemälden, Papierarbeiten und schwungvollen Videos ist Mark Bradford einer der viel beachteten zeitgenössischen Künstler geworden. Dabei will der Kalifornier nicht einmal Aktivist sein – obwohl es seine Themen in sich haben

Formal stehen Bradfords Gemälde in der Tradition der Moderne, des abstrakten Expressionismus und des konzeptuellen Minimalismus, aber auch der plakativen Pop-Art. Bekanntgeworden ist er mit großen Papierarbeiten, die an die Schichtung abgerissener Reklametafeln erinnern.

Er hat mit Landkarten gearbeitet, Filmplakate und Comics verwendet. In der Ausstellung sieht man auch „Merchant Posters“, die sich auf die Werbung illegaler Dienstleistungen beziehen, welche er aus wirtschaftlich benachteiligten Stadtvierteln kennt – die elf ersten Jahre seines Lebens verbrachte er in South Central Los Angeles

Die Seidenendpapiere, die seine Mutter in ihrem Friseursalon um die Haarspitzen ihrer Kunden wickelte, um sie zu schützen, inspirierten Bradford zu ersten Werken. Am renommierten Cal-Art-Institut studierte er Kunst. Er arbeitete vorher aber selbst als Friseur – womit er auch erklärt, warum er keine Nähe zu Menschen scheut und die Besucher seiner Ausstellung mit Handschlag begrüßt hat.

Auf andere Weise nahbar ist auch das gigantische Bild „Float“, eine eindrucksvolle Stolperfalle: Es liegt auf dem Boden, besteht aus bemalten Leinwandstreifen und bunten Seilen. Male-

rei ist bei Bradford immer „a matter of space“. Und das schiere Raumangebot in den Rieckhallen hat den Künstler überzeugt. Er profitiert damit auch vom Abgang der Sammlung Friedrich Christian Flick, die erst zur Vereinnahmung des 300 Meter langen Gebäuderiegels durch den Hamburger Bahnhof geführt hatte.

Als vor einigen Jahren, auch durch eine Recherche dieser Zeitung, bekannt wurde, dass sie gar nicht dem Museum gehörten und vom Eigentümer abgerissen werden sollten, um auf dem Filetgrundstück neu zu bauen, stand es schlecht um den Hamburger Bahnhof. Flick zog seine Leihgabe ab. Mittlerweile konnten dank finanzieller Unterstützung des Bundes das Haus und die Rieckhallen gesichert werden. Bradford, der von der Galerie Hauser & Wirth international vertreten wird, ist nun der erste Künstler, der sie wieder mit einer Ausstellung füllt.

Beim Gehen über die bunten Falten soll sich ein Gefühl der Unsicherheit einstellen. Ein Unbehagen, da man im Museum üblicherweise angehalten ist, nicht auf der Kunst herumzutampeln. Über den Flickenteppich fällt der Blick auf eine Videoprojektion im nächsten Raum. Wir sehen einen Mann, der mit federndem Gang in klobigen Schuhen,

mit schwingender Hüfte in einer engen gelben Hose eine Straße entlangläuft.

„Melvin“, erzählt Mark Bradford, „ist jahrelang an meinem Atelier vorbeigelaufen, da habe ich ihn irgendwann gefragt, ob ich ihn filmen dürfe“. Sein Video hat er „Niagara“ genannt, wie den Spielfilm von 1953, in dem Marilyn Monroes darstellerische Leistung von der zeitgenössischen Kritik weitaus weniger gewürdigt wurde als ihr erotischer Hüftschwung. Melvins Gang dagegen, so Bradford, habe nicht jedem im Viertel gefallen, manche Leute sogar zu Aggressionen provoziert.

Sein eigenes Leben, sagt Bradford, sei „tough“ gewesen. Sich als schwarzer, homosexueller Mann außerhalb der Nightclubs auszuleben, hat er erst lernen müssen. Dass er als Angehöriger einer Generation, die zur ersten gehörte, die aufs College gehen konnten, nicht Anwalt oder Arzt wurde, sondern Künstler, war erklärungsbedürftig.

Aber über Zuschreibungen von anderen habe er nicht lange nachgedacht. Dass seine Arbeit, die man durchaus auch als soziale Arbeit empfinden kann, nicht verstanden werden könne, missachte die Menschen. Er gehe „gern an Orte, wo die Community wenig über Kunst oder über die schwule Szene oder was auch immer weiß“.

Im Gespräch macht er aber deutlich: „Ich bin ein Künstler, kein Aktivist!“ Seine Werke sind tatsächlich nicht vordegründig, nicht anklagend. Sie ermuntern zum Nachdenken, fordern das aber nicht ein, wie manche Gegenwarts-künstler, die ihre Arbeit wie eine Reklame vor den Karren einer Haltung spannen. Bradford hat es augenscheinlich nicht nötig, zu moralisieren. Er vertraut der ästhetischen Kraft der Kunst.

Im Panorama-Video „Deimos“ etwa springen gelbe und orangefarbene Gummirollen kreuz und quer durchs Bild, dazu läuft, leicht verlangsamt, der Discoboth „Grateful“. Der Hintergrund: 2007 musste die New Yorker Rollschuh-Disco Roxy schließen, und damit ein Ort mehr, der für die Schwulenbewegung wichtig gewesen ist. Der Sänger des Songs, Sylvester, der wie Bradford in Los Angeles lebte, ist ein frühes Aids-Opfer der 1980er-Jahre. Die wilde Fahrt der von ihren Schuhen gelösten Rollen kann man so mit einem bitteren Unterton sehen, das Video aber auch als dadaistisch-nostalgischen Tanz der Dinge erleben.

„Die Vorstellung davon, was im 21. Jahrhundert ein Künstler macht, muss sich erweitern“, erklärt Bradford seine Sichtweise auf Diskriminierung und Identität. „Ich entscheide, wofür ich mich interessiere und wofür ich dann auch verantwortlich bin.“ Dass das Künstlerdasein heute allumfassend sein könne, wolle er vor allem Kindern und Jugendlichen erklären. Aktivismus sehe er nicht als seine Aufgabe – die Betrachter seiner Kunst zu bilden, aber schon.

■ „Mark Bradford. Keep Walking“, bis 18. Mai 2025, Hamburger Bahnhof – Nationalgalerie der Gegenwart, Berlin

ANZEIGE

## Radikal normal

Lesen Sie diese Woche im SPIEGEL, warum immer mehr junge Menschen auf Extremisten hören und nach rechts außen abdriften.

Mit dem Kauf dieser Ausgabe können Sie sieben Tage lang alle digitalen Inhalte des SPIEGEL gratis nutzen: aktuelle Meldungen, Hintergründe und Analysen, Podcasts und vieles mehr.

DER SPIEGEL